H 8040 F
Nummer 31
Oktober/November ' 94
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Multi-Kulti

JUNGE FREIHEIT

Wochenzeitung für Politik und Kultur

„Vom Rechts- zum Gesinnungsstaat", Seite 11

Deutschlands Gewicht wächst

Die EU wird nördlicher und östlicher

Nr. 52 – 54 / Sechste Spezialausgabe

EUROPA

Europa den Europäern

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Das vielbeschworene Superwahljahr 1994 neigt sich langsam seinem Ende zu, die entscheidenden Wahlen sind gelaufen. Für die rechtsextremen Parteien waren die Ergebnisse - anders als von diesen erhofft - äußerst mager. Die „Republikaner" sanken mit 1,9% der Stimmen unterhalb ihrer Ergebnisse bei vorangegangenen Wahlen. Die rechtsradikalen Rep-WählerInnen haben sich letztendlich der CDU zugewandt, die mit ihrer nationalistischen und an rassistische Ressentiments (Stichworte: Asylrechtsänderung, Kern-Europa etc.) anknüpfenden Politik deren Bedürfnisse bestens befriedigte und sich damit als „demokratische Alternative" zu den „rechtsextremen Republikanern" anbot. Die Führungsstreitigkeiten innerhalb der „Republikaner" dürften sich angesichts des schlechten Wahlergebnisses weiter verschärfen und den Niedergang dieser Partei beschleunigen. Auch die „Deutsche Liga", die ja gehörige Anstrengungen im Kölner Kommunalwahlkampf unternahm und ein zweistelliges Wahlergebnis prognostizierte, ist gescheitert und mit 1,4% der Stimmen aus den parlamentarischen Gremien mit Pauken und Trompeten rausgeflogen. Damit dürfte das Kommunalwahlergebnis eine überregionale Bedeutung für diese Gruppierung erhalten - jedoch in anderer als der erhofften Richtung.

Die niedrigen Wahlergebnisse für die rechtsextremen Parteien sollten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein rechtes, ja faschistoides WählerInnenpotential nach wie vor vorhanden ist und sich z.B. angesichts des immer rascher betriebenen Sozialabbaus bzw. für den Fall von Großen Koalitionen zwischen SPD und CDU auch schnell wieder in Wahlerfolgen rechtsradikaler Parteien niederschlagen könnte.

Ebenfalls nicht übersehen werden darf, wie weit der Einfluß rechtsradikaler Ideen in Bereiche der etablierten Parteien/Politik hineinreicht. Das Urteil gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert, der Fall Hartung, der „Berliner Appell", der „Hofgeismarer Kreis" in der SPD oder der durch polizeiliche Übergriffe auf Flüchtlinge hervorgerufene Rücktritt des Hamburger Innensenators Hackmann waren dafür schon im Vorfeld der Bundestagswahl deutliche Zeichen. Bereits unmittelbar nach der Wahl rühren sich auch in der FDP Rechte, wie Baring, Zitelmann und von Stahl, die ihre Partei künftig (auf den Spuren des Österreichers Jörg Haider) rechts von der CDU verorten und damit ein neues WählerInnenpotential für sich erschließen wollen.

Für AntifaschistInnen heißt das in den nächsten Jahren, sich in ihrer Arbeit nicht auf rechtsextreme, neofaschistische Organisationen zu beschränken. Noch mehr Aufmerksamkeit als bisher muß der sogenannten Braunzone gewidmet werden. Es gilt den Einfluß reaktionärer, nationalistischer und rassistischer Kreise dort zu bekämpfen, wo sie politisch wirksam werden können - in den etablierten Parteien uud Großorganisationen. Das heißt auch, der zunehmenden Toleranz, der „unvoreingenommenen Diskussionsbereitschaft" gegenüber rechtsextremen Positionen und Aktivisten entgegenzutreten.

In diesem Sinne wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches Neues Jahr.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang Januar 1995. Redaktionsschluß ist am 19. 12. 1994. (Längere Beiträge sollten aber schon vorab mit der Redaktion abgesprochen werden.)

Preiserhöhung

Seit Anfang '92 haben wir den Preis für den RECHTEN RAND stabil halten können. Zum Teil erhebliche Verteuerungen bei den Dienstleistungen (Porto, Kontogebühren) und den Druckkosten machen eine Preiserhöhung notwendig. Ab 1995 (bzw. ab der Ausgabe 32) gelten daher folgende Preise:

Einzelpreis 3,— DM
Einzelabo Inland 20 DM, Ausland 25 DM
Zweierabo 35 DM, Dreierabo 50 DM, Viererabo 60 DM
ab 5 Exemplaren je Ausgabe gibt es 30% Rabatt (Einzelpreis 2,10 DM).
Wir bitten unsere LeserInnen um Verständnis.

Nachbestellungen

Alte Ausgaben des RECHTEN RANDES sind, soweit noch vorrätig, zu folgenden Bedingungen zu erhalten.

Die Ausgaben Nr. 1, 6, 7, 15 und 21 sind ausverkauft und können als Fotokopie zum Preis von 4,- DM angefordert werden.
Die Ausgaben 2 - 5, 8 - 14 und 16 kosten jeweils 2,- DM.
Die Ausgaben 17 - 19, 22 - 31 kosten jeweils 2,50 DM.
Die Texte der Ausgaben ab Nr. 7 können auch als Diskette bestellt werden. Dafür berechnen wir pro Ausgabe 5,- DM.
Das Register für die Nummern 1 - 28 kann als Papierausdruck oder auf Diskette (ASCII und Word Format) für 10,- DM bezogen werden.
Dazu kommt dann noch das Porto.

Anton Maegerle

Gesamttiroler Freiheitskommers in Innsbruck

Der Traum vom Großdeutschen Reich

Prof.Dr.Dr. Felix Ermarcora brachte es auf den Punkt. Unter dem Beifall von 1.500 Burschenschaftern aus dem deutschsprachigen Raum stellte der Wiener Völkerrechtler, zugleich Präsident des Soldatenverbandes „Österreichischer Kameradschaftsbund", unumwunden fest: „Keine Angst vor Großdeutschland".

Geladen war **Ermacora** zum „Gesamt-Tiroler Freiheitskommers", der am 22.Oktober im Innsbrucker Kongreßzentrum Dogana über die Bühne ging. Bei der Veranstaltung wurde von allen Rednern, darunter auch der FPÖ-Generalsekretär **Walter Meischberger**, die Forderung nach einer Vereinigung Tirols mit dem zu Italien gehörigen Südtirol erneuert.

Veranstaltende Verbände des revanchistischen Treffens waren unter anderen die „Deutsche Burschenschaft", die Innsbrucker Burschenschaften „Brixia" und „Suevia" sowie der „Wiener Korporations-Ring". Als dessen Sprecher fungierte bis Ende 1992 **Franz Radl**, einer der Hauptverdächtigen der Briefbombenserie, die im Dezember letzten Jahres die Alpenrepublik erschütterte. Rechter Terror gegen Ausländerfreunde.

Verantwortlich für den Festausschuß des „Freiheitskommers" zeichnete **Franz Watschinger** von der Burschenschaft „Brixia". In der führenden Wochenzeitung für braungefärbte Akademiker, der „Jungen Freiheit" (JF), die über die Vorbereitungen zum Kommers mehrfach berichtete, ist Watschinger zuständig für Kampfartikel in Sachen Südtirol.

Die „Brixia" geriet erstmals im November 1961 in die Schlagzeilen, als bekannt wurde, daß die Schändung des jüdischen Friedhofs in Innsbruck von einem Mitglied dieser „wehrhaften Korporation" vorgenommen wurde. 1989 rückte die „Brixia" erneut in das Rampenlicht der Medien, als die Burschenschaftler den notorischen Auschwitz-Leugner **David Irving** in Innsbruck auftreten lassen wollten.

„Alter Herr" der „Brixia" ist **Peter Kienesberger**, der wegen seiner Beteiligung an Bombenanschlägen in Südtirol während der sechziger Jahre - in Abwesenheit - in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt worden war. Heute hält Kienesberger, der den Anschluß von Südtirol an Österreich herbeibomben wollte, einen 1.000 Mark-Anteil bei der „Jungen Freiheit Verlagsgesellschaft".

Eine burschenschaftliche Heimat bei der „Brixia" hat auch **Rudolf Watschinger**, Vater seines Sprosses Franz, gefunden. Watschinger senior, „Südtirolbumser" wie Kienesberger, war einst Vorsitzender der zwischenzeitlich verbotenen „Nationaldemokratischen Partei Österreichs" (NDP) und bekennt sich heute noch stolz zu seinen Gewalttaten gegen Italien.

Publizistisch tätig sind Watschinger junior und senior beim österreichischen „AULA-Verlag", der im Eigentum der FPÖ-nahen „Freiheitlichen Akademikerverbände" steht. Gelesen werden die Verlagspublikationen, die Monatsschrift „Aula - das freiheitliche Magazin" und die Vierteljahresschrift „Identität. Jugend- und Studentenzeitung" auch außerhalb Österreichs, in der Bundesrepublik, in der Schweiz sowie „in Südtirol und in den deutschen Minderheitsgebieten in Ost-Mitteleuropa" (Eigenangaben). Die jüngste Ausgabe der Postille „Identität", ein Themenheft zum Tiroler Freiheitskommers, lag denn auch kostenlos im Saal des Kongreßzentrums Dogana für alle Kommersteilnehmer bereit. „Sachkundige" Autoren wie Rudolf und Franz Watschinger äußern sich darin zur Südtirol-Frage. Watschinger junior betont in seinem „Identität"-Beitrag, „daß für die Südtiroler ein Recht auf Austritt aus dem italienischen Staat besteht".

„Identität"-Chefredakteur ist **Jürgen Hatzenbichler**, zugleich einer der Macher der „Jungen Freiheit" und Autor in „Nation und Europa", der bedeutendsten ideenpolitischen Zeitschrift bundesdeutscher Rechtsextremisten jeglicher Couleur.

Bei der „Brixia" beheimatet ist auch **Herwig Nachtmann**, Schriftleiter und Geschäftsführer der „Aula". Selbstredend zählt der „Alte Herr" zum Kreis ehemaliger „Südtirol-Bumser" und NDP-Aktivisten - Südtirol war und ist eben ein Betätigungsfeld für alle Rechtsextremisten in Österreich.

Neben der Zeitschrift „Identität" lag im rauch- und bierdurchschwängerten Saal auch die Monatszeitschrift „Eckartbote", die von der Österreichischen Landsmannschaft herausgegeben wird, aus. Stolz wird in deren Oktoberausgabe über die seit nunmehr 6 Jahren in Wien bestehende „national-freiheitliche" Studentinnenverbindung „M!Freya" berichtet.

Gegen den „Gesamttiroler Freiheitskommers", einen Liederabend für Biedermänner, stramm organisiert von rechten Herrenmenschen, demonstrierten in der Innsbrucker Innenstadt (Motto: „Kampf dem nazionalen Schulterschluß") rund 3.500 Menschen. Völlig gewaltfrei - trotz des provokativen Einsatzes der Polizei, die mit Hubschrauber, Wasserwerfern und Kampfhunden einen engen Gürtel um die Innenstadt gelegt hatte. Hetzerische Stimmung gegen die DemonstrationsteilnehmerInnen hatte Walter Meischberger, Südtirolsprecher der FPÖ, geschürt, als er im Vorfeld der Demo die Teilnehmer als „linke Chaoten und Anarchisten" beschimpfte.

Brutaler Polizeiübergriff auf österreichischen Journalisten

Am Donnerstag, dem 22.9.94 wurde der Journalist und Gastautor des RECHTEN RANDES Wolfgang Purtscheller von Beamten der Wiener Polizei zusammengeschlagen, schwer verletzt und festgenommen. Seine journalistischen Unterlagen wurden widerrechtlich beschlagnamt.

Wolfgang Purtscheller begab sich am Abend des 22.9.94 mit Kollegen zu einer Brechtaufführung. Im Foyer des Veranstaltungsortes kontrollierten Zivilbeamte einen Schwarzafrikaner und wollten diesen festnehmen. Auf die Frage unseres Kollegen, was gegen den Afrikaner vorliegen würde ihm „unwirsch geantwortet". Er wurde in eine Ecke des Raumes gedrängt, ein Polizist schlug ihm mit der Faust ins Gesicht und teilte ihm mit: „Du Sau, Du bist festgenommen." Er hörte noch den Kommentar eines weiteren Polizisten: „Das ist er, den kennen wir, schnappt's Euch den." Daraufhin wurde er bewußtlos geschlagen und weiter mißhandelt. Auf der Polizeiwache sagte der Kommandant zu seinen Kollegen, nachdem er vernommen hatte, daß Wolfgang Putscheller Journalist ist: „Kollegen, wir brauchen eine gute Aussage, kommt's mit ins Nebenzimmer, wir müssen uns absprechen."

Ärztliche Diagnose nach der Haftentlassung: schwere Schädelprellungen, leichte Gehirnerschütterung, schwere Hautabschürfungen am ganzen Körper, Prellungen am Steißbein und am rechten Knie Meniskus-, Seitenband- und Kreuzbandriß.

Die Polizei ermittelt gegen unseren Kollegen wegen 5-facher schwerer Körperverletzung.

Seine Notizbücher, darunter ein elektronisches, wurden trotz des Hinweises auf das Redaktionsgeheimnis, beschlagnamt. Zwei Beamte der Staatspolizei gaben als Grund der Beschlagname gespeicherte Daten über Personen der Neonazi-Szene an. Dabei handelt es sich um deutsche Neonazis, über die er im Zusammenhang mit den Briefbombenanschlägen in Östereich recherchierte: Arnulf Priem und Bendix Wendt aus Berlin sowie Peter Naumann aus Wiesbaden.

Wolfgang Purtscheller deckte die Beteiligung von Neonazis bei den Briefbombenattentaten vom Dezember 1993 auf. Er deckte auf, daß ein großer Teil der Wiener Polizei von Neonazis unterwandert ist und ist besonders der österreichischen Staatspolizei bekannt und ein Dorn im Auge.

Nach dem Polizeiübergriff auf den Hamburger Journalisten Oliver Neß, während einer Kundgebung Jörg Haiders in Hamburg, ist dies ein weiterer skandalöser Fall von Polizeiübergriffen auf engagierte JournalistInnen.

Olaf Göbel

Erhard Hartung - Der Skandal geht weiter

Ende Juli verbreitete das Wiesbadener Bildungswerk Anna Seghers eine Presseerklärung per Fax an zahllose Zeitungen und Zeitschriften. Inhalt: Bundeskanzler Helmut Kohl hatte den Arzt Erhard Hartung beauftragt, persönliche Grüße von ihm in China auszurichten. Hartung sei verurteilter Rechtsextremist aus Österreich und eine schillernde Figur in der Geschichte des "Südtirol-Terrorismus" und in der rechtsextremen Szene überhaupt. Es wurde recherchiert und es wurde immer Unerfreulicheres über Kohls Bekannten publik. Wenig erwähnt wurden Hartungs Kontakte zu rechtsextremen Kreisen, die hier beleuchtet werden sollen.

Die nazistische Karriere des **Erhard Hartung**, Oberarzt am Zentrum für Anästhesiologie der Universitätsklinik Düsseldorf, begann sehr früh. Anfang der 60er Jahre begann er als Aktivist der Innsbrucker Burschenschaft Brixia. Die schlagende Verbindung gilt als Hort des Südtirol-Terrorismus. Aus ihr, der Wiener Burschenschaft Olympia und dem Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) rekrutierte der Neonazi und enge Freund Hartungs, **Norbert Burger**, die Mittäter für verschiedene Anschläge in Tirol. Der Südtirol-Terrorismus kostete in nur fünf Jahren 30 Menschen das Leben. Die „Bumser" (wie die Terroristen verharmlosend bezeichnet werden) Burger und **Kienesberger** drohten 1966 der italienischen Regierung ganz offen in einem ARD Fernsehinterview: „ ...(Auch heuer) wurde ein letztes Ultimatum an die Carabinieri und die anderen Sicherheitskräfte gestellt, Südtirol zu verlassen, andernfalls auf sie geschossen werden wird." 1967 wurde Hartung in Florenz in Abwesenheit wegen eines Anschlages zu lebenslänglicher Haft verurteilt. An der Grenze zwischen Österreich und Italien hätte er mit zwei weiteren Nazis vier italienische Soldaten in einer hinterhältigen Falle ermordet, so daß Gericht. Er und seine Mittäter (Peter Kienesberger und **Egon Kufner**) plazierten um einen gesprengten Hochspannungsmast Tretminen. Beim Absperren des Tatortes durch italienische Soldaten kam es zur Explosion. Der Österreichische OGH hob das Urteil für diesen Anschlag (einmal acht, zweimal ein Jahr Gefängnis) später wieder auf, obwohl sich Hartung erwiesenermaßen zur Tatzeit in unmittelbarer Nähe des Tatortes aufgehalten hatte. Sein Wahlverteidiger war damals der prominente Nazi- und Revisionisten-Anwalt **Herbert Schaller**. Der Jurist war Generalstabsleutnant der Deutschen Wehrmacht, ist Nationalrevolutionär und Redner auf Veranstaltungen der Nationalistischen Front (NF) und der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG). Er verteidigt neben Vertretern der Auschwitz-Lüge wie **Gerd Honsik, Walter Ochensberger, Otto Ernst Remer** (NSDAP-Mitglied und beteiligt an der Niederschlagung des Aufstandes gegen Hitler am 20.07.44, wofür er zum Generalmajor befördert wurde. Er gründete 1949 die Deutsche Reichspartei, gab die „Remer-Depesche", ein rechtsextremes Blatt, heraus und vertrieb Videobänder zur „Auschwitz-Lüge". Wegen einer Verurteilung deshalb, floh er nach Spanien, wo er z.Zt. in Auslieferungshaft sitzt. Remer führt auch die Deutsche Freiheitsbewegung an.) und den Geschichtsrevisionisten **David Irving** (Britischer „Historiker" und Vorreiter der Revisionismus-Kampagne. Verurteilt wurde er u.a. wegen Leugnung des Holocaust), auch den wegen der Briefbombenanschläge inhaftierten **Franz Radl** (Herausgeber der Nazi-Schülerzeitung „Gäck", Verantwortlicher der Volkstreuen Jugend Offensive, VJO, und VAPO-Kader) und das FAP-Mitglied und Nazi-Gefangenenbetreuer (im Rahmen der HNG) **Erhard Kemper**. Anfang der 70er Jahre ging Hartung nach Deutschland, wo er politisches Asyl erhielt. Er blieb politisch aktiv als BRD-Beauftragter der Nationaldemokratische Partei (NDP), das österreichische Pendant zur deutschen NPD. Hartung gehörte u.a. mit Norbert Burger und **Herbert Schweiger** zu den Gründern der rechtsextremen Partei. Schweiger ist in der Naziszene bekannt und geachtet. Er meldete sich freiwillig zur Waffen-SS und diente in der „Leibstandarte Adolf Hitler". Saß vom ersten bis zum letzten Tag im NDP-Vorstand und ist der „ungehörte Zeuge wider die Gaskammern" in dem Honsik-Pamphlet „Freispruch für Hitler?". Er betätigt sich als Schulungsreferent für Kader der mittlerweile verbotenen NF und nebenbei arbeitet er im Vorstand und Beirat der nazistischen Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG). 1988 wurde die NDP wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verboten. Die NDP war Durchlauferhitzer für zahlreiche österreichische Neonaziführer. Durch ihre politische Schule gingen Gerd Honsik (Der NF-Kader und Herausgeber der Nazi-Hetzschrift „HALT" wurde im Mai `92 wegen Propaganda zur „Auschwitz-Lüge" zu 18 Monaten auf Bewährung verurteilt und befindet sich seitdem im spanischen Exil.), Walter Ochensberger (Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift SIEG, wurde im Dezember 1990 zu 3 Jahren wegen Hetzartikeln verurteilt und tauchte im August `92 unter. Mittlerweile in Deutschland gefaßt und an Österreich ausgeliefert. Er war NDP Gründungsmitglied und richtete 1988 eine „Zentrale Erfassungsstelle für jüdische Verbrechen" ein.) und viele andere mehr: **Gottfried Küssel** (Chef der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition, VAPO, dem in Wien gerade der Prozeß gemacht wird und Kader der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). 1992 versuchte er Deutsche und Österreicher in einem „technischen Sanitätskorps" für den Krieg in Kroatien zu rekrutieren. Seit 1977 ist er Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei - Aufbau und Auslandsorganisation (NSDAP-AO)) übernahm bei NDP-Aufmärschen Ordnerfunktionen, ausgerüstet mit Helm und Funkgerät. Manchmal trug der "Reichsleiter der VAPO"aber auch bei Kranzniederlegungen der NDP Gedichte vor. Bei einer Heldengedenkfeier der Burger-Partei 1981 in Eisenstadt legten verschiedene Landesverbände Kränze nieder. Die Beschriftungen der Schleifen werfen ein erhellendes Licht auf die geistige Ausrichtung der NDP: "...für jene deutschen Brüder, die bei Ungarn geblieben sind und die nach 1945 Opfer kommunistischer Verbrechen wurden.", "...für die Gefallenen des Abwehrkampfes..."; "...für die Millionen Deutschen, die im Zuge der Vertreibung aus ihrer Heimat im Sudetenland und in Ostdeutschland ermordet wurden.", "...für die von den Tito-Kommunisten ermordeten Untersteierer und alle ermordeten Deutschen in Südost-Europa." usw.



Erhard Hartung in Südtiroler Tracht

Bei so viel rechter Prominenz um Hartung darf natürlich der FAP-Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse** nicht fehlen. 1981 versuchte er an einem Parteitag von Hartungs NDP teilzunehmen, wurde jedoch an der Grenze verhaftet und zurückgeschickt. Damals war Busse noch Chef der Terrororganisation Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD), die seit über zehn Jahren verboten ist.

In einem Flugblatt der NDP werden die Mitglieder bzw. MitarbeiterInnen des "Komitee zur Wiederherstellung von Recht, Sitte und Ordnung" vorgestellt. Neben Hartung und Schweiger tauchen u.a. folgende Personen auf:

□ **Lisbeth Grolitsch**; Präsidentin der Deutschen Kulturgemeinschaft; gründete mit

O.E. Remer den Freundeskreis Ulrich von Hutten und war früher die jüngste Gau Unterführerin im BDM (Bund Deutscher Mädel).

□ **Fritz Rebhandl**; NDP-Chef; Herausgeber von "Der Volkstreue", Organ von Volkstreue Sozialistische Ordnung und Freiwilliger der Waffen-SS.

Bis 1992 saß der politische Flüchtling Hartung im Vorstand der deutschen Niermann-Stiftung. Über diese Stiftung flossen große Geldsummen in den Südtiroler Terrorismus und die Nazi-Szene. Allein eine halbe Million DM verschwand spurlos in Luxemburg. Über die persönlich beauftragte Grußübermittlung von Kohl an den, bis in die jüngste Vergangenheit mit internationalem Haftbefehl gesuchten, Hartung freut sich die Vereinigung Kameradschaft der ehem. Südtiroler Freiheitskämpfer, der Hartung vorsitzt: „...Der Auftrag von Bundeskanzler Helmut Kohl an Univ.-Prof. Dr. Hartung, seine Grüße zu überbringen, ist neben der persönlichen Anerkennung sicher auch ein weiterer Schritt zur Rehabilitierung der Südtiroler Freiheitskämpfer.". (Tirol-Informationsdienst Juni 1994)

Das Innenministerium prüft im Moment den Verdacht, ob der Mediziner in rechten Kreisen während den letzten 10 Jahren aktiv war. Was es da zu prüfen gibt, darf wohl gefragt werden, veröffentlichten verschiedene Medien sogar Fotos von Hartung an Burgers Grab und sprechen die genannten Fakten für sich.

Olaf Göbel ist Mitarbeiter des Solidaritäts- und Bildungswerkes Anna Seghers in Wiesbaden.

Der im RECHTEN RAND Nr.30 unter seinem Namen veröffentliche Artikel "Kohl rehabiliert verurteilten Nazi-Terroristen" war eine Presseerklärung des Bildungswerkes Anna Seghers.

Wahlerfolge für Faschisten

Österreich.

Bei den allgemeinen Wahlen in Österreich am 9. Oktober erreichte **Jörg Haiders** Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 22.0% der Stimmen - das waren knapp 1 Million Wählerstimmen. Größtenteils kam die Unterstützung für Haiders deutsch-nationale und rassistische Politik von Teilen der unteren Mittelklasse und der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), steht mit 35.2% vor ihrem schlechtesten Ergebnis der Nachkriegsperiode.

Zur gleichen Zeit verlor der Koalitionspartner der SPÖ, die konservative Österreichische Volkspartei 4.4%. Sie kommt nun auf 27% der Stimmen. Der Zusammenbruch für Österreichs gemäßigte Mitte ergab vor allen Dingen den Sieg für Haiders FPÖ als drittstärkste parlamentarische Kraft in Österreich.

Haider stellt sich und seine Partei als Kämpfer gegen Korruption und Privilegien dar, indem er Skandale aufdeckt und "den kleinen Mann gegen die mächtige Regierung verteidigt".

Die FPÖ hat Österreichs "Nachkriegskonsens", der eine Zweidrittelmehrheit und ein Zweiparteien-Monopol für das politische Zentrum garantierte, erschüttert. Haider macht kein Geheimnis aus seinen Ambitionen. Angesprochen auf eine Koalition mit der ÖVP (sie könnten gemeinsam eine Regierung mit einer Mehrheit von 5 Sitzen bilden) erklärte Haider seine Plane: "Ich habe vor der Wahl gesagt, daß wir in die Opposition gehen und wir werden das tun. Ich bereite die FPÖ vor bei der nächsten Wahl die Regierung zu übernehmen..."

Belgien

Die belgischen Provinz- und Gemeindewahlen vom 9.Oktober führten zu einem Durchbruch des "Vlaams Blok" (VB).

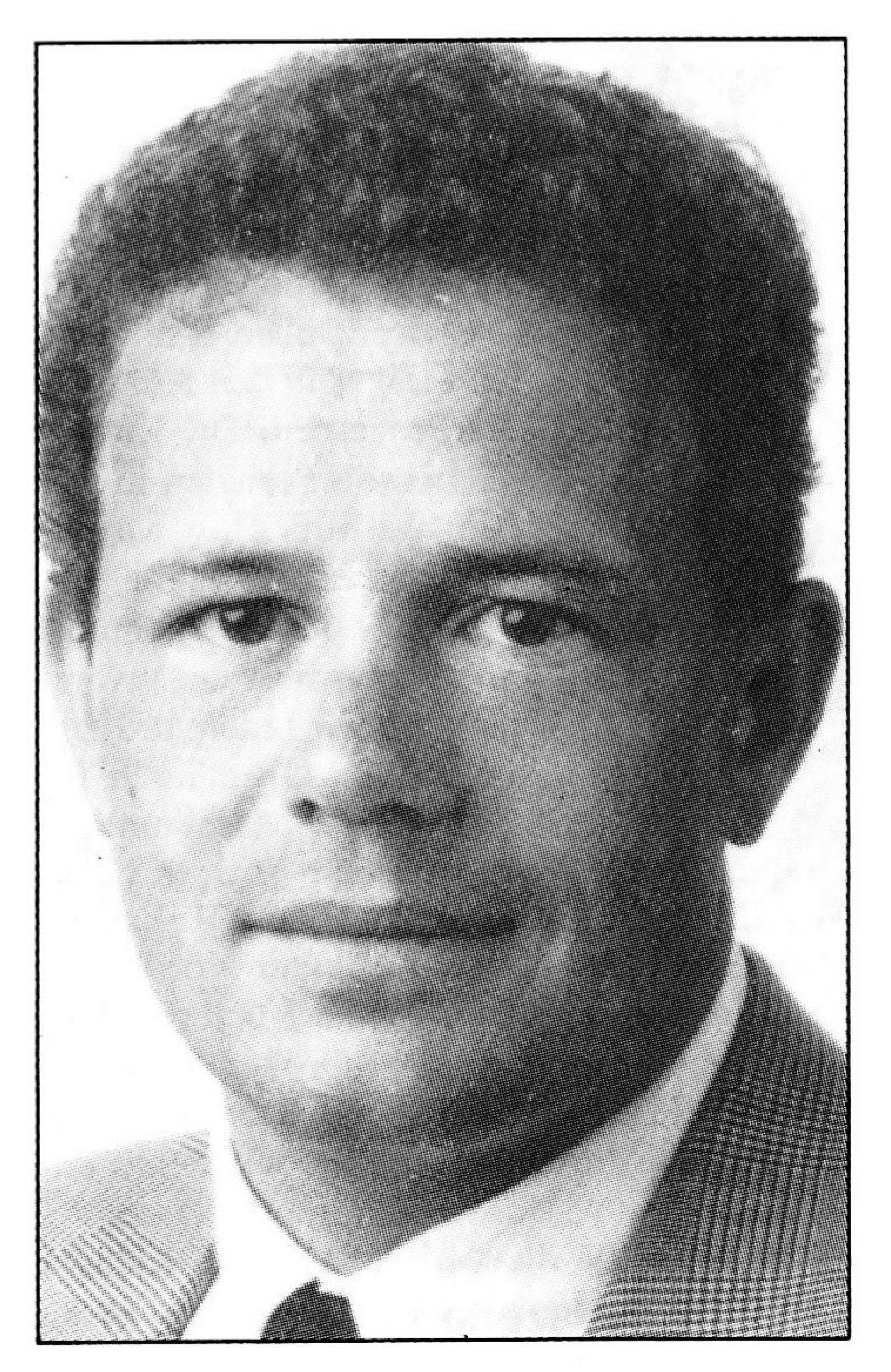
Bei den letzten Wahlen erhöhten die Faschisten sowohl in der flämisch-sprechenden Nordregion als auch im französischsprachigen Wallonien die Anzahl der von ihnen gehaltenen Sitze in den Gemeinde- und den Provinzialräten. Sie haben guten Grund zufrieden zu sein. Vom neuen Jahr an wird der VB in 82 von 303 Gemeinderäten vertreten sein. Sogar in vier Stadtbezirken Brüssels, einer Stadt, in der die Mehrheit französisch spricht, gewann die VB Sitze. Die Fortschritte der Faschisten können anhand der Gemeinderatswahl 1988 gemessen werden. Damals hatte der VV 23 Sitze gewonnen. Heute hat die Partei 202 Sitze.

Antwerpen ist Hochburg der Faschisten. Am 9. Oktober gewann der VB knapp 77.000 Stimmen - das entspricht 29%.

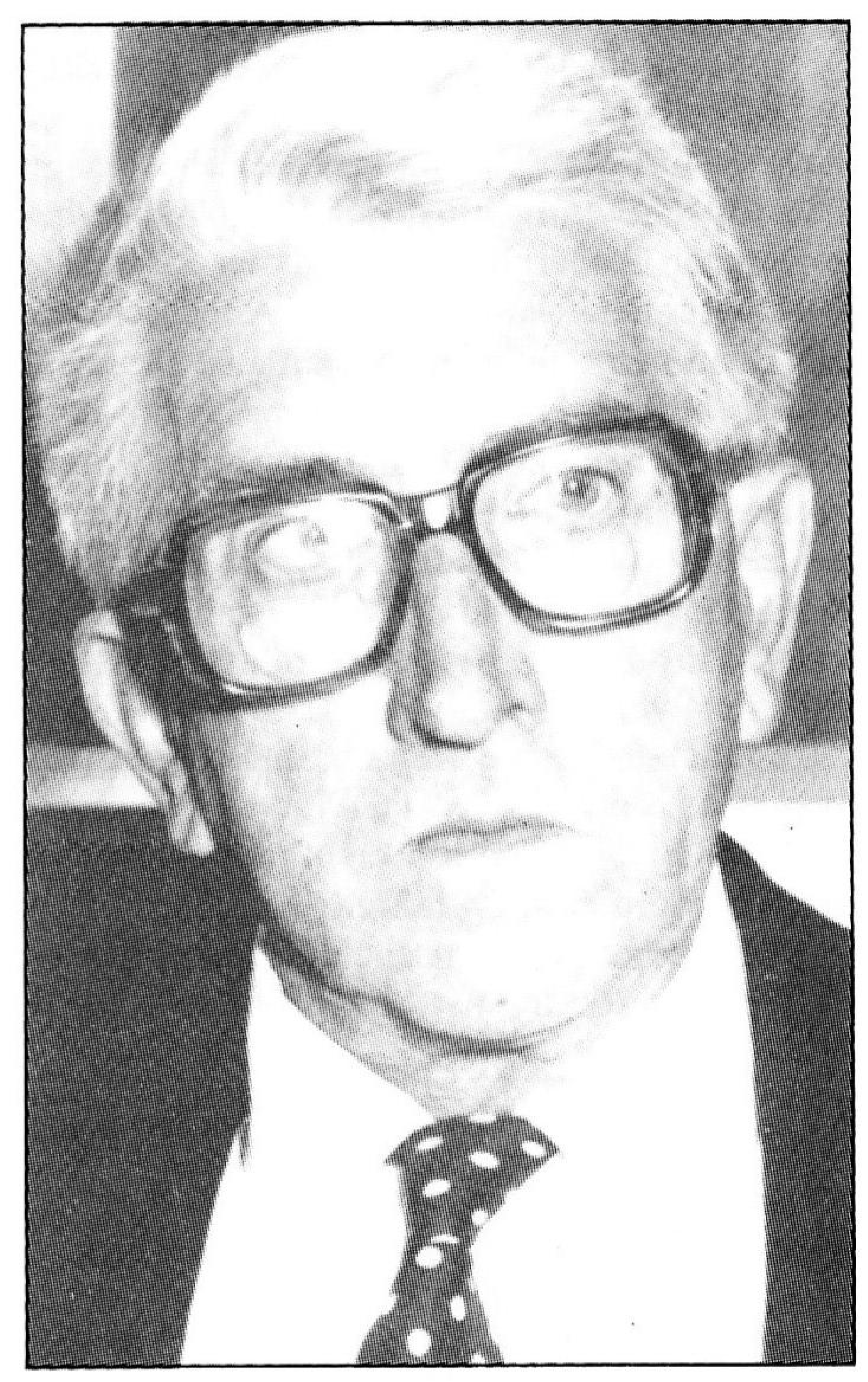
Der VB behauptet, er sei keine rassistische Partei. Ein Vorfall während ihrer "Das eigene Volk zuerst"-Kampagne" belegt das Gegenteil: Im Wahlkampf zeigte ein Flugblatt, das von militanten VB-Anhängern verteilt wurde, eine Frau die von drei Einwanderern vergewaltigt wird. Der Frau drohte man, man würde das antirassistische Notfalltelefon anrufen, wenn sie schrie.

Der Mann, der für dieses Flugblatt verantwortlich zeichnete, ist **Xavier Buisseret**, ehemaliger Führer des "Vlaamse Militante Orden" (VMO) und heute Parlamentsmitglied des VB.

Im südlichen Wallonien gab es vor der



Frank Vanhecke, Europaparlamentarier des Vlaams Blok



Karl Dillen, Europaparlamentarier des Vlaams Blok

Wahl viele Spekulationen, ob die belgische "Front National" (FN) ihren Erfolg von der Europawahl wiederholen kann. In Namur, der Hauptstadt Walloniens, einer Stadt mit wenig Arbeitslosigkeit und wenigen Einwanderern, kam die FN auf 8%. Auch in anderen Städten und Dörfern gewann die FN Sitze, aber nicht so viele wie der VB in Flandern. Nichtsdestoweniger erreichte der VB in Brüssel 3.3% und die FN 9.3%.

Insgesamt verloren die faschistischen Parteien fast 90.000 Stimmen. Dieser Punkt macht es schwer Details zu deuten. Es ist aber klar: Die Unzufriedenheit mit den demokratischen Parteien nützt den Faschisten. Ebenso ist klar, daß die am härtesten von der rechten Radikalisierung betroffene Partei die skandalgeschüttelten Sozialisten sind.

Vorliegende Meldungen entnahmen wir dem englischen antifaschistischen Magazin Searchlight, mußten aber leider erheblich kürzen. Wir danken M.K. für die schnelle Übersetzung.

Andrea Ernst

Die „Stille Hilfe"

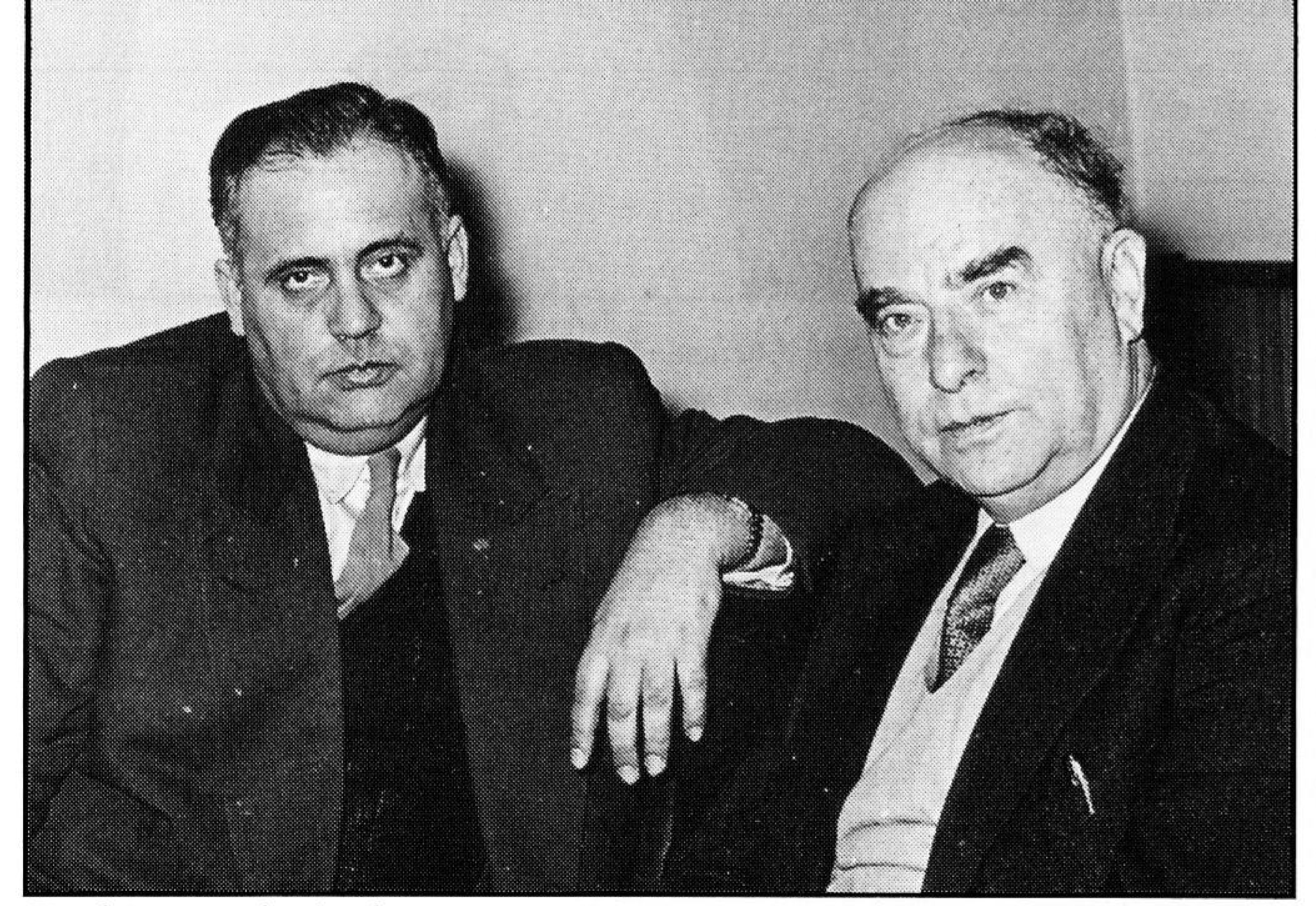
„Es bleibt immer etwas hängen - Semper aliquid haeret"

Sollte die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V." mit dieser weisen Überschrift in ihrem „Rundbrief an den Freundeskreis" 1/94 doch im Alter noch der Einsicht verfallen sein? Das Gegenteil ist der Fall! Es wird weitergemacht, wie schon seit über 40 Jahren. Gut informiert beklagt die „Stille Hilfe" sich bitterlich über die „sensationell aufgebauschte" Medienkampagne gegen sie, die nur dadurch ein „jähes Ende gefunden hätte", weil die Staatsanwaltschaft Verden/Aller das Verfahren gegen sie eingestellt habe.

Doch es sollte noch härter für die Nazi-Hilfsorganisation aus Rotenburg an der Wümme kommen:

„Überrascht hat uns jedoch, daß uns nach 43 Jahren das Finanzamt nun erstmals die Anerkennung als mildtätiger Verein versagt. Die Entscheidung wird mit nicht näher bezeichneten Äußerungen in unseren Rundbriefen begründet." Was für jeden Antifaschisten ein Grund zum Freuen darstellt, ist für diese kapitalkräftige NS-Unterstützer-Organisation ein Faustschlag ins Gesicht: da keine steuerbefreienden Spendenbescheinigungen mehr ausgestellt werden dürfen, wird ein Rückgang der Spendenbereitschaft ihrer Anhänger erwartet und das bei einer letztjährigen Einnahmeverbuchung von über DM 120.000,-. Ungeachtet dieses Rückschlages gibt die, sich selbst gern als „soziale Tatgemeinschaft" titulierende Organisation nicht auf - harte Geschütze werden aufgefahren:

„Wir fechten die Entscheidung natürlich an und haben Rechtsmittel eingelegt". Diese



Rechtsanwalt Aschenauer mit seinem Mandanten Otto Strasser 1956 im Amtsgericht Wiesbaden *Foto: fpa*

Arbeit erledigt ein Profi, der Rechtsanwalt Dr. **Klaus Goebel** aus München. Goebel wurde weiten Kreisen als Verteidiger des österreichischen Rechtsextremisten **Gerd Honsik** bekannt. Honsik ist Herausgeber der Zeitschrift: „Halt", die inzwischen wegen Verbotes in Österreich im spanischen Barcelona verlegt wird. Das Organ der militanten Gefangenenhilfsorganisation „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.", die „HNG-Nachrichten", berichten fortwährend von der Goebel'schen Tätigkeit für ihre Anhängerschar.

Dank seiner vielseitigen und einflußreichen Verbindungen ist man bei der „Stillen Hilfe" zuversichtlich: „Wir hoffen (...), daß die Finanzbehörde ebenso rasch wie die Staatsanwaltschaft die Angelegenheit klärt, so daß bald wieder die gewohnten Verhältnisse eintreten."

Begründeter Optimismus: Ein parlamentarischer Staatssekretär des Bundesinnenministeriums bescheinigte in einem Schreiben der „Stillen Hilfe" im März 1994 „derzeit keine rechtsextremistischen Bestrebungen" zu verfolgen. Diesem Brief an den Abgeordneten im Deutschen Bundestag **Siegfried Vergin** kann man jedoch noch anderslautende Sätze entnehmen, demzufolge die „Stille Hilfe" von 1969 bis 1971 kurzfristig Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes gewesen sei und man wisse, daß auch Rechtsextremisten „gelegentlich" zu den Mitarbeitern der Organisation gehören und eindeutig Kontakte zur rechtsextremistischen Szene bestehen würden. Soweit die Bundesregierung.

Einflußreiche Persönlichkeiten verstanden es, seit der Gründung der „Stillen Hilfe" kurz nach Kriegsende, das Bild einer rührigen Gefangenen- und Kriegsverurteilten-Hilfsorganisation aufrecht zu halten. Initiatorin Prinzessin **Isenburg** und der spätere Chef der "Stillen Hilfe" und Verteidiger in den Nürnberger Prozessen, Dr. **Rudolf Aschenauer** leiteten in den 50er Jahren eine unvergleichliche Kampagne, unter dem Motto „Vergebung" ein, verharmlosten Verbrechen an den Juden und legten so den Grundstein für die heutige Massenmord-Leugnung von Leuten wie dem jetzigen NPD-Vorsitzenden **Günter Deckert**. Bekannte Namen aus den Kirchen, beider Konfessionen, aus Adel und gehobenem Bürgertum unterstützten ehemalige Nazi-Größen, wie z.B. **Otto Ohlendorf** oder **Otto Strasser**. Die „Stille Hilfe" arbeitete gestern wie heute unter dem Motto „Unsere Ehre heißt Treue".

Es gilt heute die verbliebenen SS-Männer und deren Angehörigen „bei der Stange zu halten", wobei es sich nach eigenen Angaben „bei unseren Männern und ihren Familien durchweg um ehrenwerte Bürger handelt und nicht um straffällige Asoziale". Es blieb in den vergangenen Jahrzehnten nicht bei der Betreuung dieser „ehrenwerten" verurteilten Massenmörder in den europäischen Gefängnissen. Als Faschisten aller Himmelsrichtungen dabeigingen, ein internationales Netzwerk aufzuziehen, fehlten die Vertreter der „Stillen Hilfe" nicht. Prinzessin Isenburg und "Stille Hilfe"-Mitglied **Werner Vormfelde** nahmen schon Anfang der 50er Jahre an den Versammlungen der „Europäischen Neu-Ordnung" (ENO) teil. An diesen regelmäßigen ENO-Kongressen trafen sich Exponenten von zahlreichen europäischen Faschistengruppen zu regelmäßigen politischen Diskussionen. Die ENO ist nicht als Partei konzipiert, sondern als Kontaktzentrale. Als Generalsekretär dieser Organisation war der Schweizer Rechtsextremist **Gaston Amaudruz** jahrzehntelang Drehscheibe einer der ältesten Schwarzen Internationalen.

Personelle Kontakte in alle Himmelsrichtungen des rechten Lagers sind der „Stillen Hilfe" nachzuweisen: nach Südafrika durch eine eigene Vertretung „Stille Hilfe Südafrika", nach Spanien zum ehemaligen Waffen- und Firmen-Imperium des SS-Oberst **Otto Skorzeny**, in „deutschdurchsiedelten" südamerikanischen Ländern zum „Fliegerhelden" Rudel und seinen umstürzlerischen „Freundeskreisen", nach Italien zu den dortigen Rechtsextremisten (dort wurde die „Stille Hilfe" von dem **F.J.Strauß**-Freund **Gino Ragno** vertreten), nach Südtirol und Schweden - kurzum überall wo irgendwelche deutschorientierten faschistischen Lager weltweit operieren, sind Mitglieder der „Stillen Hilfe" bekannt. So stieß auch der glühende Albert Schweitzer-Verehrer **Ernst August Meyer** aus Bremen nach dem Krieg zur „Stillen Hilfe".

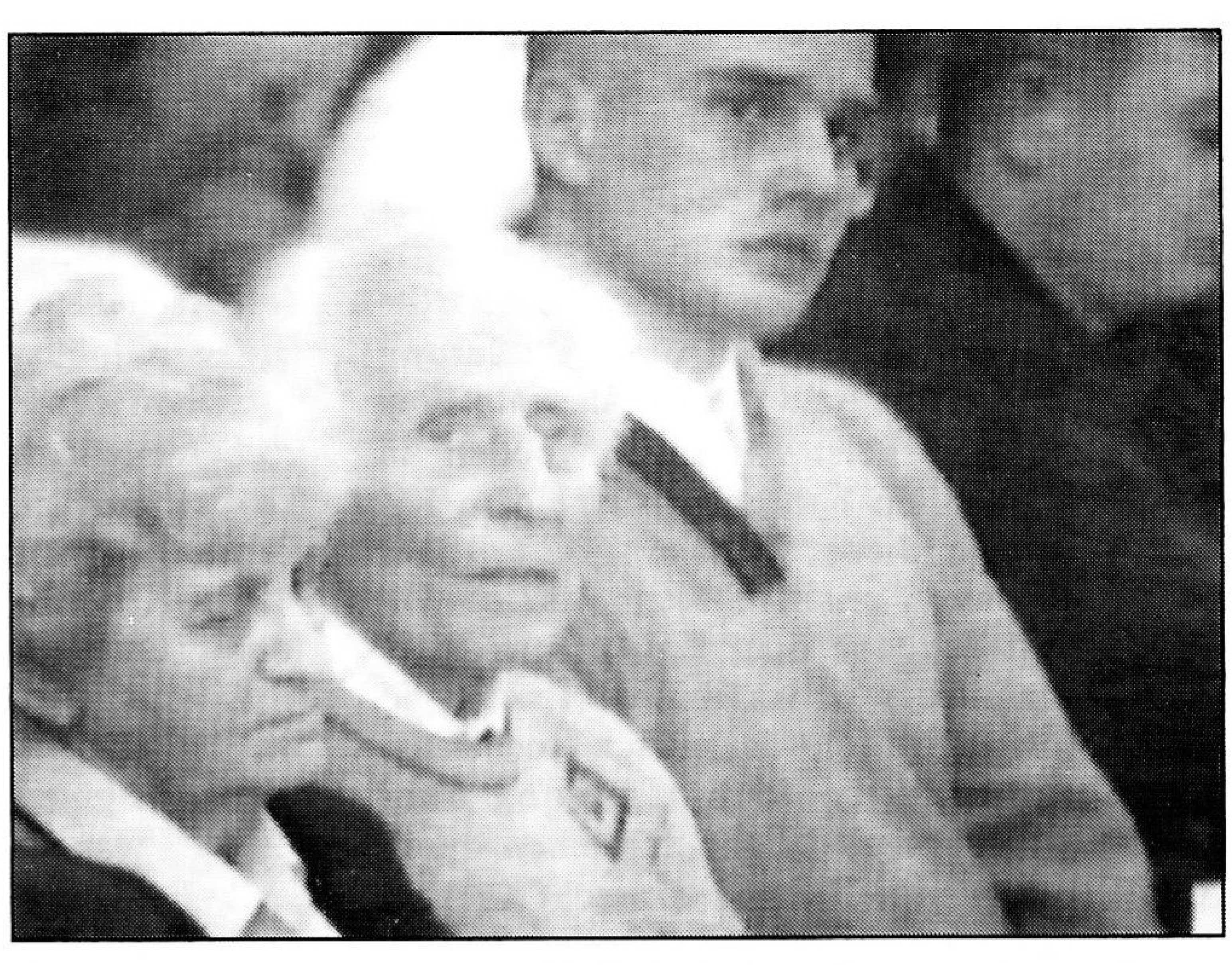
Ernst August Meyer - „Lebenslauf" eines Bremer Altnazis

„Tat-Meyer", wie ihn seine Freunde und Bekannten gern nennen, wanderte in den Nachkriegs-Jahrzehnten durch die rechtsorientierten Parteien und Organisationen, doch nur zweien blieb er treu: der „Stillen Hilfe" und dem „Bund für Gotterkenntnis", der Sekte der **Mathilde Ludendorff**. In den 50er Jahren bildete sich ein Arbeitskreis „Stille Hilfe Bremen" unter der Führung von **Wolf Machatius**. Weitere Mitglieder waren, neben Meyer und seiner Frau, der ehemalige Sturmbannführer - ausgezeichnet mit den SS-Insignien (!) mit Totenkopfring und Ehrendegen - **Theo Gahrmann**, das NPD-Mitglied **Karl Sasse**, die bereits verstorbene **Ilse Koch**, sowie **Lisa Künemund** und **Bernhard Westerkamp**. Eine Zeitlang nach dem Tode Dr. Aschenauers (1983) und vor der Verlegung nach Rotenburg, befand sich das Stille Hilfe-Büro in der Bremer Vahr; Ernst August Meyer hatte seine Kellerräume zur Verfügung gestellt. Alle die ihn kennen beschreiben „Tat-Meyer" als freundlichen zuvorkommenden Mann, der nur dann nervte, wenn er wiedermal Flugblätter verteilte. Wahllos brachte er Ludendorff-Pamphlete neben der „Auschwitz-Lüge" von **Thies Christophersen** und ande-

ren Hetzschriften unter die Leute. Ernst August Meyer hat heute eine lange politische Wegstrecke hinter sich: 1951 engagierte er sich bei der „Tatgemeinschaft freier Deutscher", dann hegte er Sympathien für die Sozialistische Reichspartei (die später verboten wurde) und deren Ableger Deutsche Reichs-Partei. Mitte der 50er Jahre war er für den rechtsextremen „Deutschen Arbeitnehmer-Verband" (DAV) aktiv. 1965 trat er der AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher) in Bremen bei und kandidierte zum Bundestag. Einige Jahre später beteiligte sich Meyer an der 1. Anti-Atom-Kampagne in Bremen und einigen fällt es heute auf, daß er 1973 wohl das erste Mal versuchte die „Auschwitz-Lüge" zu verteilen. Dennoch konnte sich Meyer, wie viele „Braune im grünen Gewande", 1979 an der Gründung der „Bremer Grünen Liste" beteiligen, für die er sich als Listenkandidat um ein Mandat in der Bremischen Bürgerschaft bewarb. Auf Druck der „Alternativen Liste" und der DKP mußte er die Kandidatur zurückziehen. Wenig erfolgreich waren schon seit Ende 1977 die Bemühungen rechtsgerichteter Kreise um Meyer, eine ökologisch-orientierte neue politische Kraft in Bremen zu bilden. Ernst August Meyer wurde Mitglied des rassistischen „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL). Hier traf er auf **Ernst Otto Cohrs**, einen Rotenburger Versandhändler für biologischen Gartenbedarf, der jetzt in Fischerhude lebt und mit der ehemaligen Rotenburger Vorsitzenden der „Stillen Hilfe", **Adelheid Klug**, ebenfalls sehr gut bekannt ist. Als treues Mitglied des WSL befürwortete Meyer 1981 das diskriminierende „Heidelburger Manifest", welches wie folgt lautete:

„Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur, und unseres Volkstums." Heute gehören solche Sätze leider zum Alltag, damals galt es noch als Grund Meyer zum Austritt aus der „BGL" zu bewegen. Doch seine Aktivitäten hat „Tat-Meyer" seitdem keineswegs eingeschränkt. Anfang der 90er Jahre taucht er im Dunstkreis der militanten Neo-Faschisten auf. Als in Bremen im Frühjahr 1994 ein „Aktionsbündnis Republikaner in den Bundestag" unter Leitung des stadtbekannten Neonazis **Markus Prievenau** gegründet wird, ist Ernst August Meyer dabei. Auch beim Treffen des „Deutschen Kameradschaftsbundes" am 31.12.1992 in Petersfehn bei Oldenburg darf der 90jährige Bremer nicht fehlen: „... ich bin da mit ein paar Freunden hingefahren und hab` mir die Jungs mal angesehen. Wenn wir da mit hineinwirken können und sehen können, was die da tun ... jetzt bin ich sehr beruhigt. ...Ich kenne sie zum Teil selber...".

Meyer glaubt auch heute noch fest an die sogenannte „Umerziehungslüge nach dem Kriege: Hitler habe den Krieg gewollt". Er hat einen eigenen kleinen Gesprächskreis in Bremen gegründet und verteilt ab und an noch eigene Flugblätter. Wie das folgende vom 21.6.1991 mit dem Titel: „Ein Jahrhundert der Gewalt und Lüge". Dort heißt es, „wer bis heute (...) die Zeitgeschehnisse (...) wach und wahrheitssuchend verfolgt hat, dem kann auch nicht unerkannt geblieben sein, aus welcher satanischen Gesinnung heraus insbesondere dem deutschen Volk niederträchtig durch verunglimpfende Geschichtslügen seine Widerstandskraft gegen völkerrechtswidrige Unterwerfung gebrochen werden soll".



Ernst August Meyer (Mitte) 1992 bei einer Veranstaltung des heute verbotenen Deutschen Kameradschaftsbundes

Ein weiterer guter Bekannter von Ernst August Meyer ist **Ernst Günther Kögel**, pensionierter Studiendirektor aus Remscheid. Kögel ist nicht nur Vorsitzender des „Bund Heimattreuer Jugend"-Trägervereins, sondern ebenfalls Mitglied beim „Weltbund zum Schutze des Lebens" oder auch beim „Collegium Humanum" engagiert. Für seine geschichtsrevisionistischen Aussagen wurde Kögel Ende 1992 vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu einer Geldstrafe von 12.600 DM verurteilt. Ernst August Meyer von der „Stillen Hilfe" steht mit ihm in „engster Fühlung".

Andere rechtsextremistische Kontakte der "Stillen Hilfe"

Die „Stille Hilfe" hat viele solcher Mitglieder wie Ernst August Meyer. Der Schatzmeister der Organisation, **Arnulf Rühaak**, aus Norden (Ostfriesland), ehemaliger Betreuer des „Schlächters von Lyon" **Klaus Barbie** gilt als eifriger HNG-Nachrichten-Leser und pflegt gute Kontakte zu Thies Christophersen. Ein Mitglied der Familie besorgte dem flüchtigen Altnazi auch schon mal einen Paß, der revanchiert sich mit netten Einladungen nach Dänemark. **Horst Janzen** aus Düsseldorf, der die Nachfolge von Adelheid Klug als Vorsitzender der „Stillen Hilfe" vor 2 Jahren angetreten hat Kontakt zur sogenannten „Schwarzen Witwe" aus den Niederlanden **Florentine Rost van Tonningen**, Herausgeberin der rechtsextremen Gazette „De Levensboom". Auch das NPD- und „Stille Hilfe"-Mitglied **Hedwig Kestermann** läßt sich die einschlägigen Publikationen aus Holland nachsenden. Ein anderes "Stille Hilfe"-Mitglied **Gertrud Herr** aus Hamburg warb in den 70er Jahren für die Vorzüge der „Neuen Anthopologie" - und zwar als Geschäftsführerin der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.". Herausgeber dieser Zeitung ist der Hamburger Neonazi und Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**. Im „wissenschaftlichen Beirat" der GfbAEV saß z.B. auch der Vordenker der französischen „Neuen Rechten" **Alain de Benoist**. Am 2.3.1979 betrat **Lorenz Held** als „unabhängiger Publizist" das Podium zu einer Diskussionsveranstaltung der NPD-nahen „Grünen Zelle Koblenz". Held gilt auch als Mitbegründer des Sammelbeckens „Arbeitsgemeinschaft Demokratische Neuordnung" (AGDN) „in dem Linksnationalisten und Solidaristen mitmachen" und war Redakteur von „Deutschland", dem Organ der „Vereinigung Deutsche Nationalversammlung". Ebenso war er Autor in der rechtsextremen Zeitschrift „Credo" (1990) und Leiter einer Arbeitsgemeinschaft bei den „Unabhängigen Freundeskreisen" (1978).

Werner Pletscher ist langjähriger Betreuer der „Stillen Hilfe" und für den zu lebenslänglicher Haft verurteilten **Josef Schwammberger** zuständig. Aber Pletscher gibt nicht nur in den Rundbriefen der „Stillen Hilfe" einen Betreuungsbericht zum Besten - seitdem die „Hilfsorganisation für Nationale Politische Gefangene e.V." (HNG) Schwammberger ebenfalls in ihren „Gefangenenlisten" unter all den jugendlich-extremistischen Brandstiftern aufführt, wird Pletscher kontaktiert um an den „Ersatz-Heß" von Stuttgart heranzukommen.

Einer der extremsten Mitarbeiter der „Stillen Hilfe" war der Rechtsanwalt **Eberhard Engelhardt** aus Nürnberg, der im Januar 1991 verstarb. Im Nachruf der Organisation heißt es: „ ...der weithin als beherzter Verfechter geschichtlicher Wahrheit, des Rechtes und der Freiheit geachtete Nürnberger Anwalt stand auch uns stets uneigennützig zur Seite. Sein Tod riß eine schmerzliche Lücke in die Reihen unbeirrbarer Kämpfer für das Wohl des Volkes. Ansehnliche Geldspenden bekam die „Stille Hilfe" auch nach seinem Willen an Stelle ihm zugedachter Kranzspenden". Engelhardt schrieb für die „Unabhängigen Nachrichten" und für die „Grüne Korrespondenz" von Altnazi **Erwin Schönborn.** Er war Initiator der „Bürgerinitiative Grüne Aktion Deutschland" und saß als „Ludendorffer" mit dem Nazi-Terroristen **Manfred Roeder** im Kuratorium des „Instituts für biologische Sicherheit" von **Walther Soyka**. Die „Bauernschaft" des flüchtigen Geschichtsrevisionisten und Auschwitz-Leugners Thies Christophersen würdigte Engelhardt nach seinem Tod.

Der breiteren Öffentlichkeit wurde Engelhardt 1979 bekannt. Als „beherzter Verfechter der geschichtlichen Wahrheit" richtete Rechtsanwalt Engelhardt ein unglaubliches Schreiben, angeblich im Auftrag eines Mandanten, an die Fernsehjournalistin Renate Harpprecht. Im Anschluß an die Ausstrahlung des amerikanischen Spielfilms „Holocaust" hatte die Journalistin bei der Fernsehdiskussion über ihr Schicksal und das ihrer

von den Nazis ermordeter Angehörigen berichtet, woraufhin ihr der Brief des „Stille Hilfe"-Mitgliedes Engelhardt mit der ultimativen Forderung nach Beweis dieser „Vergasungsstory" als „längst widerlegte Greuelmär" zugestellt wurde. Engelhardts Mandant fühle sich durch diese Äußerung diffamiert. „Er, der Anwalt setze deshalb Frau Harpprecht eine Frist von zwei Wochen, in der sie mitzuteilen habe: a) in welchem KZ und wann war diese Vergasung? b) woher hatten Sie davon positive Kenntnis? c) Waren daselbst Seuchen oder Epidemien?".

Doch damit der Unverfrorenheit nicht genug - als Anlage fügte der eifrige Rechtsausleger noch eine Kostenberechnung über 174,90 Mark hinzu, da das Schreiben durch das Verhalten von Frau Harpprecht „veranlaßt worden ist".

Eberhard Engelhardt mag der radikalste Propagandist aus den Reihen der „Stillen Hilfe" gewesen sein. Der einflußreichste war ohne Zweifel der Rechtsanwalt Dr. Rudolf Aschenauer. Aschenauer machte sich gleich nach dem Zweiten Weltkrieg einen Namen, in dem er Verteidigungen u.a. für den hohen SS-Führer Otto Ohlendorf, für den Parteiführer Otto Strasser und den hochbelasteten IG-Farbenindustriekomplex übernahm. Zu seinen Freunden und Bekannten zählten **Hans Globke**, Adenauers umstrittener Staatssekretär mit NS-Vergangenheit; der rechtskonservative **Theodor Oberländer**, ebenso wie Aschenauer im BHE, dem „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" aktiv; und Dr. **Werner Naumann**, testamentarischer Nachfolger von Goebbels, der in den 50er Jahren den umstürzlerischen „Gauleiter-Kreis" gründete und mit altfaschistischen Größen wie Major **Hans-Ulrich Rudel** und SS-Oberst **Otto Skorzeny** zusammenarbeitete. Der Nürnberger Rechtsanwalt Aschenauer wurde in den folgenden Jahrzehnten nach 1945 Rechtsberater der „Deutschen Soldatenzeitung" und Autor und Rechtsberater der etabliertesten rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation Europa". Ferner schrieb Aschenauer das Vorwort zu den Memoiren des 1961 in Israel zum Tode verurteilten SS-Obersturmbannführers **Adolf Eichmann** und kümmerte sich auch juristisch um den 1977 durch seine spektakuläre Befreiung bekanntgewordenen Gestapo-Chef von Rom, **Herbert Kappler** aus Soltau.

1974 wird das führende „Stille Hilfe"-Mitglied Rudolf Aschenauer zum Bundesvorsitzenden einer politisch viel umfassenderen Organisation gewählt: dem VDA - „Verein für das Deutschtum im Ausland". Vorher war er bereits Vorsitzender des Landesverbandes Bayern des VDA und Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde Südtirols". Der VDA galt schon bei seiner Neugründung 1955 als umstrittene Organisation, war er doch 1933 eine der wenigen Organisationen, die von den Nazis weder verboten noch gleichgeschaltet, sondern aufgewertet wurden. Der VDA war für die Regierung Hitler wichtig, weil die NSDAP zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eine funktionierende Auslandsorganisation verfügte. Nach 1945 wurde der VDA von Alt-Nazis und einstigen NS-Größen, nach vorhergehender vorsichtiger politischer Sondierung, wieder aufgebaut. Wegen der Skepzis vonseiten der offiziellen Regierungsstellen gab man sich einen neuen Namen: VDA-"Gesellschaft für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V.".

In den Jahren von 1973 bis 1977 war Rudolf Aschenauer verantwortlich für das VDA-Organ „Globus" und auch Autor bei der rassistischen Zeitschrift „Afrika-Spiegel". In den vorhergehenden Jahren war es ruhiger um den Volkstumsverein geworden, überragende Führungspersönlichkeiten waren verstorben, es gab Krisen in der „inneren Weiterentwicklung. „Erst dem ... (1974) gewählten neuen Vorsitzenden, dem bekannten Strafverteidiger Dr. Rudolf Aschenauer ... gelingt es, den VDA wieder in gute Fahrt zu bringen."

1977 war Aschenauer Mitorganisator der Chile-Reise des Parteivorsitzenden der CSU, Franz-Josef Strauß. Während dieser Reise bat Strauß den chilenischen Diktator **Pinochet**: „Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in ihrem Lande, gleichgültig, von woher sie bedroht wird, erhalten bleibt ...".

Die Schwerpunkte des VDA liegen in ihrer gewichtigen Rolle als beständiger Wegbereiter für bundesdeutsche Kapitalinteressen im Ausland, wie in der Kontinuität revanchistischer Politik und der Verfolgung „neukolonialistischer" Interessen der Deutschen im Ausland. Seit 1981 trägt der Verein seinen alten vollständigen Namen wieder. Zu dieser Zeit verfügt die Organisation über 18.000 Mitglieder und Förderer, 1/3 davon sind Firmen, Verbände und kommunale Gebietskörperschaften. Die „Stille Hilfe für Rußlanddeutsche" wird gegründet. Der VDA-Kongreß „Deutsche in aller Welt" im Herbst 1989 wird zu einem großen, medienwirksam aufbereiteten Spektakel, als dessen Schirmherr Bundeskanzler Helmut Kohl firmiert. Der VDA ist wieder hoffähig geworden. 1990 wird dem VDA die Betreuung der Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion übertragen. Seit dieser Zeit fließen die Gelder zum VDA in beträchtlichem Ausmaß. Allein aus dem Bundesministerium des Inneren erhielt die Organisation seit 1990 ganze 112,4 Millionen Mark für Projekte in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Dabei ging es nicht immer mit rechten Dingen zu. Der Bundesgerichtshof rügte das Geschäftsgebaren des VDA und offenbar ist die Organisation im Ausmaß der geplanten Objekte völlig überfordert.


Stille Hilfe
für Kriegsgefangene und Internierte e.V.
Geschäftsstelle: 27356 Rotenburg/Wümme

Gründerin:
H.E. Prinzessin von Isenburg
"Mutter Elisabeth"

Postgiroamt Essen

Bankkonten Deutsche Bank München

Bayerische Landesbank
- Girozentrale München -

Volksbank Rotenburg/W.

Rundbrief Nr. 1/1994 für den Freundeskreis Sommer 1994

Es bleibt immer etwas hängen.
(Semper aliquid haeret.)

Faksimile des Rundbriefes der "Stillen Hilfe"

Rudolf Aschenauer verstarb 1983. Aber mit ihm erlosch keinesfalls sein Lebenswerk: die „Stille Hilfe". Die Vereinigung war zu seinen Lebzeiten zu neuen Ufern aufgebrochen und so verfolgt sie auch heute noch das alte Ziel, aber mit neuen Kämpfern. Für den jetzigen Vorsitzenden der „sozialen Tatgemeinschaft", Horst Janzen, ist noch keine „Beendigung der Aufgaben der Stillen Hilfe abzusehen." Und deshalb wird weitergemacht und zum Weitermachen benötigt auch eine Organisation, die ganz „im Stillen arbeitet" Geld. Und dieses Geld soll nicht mehr nur von den alten, aussterbenden Spendern kommen - die jungen Leute werden angesprochen. So erfolgt, 1990 in der Januar-Ausgabe von „INDEX", dem Organ der „Nationalen Liste" aus Hamburg. „INDEX" gilt als wichtiges Kommunikationsmittel, um „Kameraden" und Sympathisanten in Aktionskampagnen einzubeziehen. So fungierte das Blatt als Transporteur der Anti-Antifa-Kampagne.

In der Ausgabe Januar 1990 fordern die „INDEX"-Redakteure zunächst: „Nicht BRD, nicht DDR - Wir wollen das Reich!" Nebenstehend eine Landkarte: „Das Deutsche Reich 1937". Nach einem kurzen Dementi zur EG-Politik, mit der abschließenden Forderung: „Raus aus der EG-Einbindung" geht der Text dann fließend auf die Titulierung: „Kriegsende ? !" über. Es wird auf die leidige Stellung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen, um dann auf die typische „Stille Hilfe"-Schreibmanier zu kommen: „Was die wenigsten wissen: Noch immer gibt es Kriegsgefangene. Natürlich nur Deutsche - wir waren schließlich Verlierer, und Sieger sind immer im Recht... Aber was hat es mit Recht zu tun, 70-, 80- oder gar 90-jährige Menschen auf die Anklagebänke zu schleifen oder in die Gefängnisse zu werfen? Wir fordern die sofortige Freilassung aller noch in Haft befindlicher Kriegsgefangenen. (...) Wer Einzelheiten über die teilweise unmenschlichen Schicksale der Betroffenen wissen möchte, kann sich zur Information wenden an: Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V., Postfach.... Rotenburg/ Wümme".

Quellen:

Bernd Wagner (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus, Rowohlt 1994
Lupe e.V.: Organisationsprofil - Verein für das Deutschtum im Ausland, Berlin 1993
Hethey/Kratz (Hg.): In bester Gesellschaft, Göttingen 1991
Jürg Frischknecht: Die unheimlichen Patrioten, Zürich 1984
Richard Stöss: Vom Nationalismus zum Umweltschutz, Opladen 1980
Buntbuch-Verlag: Braunzonen zwischen CDU/CSU und Neonazis, Hamburg 1981
Volkmar Woelk: Natur und Mythos, Duisburg 1992
Horst Biesold (Hg.): Beiträge zum Thema: Karrieren von NS-Tätern in der Nachkriegszeit, Bremen 1992
Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums, Bonn 1980
Frankfurter Rundschau, 3.8.1979
Rundbriefe der „Stillen Hilfe"

Raimund Hethey

Die „Neue Rechte“ mehr als nur eine Determinante der NS-Restauration ?

Der 39jährige Bundestagsabgeordnete der CDU und langjährige Mitarbeiter des ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker, Friedbert Pflüger, hat bei Reisen durch das Land, „an allen Ecken und Enden den Einfluß der Neuen Rechten“ gespürt und an der Parteibasis „Berührungsängste schwinden“ sehen. Er hat seine Beobachtungen unter dem Titel „Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder“ in einem Buch zusammengefaßt. Über ein Vierteljahrhundert brauchte die „Neue Rechte“, um als überall lauernde Gefahr von einem exponierten CDU-ler erkannt zu werden.

Der Anthroposoph und beinahe Biograph der „Neuen Rechten“ **Günter Bartsch** beschrieb die Geburtsstunde der 'Neuen Rechten' vor 20 Jahren: „Die Neue Linke kam mit einem Paukenschlag, der alle aufhorchen ließ. Durch jene Tür, die sie aufbrach, trat jedoch noch eine zweite Erscheinung - lautlos wie auf Katzenpfoten. Dies war die Neue Rechte.“ Bartsch wies mit Recht darauf hin, daß die Bezeichnung „Neue Rechte“ eine Eigenbezeichnung sei. Das Kind wurde nicht getauft, es kam mit einer eigenen Etikette zur Welt. Deshalb fügte Bartsch den Begriff „junge Nationalrevolutionäre“, des Unterschieds zwischen historischer und politischer Richtigkeit wegen“ hinzu. Damit war der Bezug zu faschistischen Organisationen in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts hergestellt.

„Ich bin der konservativste Revolutionär der Welt.“ (Adolf Hitler am 6.6.1936)

Immer wieder entdecken AntifaschistInnen Organisationsstrukturen und Menschen, die sie als neue Rechte bezeichnen. Das jüngste Beispiel findet sich in der letzten Ausgabe des „Rechten Rand“, in der die Partei „Bund freier Bürger“ des Ex-FDP'lers **Manfred Brunner** als „ein neurechter Versuch“ bezeichnet wird. Selbst der Partei des SS-lers **Franz Schönhuber**, die „Republikaner“, wird z. B. in einem Beitrag des „Antifa-Infoblattes“ Nr.11 (Berlin) das Etikett „Neue Rechte“ angehängt. Ähnlich lauten die Analysen von beamteten (Rechts-) Extremismusforschern. Deren Option ist die Leugnung kontinuierlicher politischer Arbeit von Faschisten über den Zeitpunkt ihrer militärischen Niederlage 1945 hinaus. Dabei ist längst nachgewiesen, daß die, die sich als „Neue Rechte“, aber auch gerne als Alternative, Ökologen, Grüne, Heimat- und Völkerfreunde sowie Konstrukteure eines „neuen“ Europas ausgeben, bis in die Reihen der SPD und GRÜNEN arbeiten. Die Grenzen zwischen den sogenannten „Rechts-Intellektuellen“ und militanten faschistischen Fraktionen, die öffentlich in den Stiefel-Stapfen der NSDAP marschieren und sich heute z.B. unter dem Siegel „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) formieren, sind fließend. Die GdNF ist eine SA-Struktur, die ohne normale Parteiarbeit von Theoriezirkeln, ohne Management von Geld- und Waffenbeschaffern gar nicht existieren könnte.

Der Faschismus hat bis zu seiner Etablierung die unterschiedlichsten Strömungen unter seinem Dach vereint und immer vielfältige Fassaden nach außen gezeigt. Die deutschen Faschisten haben kein eigenständiges politisches Programm entwickelt, sondern aus dem Ensemble des Vorhandenen immer das herausgenommen, was sie für ihre Machteroberung benötigten. Die Grundsubstanz ih-



Ob neu-rechts oder alt-rechts - auf jeden Fall unbeliebt: Manfred Brunners "Bund Freier Bürger"

rer Programmatik entstammte aus dem „national-völkischen“ Spektrum der Kaiserzeit und der Weimarer Republik. Das Etikette „national-sozial“ übernahmen sie z.B. von dem Ahnherrn der heutigen Liberalen, Friedrich Naumann, das „Rot“ in ihrer Fahne stahlen sie der „Arbeiterbewegung“, aus deren Liedgut sie ebenfalls hemmungslos schöpften, wobei sie den geklauten Melodien ihre eigenen Texte verpaßten. Die Technik des geschickten Diebstahls, die Ernst Bloch als Betrug entlarvte, ist bis heute üblich. Die Video-Clips der „Neuen Front“ des **Michael Kühnen** sind mit der Musik von Carl Orff („Carmina burana“) unterlegt. Etwas, das die militanten Neo-Faschisten mit der Werbetechnik des Nestle-Konzern gemeinsam haben, dessen augenblicklicher Vorstand durch seine aggressive Verkaufspolitik von „Milchpulver“ in der „Dritten Welt“ und seine Nähe zu Bundeskanzler Kohl auffiel.

Faschisten als „stumme Gäste“

Der französische Sprachwissenschaftler Pierre Faye hat die Technik der Nationalsozialisten mit der Rolle des „stummen Gastes“ erklärt, die es den Nationalsozialisten ermöglicht habe, bei unterschiedlichen politischen Organisationen und Zirkeln mitzuhören und dort gebräuchliche ideologische Begriffe aufzunehmen und später für sich zu instrumentalisieren. Aus dieser Praxis entstanden, nicht nur bei den Nationalsozialisten, neue Begriffe, paradoxe Formeln wie etwa „Konservative Revolution“, „Totaler Staat“ oder „Revolutionärer Nationalismus“.

Das, was in den späten 60ern und aktuell als „neu“ und „rechts“ ausgemacht worden ist und wird, stellt nur den x-ten Versuch dar, mit einer spezifischen Zielgruppenansprache die eigene Massenbasis zu erweitern, den gesellschaftlichen Einfluß zu vergrößern und eine alte Struktur aus den zwanziger Jahren wieder zu restaurieren. Die Variante „Neue Rechte“ kann deshalb nicht losgelöst vom Faschismus und seiner schrittweisen Etablierung in den zwanziger Jahren betrachtet werden. Kurt Hirsch benennt in „Rechts von der Union“ über 50 Organisationen, die im näheren Umfeld der NSDAP operierten und schließlich von der Partei integriert wurden, ohne daß sie vorher den Markennamen „Nationalsozialismus“ trugen.

Der Blick von der tugendvollen Mitte auf die Extreme

Der „Extremismusansatz“ fußt auf den Totalitarismustheorien des 20. Jahrhunderts, deren bestimmende Aussage ist, daß die extremen Pole einer Gesellschaft gemeinsam auf die Mitte der demokratischen Gesellschaft einwirken, um sie in ihrem Sinne zu zerstören. Rechts- und Linksextremismus werden gleichermaßen als Bedrohung empfunden und einmal in einem Atemzug genannt, auch gleichgesetzt. In der politischen Praxis wurde immer der Linksextremismus als größere Gefahr behandelt, weil er die Legitimation bürgerlicher Herrschaft radikal in Frage stellt. Alle Strömungen der „Totalitarismusforschung“ haben letztlich den Faschismus verharmlost und durch die Gleichsetzung der

Faschisten mit Kommunisten jedweder Couleur die aktuelle Erstarkung der Faschisten gefördert.

In der sogenannten „Rechtsextremismus-Forschung" herrscht künstliche Verwirrung über die Strömung der „Neuen Rechten", die in der „neuen" Bundesrepublik lieber wieder „jungkonservativ" genannt werden will und sich selbst in die Kontinuität der „Konservativen Revolution" stellt. Die „Rechtsextremismus-Forscher" kommen den Selbstdarstellungswünschen der „Neuen Rechten" entgegen. Kein einfaches Unterfangen, nachdem der Hamburger Sozialwissenschaftler Stefan Breuer der „Konservativen Revolution" ihre Daseinsberechtigung nahm: „Die Konservative Revolution, so hat sich gezeigt, war nicht konservativ, versteht man diesen Begriff in einem geschichtlich-inhaltlichen Sinne. Keiner der ihr zugeordneten Autoren argumentiert in der Tradition der societas civilis, alle setzen deren Auflösung bzw. Ablösung durch die moderne bürgerliche Gesellschaft voraus. [...] Eine wie immer geartete Doktrin, die für alle als konservativ-revolutionär apostrophierten Autoren verbindlich wäre, hat sich ebenfalls nicht ergeben.



Ullstein-Lektor Rainer Zitelmann (M.) mit den Autoren Eckhard Jesse und Uwe Backes

Es führt kein Weg daran vorbei: 'Konservative Revolution' ist ein unhaltbarer Begriff, der mehr Verwirrung als Klarheit stiftet. Er sollte deshalb aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jahrhunderts gestrichen werden." Breuer möchte den Begriff „Konservative Revolution" durch 'neuen Nationalismus' ersetzen.

Das kommt den neueren Positionen innerhalb der Sozialdemokratie entgegen, die ohne „Häme" und „Denunziation", aber mit „scharfen Argumenten" die „neue konservative Intelligenz" analysiert. Als die Medien fast täglich über Pogrome gegenüber Menschen berichteten, die die Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag gerne außerhalb der bundesdeutschen Grenzen hätte, schrieb der heimliche Kultusminister der BRD Peter Glotz (SPD) über die „Neue Rechte": „Viel gefährlicher als dieser Rechtsextremismus sind die, die im Verfassungsschutzbericht gar nicht mehr genannt werden: die „Neue Rechte". Es ist in Frankreich so wie in der Bundesrepublik: Aus der rechtsextremen Szene wächst ein Organisations- und Publikationsnetz, das nicht alte Kameraden, sondern neue Menschen sammeln will. In Frankreich heißen die Köpfe **Alain de Benoist** oder **Guillaume Faye**, in Deutschland **Gerd-Klaus Kaltenbrunner**, **Henning Eichberg** oder **Hans-Dietrich Sander**. [...] **Armin Mohler**, die kluge Spinne im neurechten Netz [...] Aber das Publikationsnetz ist da: Zeitschriften wie Wir selbst, Mut, Aufbruch oder Criticon haben ihren Autorenkreis bis zu den 'großen Intellektuellen' der Konservativen vorgetrieben. In der Zeitschrift Mut schrieben in den letzten Jahren **Hellmut Diwald**, **Irenäus Eibl-Eibesfeldt**, **Ernst Jünger**, **Konrad Lorenz**, **Golo Mann** oder der katholische Münchner Philosoph **Robert Spaemann**; aber auch Publizisten und Politiker, die ganz eindeutig den großen, integrationistischen Parteien der Bundesrepublik nahestehen oder ihnen angehören: **Franz Alt**, **Gertrud Höhler**, **Ulrich Lohmar**, **Dieter Haack**, **Rudolf Wassermann** oder **Rupert Scholz**. Da ist nichts mehr von der biederen, kleinbourgeoisen, monotonen Kommunikation der alten Rechten; statt dessen eine gefährliche Ideologie, die konsequent, intelligent und in einer lebendigen Sprache von einer Vätergalerie der europäischen Rechten abgeleitet wird: von Nietzsche...." Eindeutige, aber taktische Worte. Nichts ist so alt wie ein Glotz-Buch von gestern. In der September-Ausgabe der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte", die Glotz als Chefredakteur managt, kommt fast die gesamte Riege der sozialdemokratischen Verharmloser zu Wort. Hier werden nun **Gottfried Benn**, Ernst Jünger, Armin Mohler, **Ernst Niekisch**, **Ernst Nolte**, **Carl Schmitt**, **Botho Strauß** und selbst der Ullstein-Verlag als brave „(National) Konservative" präsentiert, die man im gemeinsamen Kampf gegen rechts gewinnen will. Der IG-Metall Funktionär **Wolfgang Kowalsky** feiert in dem SPD-Heft den Abgesang der „Neuen Rechten", die just vor dem Abgrund stünde. In seinem ebenfalls in diesem Jahr erschienenen Sammelband zum „Rechtsextremismus" hatte er für die „Neue Rechte" auch nur verniedlichendes zu erzählen: „Der Begriff Neue Rechte ist zweideutig: Einerseits wird darunter die 'Modernisierung' des Rechtsextremsmus verstanden, andererseits wird er verwendet als Bezeichnung für rechtsintellektuelle Denkzirkel, die seit Ende der 60er Jahre Antworten von rechts auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu geben versuchen (vgl. Gessenharter 1989). Unter 'modernisiertem' Rechtsextremismus wird gemeinhin der Rechtsextremsimus gefaßt, der versucht, seine Identität ohne Bezug auf den historischen Faschismus zu bestimmen." Neue Gesellschafts-Autor und Mitautor in Kowalskys Sammelband Armin Pfahl-Traughber, ständiger Korrespondent im sozialdemokratischen „Blick nach rechts", untersucht den Neo-Faschismus aus dem Blickwinkel eines Brückenarchitekten und findet heraus, daß die neofaschistische Zeitschrift „MUT" gar nicht mehr rechtsextrem sei. Daß er dabei das revanchistische Buchprogramm des MUT-Verlags völlig außer acht läßt, zeugt von der Dummheit, mit der die Sozialdemokraten dem Neo-Faschismus begegnen. „Gemeint ist die Zeitschrift Mut, die einen Wandel von einem eindeutig rechtsextremen zu einem konservativen Organ vollzogen hat. [...] Mit den konservativen Positionen fast aller ihrer Autoren bewegt sich die Zeitschrift im Rahmen der Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates, eine Einschätzung dieser als rechtsextrem wäre unzutreffend." Mit solchen Urteilen, die auch noch mit Zitaten des Anti-Antifaschisten Prof. **Knütter** (Bonn)und dem Totalitarismusanhänger Prof. **Rudzio**(Oldenburg) hergeleitet werden, kann man gewieften Ideologen der Neo-Faschisten natürlich nicht beikommen. Im Gegenteil.

Der sozialdemokratische Schulterschluß mit der „konservativen Intelligenz" ist die geistige Vorwegnahme der „Großen Koalition", das kommende Reservoir einer noch neuere Rechten.

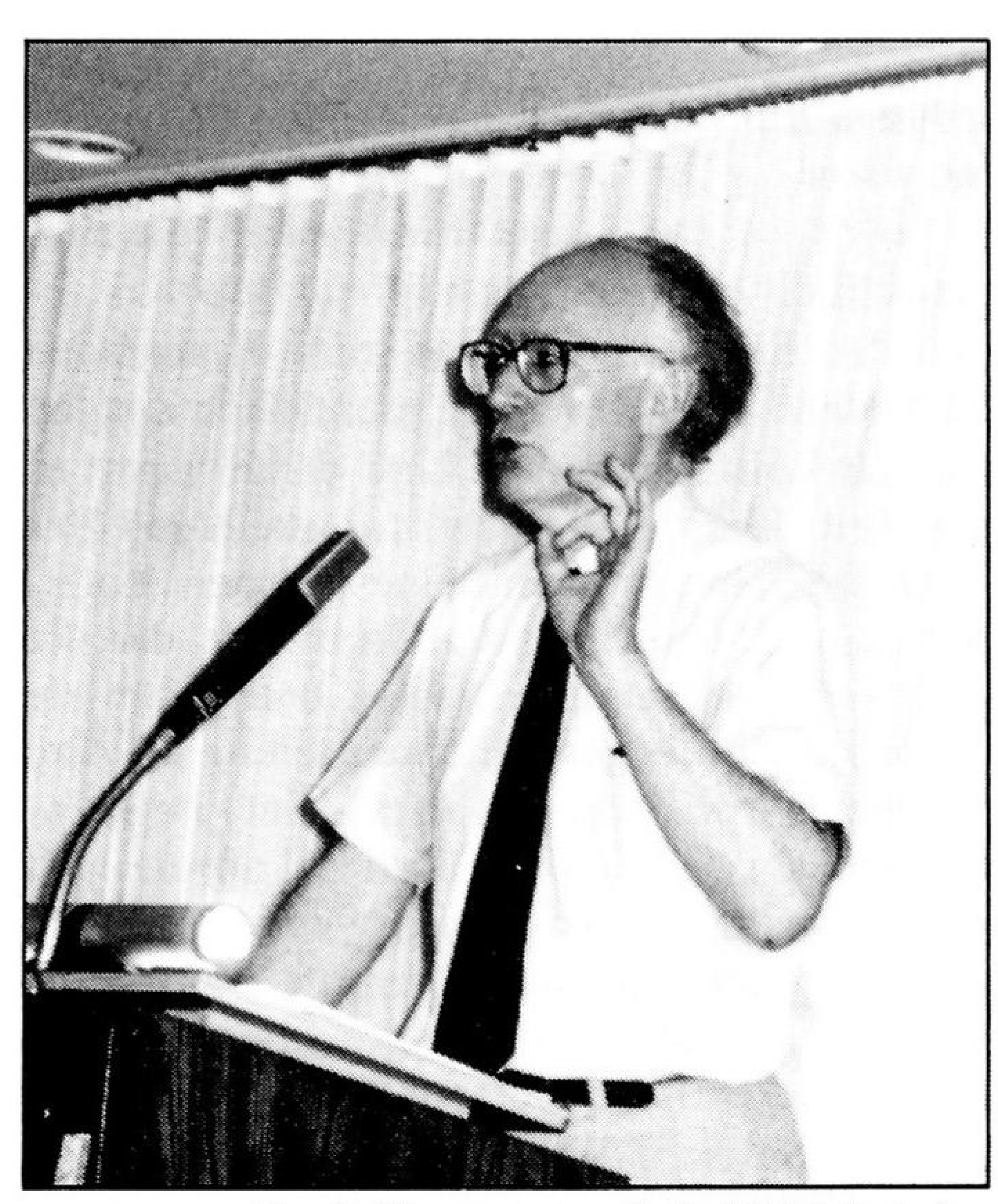
Herrschaft, Herrschaft über alles

Der „neuen" Rechten gehe es vorwiegend um die kulturelle Hegemonie, um Herrschaft über den Alltagsverstand und der italienische Kommunist Antonio Gramsci sei ihr Stichwortgeber. Immer wieder wird dieser Aspekt in der Literatur hervorgehoben, als ob die proletarische (linke) Kultur die herrschende sei und erst noch von der „neuen Rechten" besiegt werden müsse. Auch im kürzlich bei Rowohlt veröffentlichten „Handbuch Rechtsextremismus", das trotz viel Fleiß und Mühen etliche grobe Fehler enthält, schreibt Bernd Wagner über den Gramscismus der „Neuen Rechten": „Die 'Neue Rechte' hatte mit dem kulturrevolutionären Gedanken von Gramsci einen neuen Anfang für den Kampf gegen die Demokratie gefunden. Damit ließen sich die Herausforderungen, die sich aus der Niederlage der NPD ergaben, annehmen. Die Resignation konnte überwunden werden. Traditionen konnten unter diesem Gesichtspunkt abgeklopft und der Zeit entsprechend verwertet werden. Der Blick wurde nicht mehr restaurativ nach hinten gerichtet. Es sollte eine neue antidemokratisch-revolutionäre Stimmung geschaffen werden." (Wagner, B. 1994, S. 25)

Das Antifa-Info-Blatt analysiert die „Neue Rechte" und weist am Schluß ebenfalls auf ihr „Hegemoniestreben" hin: „Die 'Neue Rechte' vereint im wesentlichen zwei politische Strömungen, die sich gegenseitig ideologisch befruchten. Die eine ist die der national-revolutionär-faschistischen Ideologen, die eine 'Volksgemeinschaft' propagieren, der sie ein biologistisches Menschenbild zugrundelegen, wonach der Mensch sein Tun und Handeln vor allem nach Trieben, Instinkten, nach Rasse, Geschlecht und Evolution bestimmt. Die andere Strömung wird von den nationalkonservativen Ideologen vorgegeben, die dem 'Werteverfall' den Kampf angesagt haben und die sich in Deutschtum und Wertvorstellung auf die sogenannte 'konservative Revolution' in der Weimarer Republik berufen. Beide

Strömungen sind bereits aus eben dieser Republik als Vorreiter und Träger des Nationalsozialismus bekannt. Was sie damals praktisch vereinte - der 'Kampf gegen den jüdischen Weltbolschewismus' - vereint sie auch heute. Warum also 'Neue Rechte' ? Die Propagandisten der neuen Richtung knüpfen zwar eindeutig an die faschistischen und reaktionären Traditionen der Nationalsozialisten an, distanzieren sich aber deutlich vom Hitlerfaschismus und gehören nicht mehr zu den eingeschworenen Leugnern der Naziverbrechen ('Auschwitzlüge'). [...] Der 'Neuen Rechten' geht es wie gesagt hauptsächlich um eine ideologische Einflußnahme. [...] Erklärtes Ziel ist die Erlangung der 'kulturellen Hegemonie', eine vom italienischen Marxisten Gramsci entwickelte auf die Perspektive der Linken bezogene Theorie."

Mit Ideologien aus den zwanziger Jahren wollen die Faschisten der 90er Jahre ihre Politik betreiben und künftige Kapital-Interessen legitimieren helfen. Aus der Theorie-Kiste werden **Donoso Cortez**, **Julius Evola**, **Martin Heidegger**, **Edgar Julius Jung**, Ernst und **Friedrich Georg Jünger**, **Arthur Möller van den Bruck**, **Vilfredo Pareto**, **Carl Schmitt**, **Othmar Spann** und weitere „Denker" für die Faschisten gezogen. Die Faschisten der 90er Jahren operieren nach wie vor auf der Basis einer bürgerlich kapitalistischen, patriarchal strukturierten Gesellschaft. Sie wollen deren Elite bilden und beweisen, daß bürgerliche Herrschaft ohne Parlamentarismus auskommen kann.



Prof. Knütter im Juli 1994 bei der "Konservativen Sammlung" in Hannover
Foto:Birnstein

An der Unterscheidung zwischen „alter" und „neuer" Rechten zeigt auch der Kopf der „Neuen Rechten" **Henning Eichberg** großes Interesse. Er weiß es besser, denn er hat die Weihen von SS-Obleuten und die Schulung von faschistischen Größen genossen, weil er für die Elite auserwählt war. Nun ist er in Konflikt geraten mit dem Zeitungsprojekt „Junge Freiheit". „Einige „antifa" Medien haben die F nun wiederholt als Organ der „Neuen Rechten", als „nationalistisch", „nationalrevolutionär" und „rechtsradikal" etikettiert. Mit dem Durcheinander solcher Stichworte hat man sich jedoch um eine präzise inhaltliche oder auch historische Analyse eher gedrückt. Was in der JF stattdessen erscheint, ist eine verjüngte Ausgabe der alten Rechten. Die Zeitschrift fährt - übrigens auch in der Aufmachung - mit voller Fahrt zurück in die fünfziger Jahre: konservativ und anti-links, mit antidemokratischen und adelsnostalgischen Untertönen, Staat geht vor Volk, Abendlandverteidigung, „katholisch", „korporiert" und „soldatisch", all das überwölbt von der schmittianischen Freund-Feind-Politik. „Geopolitik statt Neopazifismus" (JF 5/93). Sogar der (NS-) Geschichtsrevisionismus, der in den fünfziger Jahren die alte Rechte noch bewegte, fordert hier eine Wiederauferstehung." (Henning Eichberg: Kein Volk und keinen Frieden. Über die junge Alte Rechte: die „Junge Freiheit", 1993, S. 8) Eichbergs NS-Restauration wird immer noch von der Zersetzungs- und Unterwanderungsoption linker, alternativer und neuheidnischer Organisationen bestimmt, da steht die Freund-Feind-Bestimmung der „Jungen Freiheit"-Macher im Weg.

Für und Wider den Imperialismus

Der Faschismus ist 1945 nicht aus der Welt geschafft worden. Seine deutschen Anhänger hatten schon vor Ende des Krieges klare Vorstellungen darüber, wie es nach der Niederlage weitergehen könne.

Im wesentlichen prägten folgende Überlegungen die politische Handlung der deutschen Faschisten: einmal die Frage, wie unter einer demokratischen Fassade direkt weiterzumachen sei und zum anderen in wieweit alte Strukturen aufrechtzuerhalten seien.(1)

Gerade die Anhänger aus dem sogenannten zweiten und dritten Glied, die Absolventen von NaPoLa-Einrichtungen (National-Politische Lehranstalten) und anderen Institutionen wie z.B. der Hitlerjugend (2), den Geheimdiensten usw., die nicht unbedingt im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden hatten, fühlten sich hier angesprochen. Zu ihnen kommen alle die politischen Kräfte, die in irgendeiner Form in Opposition zu der Fraktion Hitler gestanden hatten, aber deshalb nicht weniger faschistisch orientiert waren. Sie unterwanderten nach 1945 die bürgerlichen Parteien, vornehmlich die FDP, spielten eine wichtige Rolle im diplomatischen Dienst der BRD und waren Unterstützer führender Kapitaleigner, wie das Beispiel der „Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem" (Geheimloge, in der viele führende Industrielle Mitglied sind) beweist.

Darüberhinaus gab es zwischen Faschisten und den West-Alliierten eine Interessenüberschneidung, was die Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, den Kommunismus in der realisierten Form der Sowjetunion betraf. Hier konnten engagierte Faschisten wie der Geheimdienstagent **Reinhard Gehlen**, aber auch Wissenschaftler wie **Werner von Braun** und Juristen wie **Hans Globke** ihre zur Zeit des „tausendjährigen Reiches" erworbenen Fähigkeiten und Positionen gewinnbringend anbieten.

Andere Faschisten versuchten es von „links", indem sie sich als anti-kapitalistisch und anti-imperialistisch ausgaben.

„Wir faßten und fassen den Nationalsozialismus als eine bewußt antiimperialistische Bewegung auf, deren Nationalismus sich beschränkt auf Erhaltung und Sicherstellung des Lebens und des Wachstums der deutschen Nation ohne irgendwelche Herrschaftstendenzen über andere Völker und Länder. (...) Wir empfanden und empfinden den Nationalsozialismus demgemäß seiner ganzen Wesenheit nach als ebenso feindlich dem kapitalistischen Bürgertum wie dem internationalen Marxismus und sehen seine Aufgabe in der Überwindung beider, ausgehend davon, daß im Marxismus das an sich richtige Gefühl des Sozialismus gebunden ist an die falsche Lehre des liberalen Mechanismus und Internationalismus und im Bürgertum das an sich richtige Gefühl des Nationalismus gebunden ist an die falsche Lehre des liberalen Rationalismus und Kapitalismus und beide richtigen und wesenhaften Kräfte in dieser unseligen Verbindung unfruchtbar bleiben müssen für Nation und Geschichte." [Aus dem Aufruf der Otto-Strasser-Gruppe vom 4.7.1930 „Die Sozialisten verlassen die NSDAP"]

Neuer Terror erfordert moderne Organisation

Seit dem Erscheinen der Publikation „Einblick" wird in der Öffentlichkeit lauter über den Terror des organisierten Neo-Faschismus debattiert. Das Anlegen von Terrorlisten geschah auf dem Hintergrund einer kontinuierlichen Entwicklung des (Neo)-Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa.

Die zögerliche und zaghafte staatliche Repression zwang die FaschistInnen zu anderen Vorgehensweisen und zu einer anderen Struktur. Der halböffentlichen Organisation folgt nun eine klandestine Organisierung in Form von Zellen. Nachzulesen ist das in der Januar-Ausgabe (1994) des Magazins „Nation und Europa", das von dem Faschisten **Peter Dehoust** (vormals NPD, heute Deutsche Liga) herausgegeben wird und von einigen Experten ebenfalls der „Neuen Rechten" zugeschlagen wird. Nach „Nation und Europa" habe sich die „nationale Gemeinschaft" praktisch zu organisieren. „Sie muß die Keimzelle einer streitbaren Gegen-Gesellschaft bilden. Daraus folgt selbstverständlich, daß die Organisationsform dieser Gemeinschaft nicht eine Partei, ein Verein oder eine sonstige Körperschaft im rechtlichen Rahmen des bestehenden Systems sein kann, sondern den Charakter einer „Bewegung" haben muß, mit strenger, verbindlicher Organisierung nach Innen, jedoch ohne formale, von außen her nachvollziehbare Strukturen. Es geht auch nicht um eine Massenbewegung."

Dem besonders für Apartheid in Südafrika engagierten Peter Dehoust kommt es auf die Verbreitung einer Struktur an, wie sie in Gestalt „zahlreicher Gruppen, Freundeskreise, Gesprächsrunden und informelle(n) Zusammenschlüsse(n)" bereits existiert.

Der Terror wird als politisches Mittel eingesetzt. Die FaschistInnen arbeiten für eine Verschärfung des politischen Klimas und rü-

sten peu a peu zum „Notstand" Bürgerkrieg. Der Kampf wird zugespitzt gegen den „universalistischen Liberalismus", „das Gleichheitsdogma" und den „paranoiden Multikultopia-Wahn", so „Nation und Europa" am Anfang des Jahres 1994. Parallel zu Terrorlisten a la „Einblick" gehen Computer-Disketten mit Anleitungen zum Bombenterror in den Umlauf.

Der Ernstfall „Notstand"

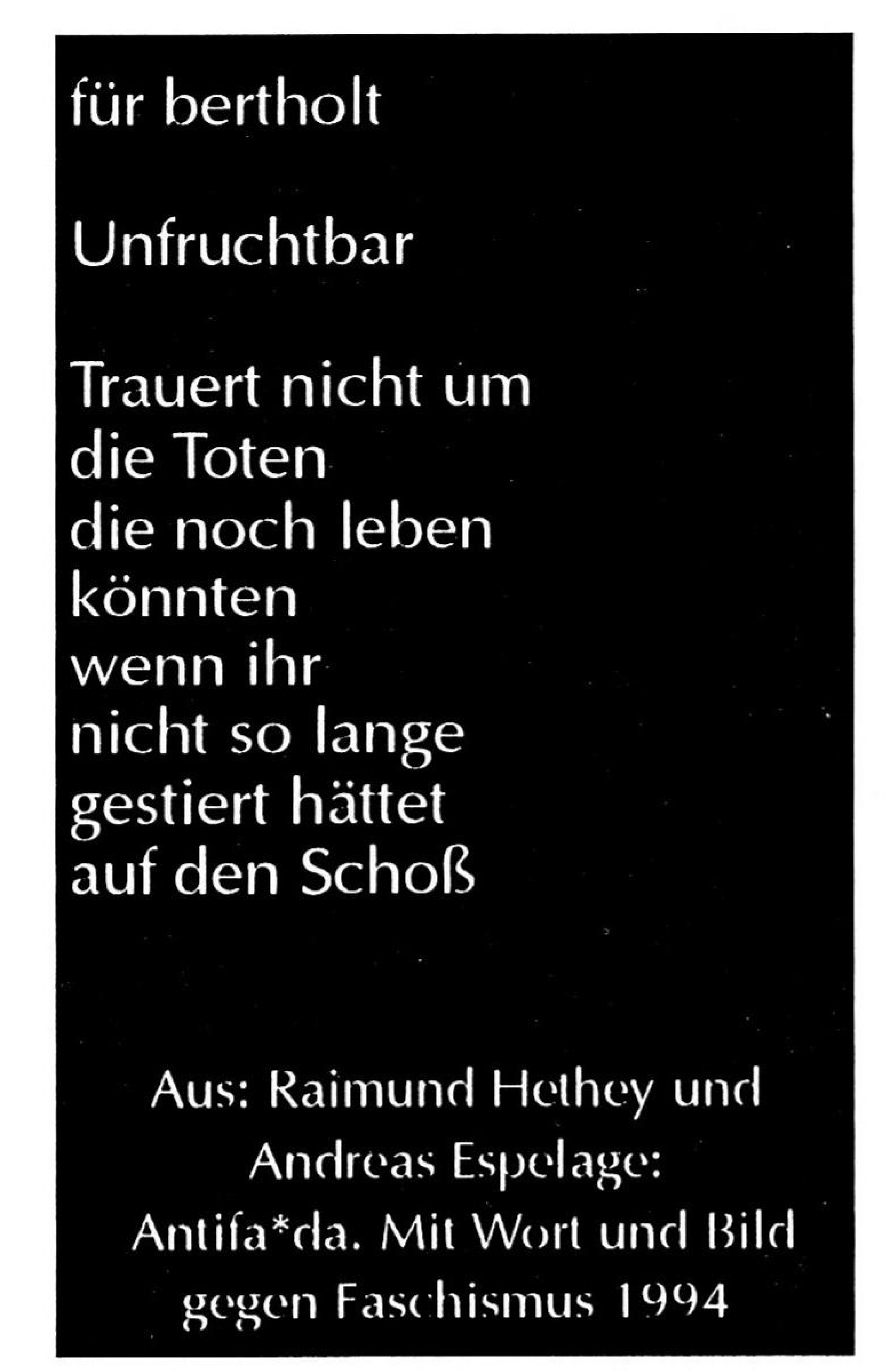
Bundeskanzler Kohl will den „Notstand", seine „konservativen" Freunde von der Carl-Friedrich-von-Siemens Stiftung debattieren schon seit Jahren den „Ernstfall", den sie bei dem Faschisten Carl Schmitt (Rechtsprofessor) studiert haben. Die Militanten spielen die Rolle der Söldner und Anheizer. Wo das nicht ausreicht werden KurdInnen, Autonome, AntifaschistInnen und andere zynisch aus dem Giftschrank der Propaganda gezogen, um ein altbewährtes Konstrukt, die Bedrohung der Republik von Links- und Rechtsextremen politisch wirksam werden zu lassen. Hier ist auch die Rolle der Nachrichtendienste zu sehen. Derselbe VS-Sprecher, der die tatkräftige Unterstützung von NSDAP/AO-Strukturen durch seine Männer leugnete, lancierte wenige Tage vor den „Einheitsfeiern" in Bremen die Meldung in die Medien, daß „Autonome" Anschläge gegen einzelne Politiker planten.

Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren Deutschlands ist durch die Notstandsgesetzgebung für besondere Situationen festgelegt. Die Opposition gegen die Notstandsgesetze war außerparlamentarisch, zum Teil von der „Neuen Linken" (nicht von der „Neuen Rechten!) organisiert. In dem von Sozialdemokraten regierten Stadtstaat Bremen wurde die Bundeswehr zur Gefahrenabwehr bei einer „Feier" zur „nationalen Einheit" eingesetzt. Das war am 2./3. Oktober 1994.

Anmerkungen:

1.) Vgl. zu diesem Komplex Rena Giefer/Thomas Giefer: Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main: Anton Hain 1991.(Auch als Dokumentarfilm vom WDR ausgestrahlt)

2.) Vgl. dazu Sybille Hübner-Funk: Die „Hitlerjugend Generation": Umstrittenes Objekt und streitbares Subjekt der deutschen Zeitgeschichte, in: Prokla (1990), Nr. 80, S. 84-98. Hübner-Funk weist dort überzeugend nach, daß einflußreiche Personen in Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik der Hitlerjugend-Generation entstammen.



Reinhard Borchers

„Negerklatschen" ohne Folgen?

Zwei Polizisten haben einen Senegalesen zusammengeschlagen. Sie waren außer Dienst und angetrunken. Der offensichtliche Grund: Ihr Opfer trug eine Mütze mit der Aufschrift: „Gebt Nazis keine Chance". Dies berichtete die „taz" am 10.9.94 und deckte damit einen weiteren Hamburger Polizeiskandal auf. Das pikante an dieser Sache ist, daß dem Opfer von der Polizei anläßlich seiner Zeugenvernehmung Paß und Aufenthaltsgenehmigung „zur Routineüberprüfung" abgenommen wurde. Im Anschluß versucht die Ausländerbehörde ihn auszuweisen.

Ein Einzelfall? In der Woche darauf wird eine ganze Polizeieinheit wegen Übergriffe auf Ausländer vom Dienst suspendiert, Innensenator Hackmann tritt zurück, der Staatssekretär Reimers wird von der Innenbehörde zur Finanzbehörde versetzt.

6 Wochen später. Die beiden Polizeischläger verrichten weiterhin Ihren Dienst, einer von Ihnen nun sogar in einem der sensibelsten Bereiche der Polizei: beim Notruf 110. Die Suspendierung des Einsatzzuges ist aufgehoben - die Beamten konnten sich aussuchen, an welcher Dienststelle sie in Zukunft arbeiten möchten. Sie entschieden sich für Ihre alte Dienststelle. Inzwischen wurde eine Ermittlungsgruppe der Staatsanwaltschaft eingerichtet, die ausschließlich in Sachen ausländerfeindliche Übergriffe durch Polizeibeamte ermittelt. Von der Ermittlungsgruppe dringt wenig nach draußen. Nicht wegen der Öffentlichkeitsscheu, sondern eher um endlich zielgerichtet zu ermitteln.

Eine Wache gerät besonders in das Blickfeld der Ermittler: Die Revierwache 11. Am Hauptbahnhof gelegen, zuständig für den Stadtteil St. Georg, DER Hamburger Drogenszene. Und hier trifft man auf einen alten Bekannten - den ehemaligen Leiter der 16 E-Schicht. Unter seiner Führung wurden gegen die Mitarbeiter dieser Sondereinheit über 80 Strafanzeigen wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung etc. erstattet. Soweit dem Verfasser bekannt ist, wurden alle Verfahren eingestellt, weil die Täter nicht zu ermitteln waren. Auf St. Georg soll dann der Einsatzleiter Razzien gegen Ausländer durchgeführt haben, ohne die vorgesetzten Dienststellen zu unterrichten. Meistens morgens zu Dienstbeginn ließ er den Hansaplatz absperren. Begleitet von Einsatzanweisungen wie z.B.: „Treibt die Bimbos von da drüben auch noch hierher." wurden alle Personen, insbesondere Ausländer, überprüft und etliche zur Wache gebracht. Für schwarze Mitbürger kannte er nur die Ausdrücke: Neger, Dachpappen, Bimbos! Nur durch Zufall wurden diese Einsätze bekannt. Es war offensichtlich, daß die eingesetzten Beamten wußten, daß Ihre Maßnahmen zumindestens am Rande der Legalität waren.

Sollte es der Staatsanwaltschaft diesmal tatsächlich gelingen, genügend Beweise gegen den Einsatzführer und seine Kameraden zu finden? Dies ist jedoch nicht ohne Zeugen aus der Polizei möglich. Und daran hapert es zur Zeit. Keiner aus dem unmittelbaren Bereich traut sich gegen seine eigenen Kollegen auszusagen. Einer der Gründe ist, daß die Kollegen befürchten müssen, daß gegen sie ein Verfahren wegen Strafvereitelung im Amt eröffnet wird. Zudem gibt es keine Stelle innerhalb der Hamburger Polizei, an die sich aussagewillige PolizistInnen wenden können, ohne daß gleich gegen sie ermittelt wird. Eine solche Stelle hätte die Chance, diese Zeugen psychologisch zu betreuen, Kontakte zur Staatsanwaltschaft herzustellen und sich um Versetzungsmöglichkeiten zu kümmern.

Aber es gilt eine noch größere Barriere zu überwinden - den Korpsgeist innerhalb der Polizei. Auszusagen gegen die Menschen, mit denen man täglich zusammen ist, Fahrgemeinschaften bildet oder denen man noch eine Gefälligkeit schuldig ist. Der Gedanke als Verräter bezeichnet zu werden, die offene Ablehnung bis hin zur Weigerung mit dem Nestbeschmutzer zusammen zu arbeiten, ist für sensible Kollegen unerträglich. Aber gerade diese brauchen die Unterstützung. Solange diese nicht gewährt wird, scheint es unmöglich diesen Sumpf von Rassismus auszutrocknen.

PS.: Inzwischen wurde bekannt, daß der betroffene Senegalese seinen Paß und Aufenthaltsgenehmigung wieder erhalten hat. Zudem hat die Ausländerbehörde alle Kosten übernommen, die ihm entstanden sind. Er wäre sicherlich schon längst abgeschoben worden, wenn dieser Fall nicht veröffentlicht worden wäre.

Klaus-Dieter Löffelstein

Wehret dem Berliner Appell

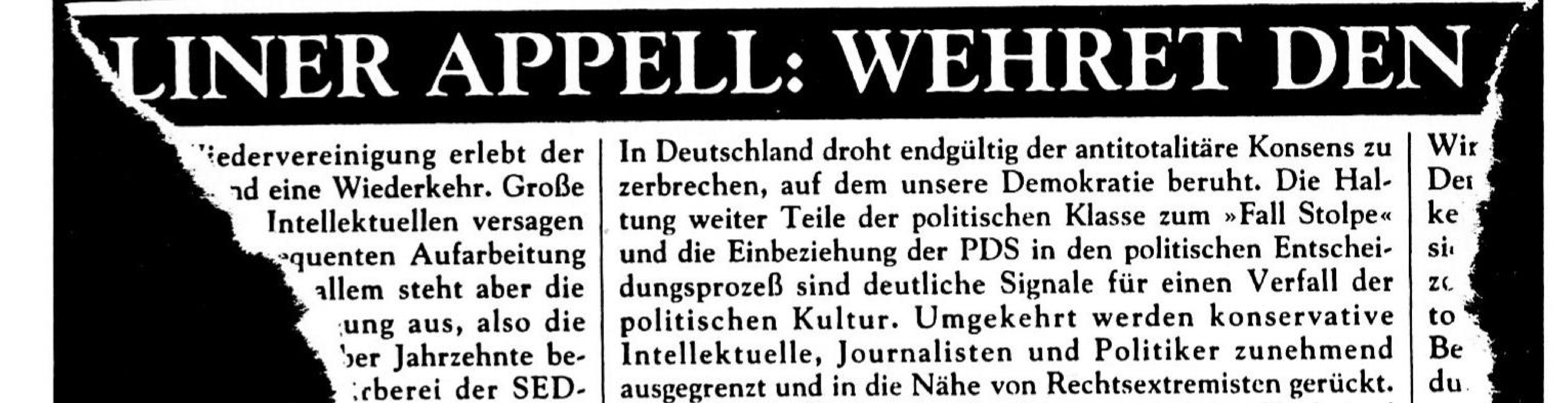
oder die braunzonalen Fallensteller

Als am 28.09.1994 u.a. auch die ehemals alternative 'Tageszeitung' (taz) die drittelseitige Anzeige des 'Berliner Appells' : „Wehret den Anfängen" abdruckte, schienen zumindest zwei Sachverhalte wieder einmal eindrucksvoll bestätigt: Zum einen, daß sich die taz rasenden Schrittes aus einem politischen Spektrum entfernt, das noch entfernt als progressiv bezeichnet werden könnte.

Mensch erinnere sich u.a. an das REP-werbewirksame Schönhuber-Interview, die Werbung für das neue Buch des Euthanasie-Protagonisten **Peter Singer** oder z.B. die skandalöse Berichterstattung über den Widerstand von Frauen gegen eine Veranstaltung in Berlin, auf der die These offen diskutiert werden sollte, ob die meisten Vergewaltigungen und sexistischen Angriffe von Frauen erfunden werden, um den Männern damit an den Karren zu fahren.

Zum anderen aber wurde wiederholt deutlich, welche List und Tücke die QuerfrontstrategInnen der ('Neuen') Rechten an den Tag legen, um sich mit ihren wahrlich nicht neuen Positionen und ihrem niemals enden wollenden Gejammer über „eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte" die größtmögliche Publizität zu verschaffen. Standen Rechten wie z.B. dem CDU-Stahlhelm **Wilfried Böhm** noch vor einigen Jahren für Klagen, daß von „linken Schriftstellern und Künstlern" in der BRD „das natürliche Gefühl für Familie, Gemeinschaft und Vaterland als reaktionär und rückständig abgewertet" werde lediglich diesen politischen Positionen nahestehende Medien (das Spektrum reicht von der rechtskonservativen FAZ bis zur faschistischen 'Nation und Europa') zur Verfügung, erreichen sie es nun über geschickte Täuschung, über Lügen (z.B. im Fall Sarah Kirsch) und mittels der berüchtigten 'Ich als DemokratIn red mit allen - Haltung' verschiedenster Leute aus dem linksliberalen Spektrum, selbst in ehemals rechtsfreien Medien und Veranstaltungen persönlich zu Wort zu kommen. So blieb dem obigen z.B. 1978 noch nichts anderes übrig, als selbst und unter Zuhilfenahme des berüchtigten Heino („...schwarz-braun ist die Haselnuß, schwarzbraun bin auch ich...") 22.000 Singels mit dem 'Deutschlandlied' in allen drei Strophen zu pressen und den 'Förderkreis Deutschlandlied' mitzugründen, um die „Deutschland über alles"-Strophe nicht in Vergessenheit geraten zu lassen; 1994 druckt die alternative taz eine den Antifaschismus diffamierende und ablehnende, von Böhm mitunterzeichnete Erklärung ab. Aber auch seine Referententätigkeit zusammen mit Redakteuren der rechtsextremen 'Jungen Freiheit', seine jahrzehntelange Tätigkeit beim chauvinistischen 'Verein für das Deutschtum im Ausland', dessen langjähriger Vorsitzender von Hessen er ist oder seine guten Beziehungen zum 'Petersberger Kreis', der zumindest auf lokaler Ebene eine CDU/CSU-Republikaner-Zusammenarbeit öffentlich propagiert, werden weder benannt noch angegriffen. Stattdessen würdigt die taz der Unzahl von unterzeichnenden Braunzonen-AktivistInnen lediglich einen äußerst dünnen Kommentar; mehr gehört sich unter GeschäftspartnerInnen schließlich nicht, und der 'Berliner Appell' hat ja wohl 'anständig' bezahlt.

So verbleibt es den vielgeschmähten AnhängerInnen des „antifaschistisch-demokratischen" Politikverständnisses, „westdeutsche Vergangenheitsbewältigung" zu betreiben und damit den deutlichen „Signalen für einen Verfall der politischen Kultur" entgegenzutreten. Denn diese vorgeblichen RetterInnen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und StreiterInnen „für eine Demokratie, die sich gegen Extremisten von links und rechts abwehrbereit zeigt", gehören zum einen zu den VertreterInnen der dumm-dusseligen 'rechts = links - Auffassung' und zum anderen dem rechtsextremen Spektrum an (oder aus taktischen Erwägungen oft beides), welches mit Demokratie rein garnichts im Sinn hat. Oder wie wäre es anders zu verstehen, wenn uns **Caspar von Schrenck-Notzing** (Hg. des rechtsnationalen Intellektuellenblatts 'Criticon') erklärt: „Für den Konservativen geht Recht nicht 'vom Volke' aus, sondern es hat seine Quelle in Gott". Dementsprechend wenig verwunderlich, daß er zudem Kuratoriumsmitglied des 'Förderverein Konservative Kultur und Bildung e.V.' ist, als finanzstarker Rep-Förderer gilt und u.a. bei der faschistischen Monatszeitung 'Nation und Europa' als Autor in Erscheinung tritt. Einig ist er sich in Hinsicht auf den Gesellschaftsaufbau wohl auch mit dem Kohl-Berater und Kuttenträger Dr. **Heinrich Basilius Streithofen**, der über 40 Jahre hinter der Kloster-Mauer verbrachte und dementsprechend, lediglich Gott und Natur vertauschend verkündet, daß der Mensch „seine Natur von den Vorfahren ererbt". Diese Natur sei „nur in geringem Maße vom Willen beeinflußbar", da der Mensch „die natürliche Richtung seiner Triebe nicht ändern" könne.



LINER APPELL: WEHRET DEN

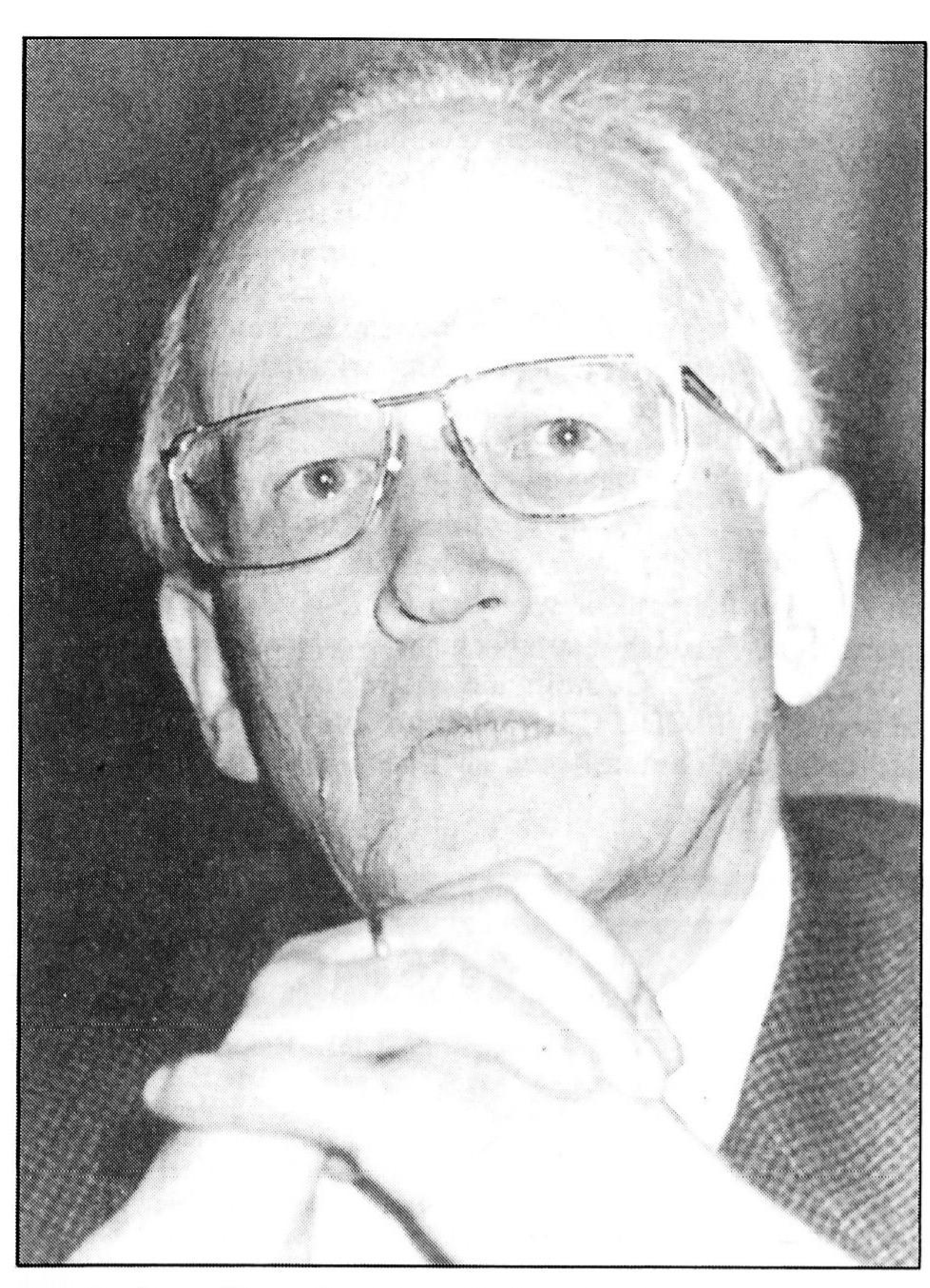
iedervereinigung erlebt der
nd eine Wiederkehr. Große
Intellektuellen versagen
quenten Aufarbeitung
allem steht aber die
ung aus, also die
ber Jahrzehnte be-
rberei der SED-
Intellektuelle der

In Deutschland droht endgültig der antitotalitäre Konsens zu zerbrechen, auf dem unsere Demokratie beruht. Die Haltung weiter Teile der politischen Klasse zum »Fall Stolpe« und die Einbeziehung der PDS in den politischen Entscheidungsprozeß sind deutliche Signale für einen Verfall der politischen Kultur. Umgekehrt werden konservative Intellektuelle, Journalisten und Politiker zunehmend ausgegrenzt und in die Nähe von Rechtsextremisten gerückt. Unter der Parole des »Antifaschismus« wird eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte betrieben.

Somit bestimmt die Natur was wie zu passieren hat, und die Natur, das wissen alle, ist gottbestimmt (der hat ja alles gemacht oder Adam aus den Rippen geschnitten). Aber nicht nur diese antiquiert anmutende Analyse (ähnlicher Quatsch wird allerdings derzeit im Zuge der Erforschung des menschlichen Genoms von einigen ForscherInnen wieder als wissenschaftliche Neuheit verkauft) scheint er Literatur entnommen zu haben, die wenige Jahre vor seinem ersten Klosterbesuch erschienen ist, auch sein Antisemitismus entstammt offenbar diesen Jahren. „Die Juden sind mit die stärksten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers", läßt er den CDU-Kreisverband Ransbach-Baumbach im Westerwald wissen.

Gemeinsam mit Personen des rechten CDU/CSU-Spektrums wie **Böhm** und **Streithofen** haben aber auch andere Aktivisten der CDU/CSU-Stahlhelmfraktion den 'Berliner Appell' unterzeichnet:

- **Heinrich Lummer** (CDU-MdB), ehem. Innensenator von Berlin, der von seinem Parteikollegen Friedberg Pflüger der 'Konservativen Revolution' zugerechnet wird, eines Flügels des intellektuellen Konservativismus, der in der Weimarer Republik inhaltlich und z.T. auch personell im Sinne des Faschismus aktiv war und ihm den Weg bereiten half. Lummer zeichnet sich seit vielen Jahren aufgrund unverholen rassistischer und polizeistaatlicher Agitation und Praxis als Rechtsextremist aus. So fordert er laut Spiegel z.B. in einem 14-seitigen Papier, daß alle in Großstädten lebenden Männer zwischen 20 und 50 Jahren zwangsweise auf AIDS zu untersuchen und zu registrieren sind, damit „AIDS-Positive" diszipliniert und notfalls „abgesondert" werden könnten. Auch aus seinem Rassismus macht er keinen Hehl. Schließlich „muß festgehalten werden, daß jeder zusätzliche Ausländer ein zusätzlicher Arbeitsloser ist. (...) Dementsprechend ist es für uns zwingend, das Problem der wachsenden Ausländerzahlen mit dem der wachsenden Arbeitslosenzahlen gekoppelt zu behandeln." Auch sonderte er ab: „Nach wie vor wird das Bild des heutigen Asylanten zu einem wesentlichen Teil geprägt von den Wirtschaftsflüchtlingen aus einer der 65 Problemregionen der Erde, dem als Rauschgift-Container einreisenden Straftäter aus dem Nahen und Mittlerem Osten, der zum Zweck der Prostitution einreisenden Afrikanerin und dem mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit kriminellen Libanesen." Wie froh er da wohl gewesen sein mag, als **Wolfgang Schäuble**



Der Berliner Historiker Ernst Nolte (Foto) wird genau wie der Auschwitz-Leugner David Irving von Fleissner verlegt

militante Nazipartei FAP (als Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS/NS) die Auffassung vertrat, „bei Gesamtwürdigung können eindeutig rechtsextremistische Tendenzen nicht festgestellt werden."

- **Steffen Heitmann** (CDU), Ex-Kohl-Liebling und gescheiterter Bundespräsidentenkandidat, Mitinitiator des konservativen 'Gesprächskreises 2000' und instinktsicherer Lauscher an 'deutschen Stammtischen' wenn es gegen AusländerInnen, Frauen usw. geht.

Aber auch **Hans-Christoph Bonfert**, Mitglied der 'Paneuropa-Union', gehört zum Kreis der UnterzeichnerInnen des 'Berliner Appells'. Bonfert löste vor wenigen Monaten mit seinen regelmäßigen Besuchen bei den 'Berliner Dienstagsgesprächen', eine vom gesamten rechten Spektrum besuchte Diskussions- und Vortragsreihe, einen mittelschweren Koalitionskrach im SPD/CDU-Senat aus, der nur mit seiner Entlassung als Pressesprecher des Innensenators Heckelmann (CDU) beigelegt werden konnte. Er hatte im Rahmen dieser Veranstaltungen u.a. enge Kontakte zu MitarbeiterInnen der 'Jungen Freiheit' gepflegt und sich namentlich in Sicherheitsangelegenheiten für sie einzusetzen versucht.

1986 mit den damaligen DDR-Offiziellen ein Abkommen ausdealte, wonach diese keine Flüchtlinge mehr über den Ost-Flughafen Schönefeld nach West-Berlin gelangen ließen. Auch ist er, der die Republikaner für „mindestens so koalitionsfähig wie die Grünen" hält, Gründungsmitglied des CDU-internen Rep-Fanclubs 'Christlich-Konservatives-Deutschland-Forum' (CKDF), dessen Mitbegründer **Rudolf Krause** den Schritt zu den Republikanern bereits vollzogen hat und damit zum ersten Rep-MdB mutierte.

- **Claus Jäger** (CDU-MdB), ebenfalls CKDF Mitbegründer und ehemaliger Mitherausgeber der nationalistischen Zeitschrift 'Epoche'. Sein damaliger Mitstreiter **Handlos** gründete damals zusammen mit dem ehemaligen SS-Mitglied **Franz Schönhuber** die Republikaner. Außerdem ist er extremer Abtreibungsgegner und fordert ein Totalverbot, um die „Massentötung durch den Abtreibungsparagraphen 218" zu verhindern.

- **Alfred Dregger** (CDU-MdB), Ehrenvorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion, der im rassistischen Einklang mit Lummer feststellt: „Ausländer sind Gäste, nicht Bürger und daher auch keine Mitbürger". Dregger konnte sich nicht entblöden, in seiner Kurzbiographie in 'Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag' seinen Kriegseinsatz in der Hitler-Wehrmacht zum „Wehrdienst" umzudichten, stolz seinen damaligen Dienstgrad anzugeben und auf seine vier Verwundungen hinzuweisen. Alles für's 'Dritte Reich', super!

- **Carl-Dieter Spranger** (CSU-MdB), der 1986 als parlamentarischer Staatssekretär des ehem. Innenministers **Friedrich Zimmermann** bei einem Verbotsantrag gegen die

Doch nicht nur der rechte CDU/CSU-Flügel hat munter signiert. Auch organisatorisch eindeutig dem rechtsextremistischen Lager zuzuordnende Namen finden sich in ausreichender Zahl. Neben Schrenck-Notzing, der seit Jahrzehnten massiven finanziellen und organisatorischen Anteil an der Verbreitung von ('neu'-) rechtem Gedankengut hat, gehört auch der Chef der Verlagsgruppe 'F.A. Herbig' (Langen Müller, Ullstein, Herbig, Amalthea, Universitas, u.a.; drittgrößte Verlagsgruppe der BRD) Dr. **Herbert Fleissner**. Durch Fleissners geschickte Unternehmensführung ist es seinem Verlag gelungen, eine große Zahl Bücher (zumeist preisgünstige Taschenbücher) von Auschwitz-LeugnerInnen und anderen RechtsextremistInnen in fast allen Buchhandlungen und Kaufhäusern zu plazieren. So gehört der britische Faschist und Auschwitz-Leugner **David Irving** ebenso zum Programm wie Franz Schönhuber (fünf Bücher), **Karlheinz Weißmann** oder **Ernst Nolte**. Aber nicht nur durch die Herausgabe und massenhaften Verbreitung von deren Machwerken fördert Fleissner rechtsextremistisches Gedankengut, er finanziert gleichsam über Anzeigen andere rechte Publikationen wie z.B. die 'Deutsche Rundschau', 'Junge Freiheit' oder den 'Republikaner'. Dies bestätigte selbst das Landgericht München (Aktenzeichen: 9023431/92) als es einen Antrag des F.A. Herbig-Verlags zurückwies, der es der Gewerkschaft HBV untersagen sollte, öffentlich zu behaupten, der „Langen Müller Verlag unterstützt und fördert rechtsradikale Blätter". Nur am Rande sei erwähnt, daß 50% des Verlagsimperiums von Springer gehalten werden.

Mit Fleissner eng verbunden auch ein weiterer Unterzeichner und Teilnehmer der 'Dienstagsgespräche', der wegen zu offensichtlicher Rechtslastigkeit von der rechtskonservativen 'Welt' versetzte Dr. **Rainer Zitelmann**. Als Cheflektor der 'Report-Reihe' im Ullstein Langen Müller Verlag treibt er außerdem sein Unwesen, wiederum Proteste anderer MitarbeiterInnen provozierend. Wenig verwunderlich, gewann Zitelmann in seiner Doktorarbeit Adolf Hitler eine große Zahl guter Eigenschaften ab und nannte das ganze, auch als Buch erschienen: „Hitler - Selbstverständnis eines Revolutionärs".

Nicht fehlen durfte der rechte Multi-Funktionär und Referent der 'Dienstagsgespräche' **Gerhard Löwenthal**. Der 1979 zum Ehrenmitglied des faschistischen 'Hochschulrings Tübinger Studenten' (arbeitete mit der 'Wehrsportgruppe Hoffmann' zusammen) ernannte ehemalige Moderator des 'ZDF-Magazins' ist seit Jahrzehnten dort zu finden, wo sich Rechte tummeln. Ob als ehem. Präsident der 'Deutschland-Stiftung', die den 'Konrad-Adenauer-Preis' u.a. an den österreichischen Rechtsextremisten **Gerd-Klaus Kaltenbrunner** oder Bundeskanzler Helmut Kohl verlieh und laut eines Gerichtsurteils zu den „demokratiefeindlichen Gruppierungen", die 'in Wahrheit an der Zerstörung der Demokratie" gezählt werden kann, ob als ehem. DSU-Kandidat in Berlin oder als Stiftungsträger des nationalkonservativen 'Studienzentrums Weikersheim'.

Die Liste mit eindeutigen politischen Lebensläufen ließe sich noch über Seiten fortsetzen. Schließlich gehören zu den UnterzeichnerInnen u.a auch noch der Mitarbeiter des rechtsnationalen Hochglanzblattes 'Mut' Prof. Dr. **Klaus Hornung**, der Gymnasiallehrer und ständige Mitarbeiter von 'Criticon' **Karlheinz Weißmann**, der ehem. Rep und derzeitige Redakteur der 'Jungen Freiheit' **Roland Bubik**, der 'Bund freier Bürger' - Mitgründer und 'Criticon' - Autor Dr. **Bruno Bandulet**, der Mitarbeiter der 'Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland' (ENID) und vom roten Verfolgungswahn beseelte Pfarrer **Jens Motschmann** (dessen Bruder **Klaus Motschmann**, ebenfalls ENID, findet z.B. im Anti-Antifa-Heft 'Der Einblick' lobend Erwähnung) oder der Programmdirektor von SAT 1, **Heinz-Klaus Mertes**.

Es ist offensichtlich, daß diese Leute nicht etwa angetreten sind, um demokratische Positionen zu vertreten oder gar zu verteidigen, sondern um ihre Chance zu ergreifen, unter Zuhilfenahme „nützlicher IdiotInnen" den Boden für ihre reaktionäre Politik zu bereiten. Es entspricht ihrer sog. Querfrontstrategie, jede sich bietende Möglichkeit der Verschleierung zu benutzen, um in weitere politische und gesellschaftliche Kreise vorzudringen um auch dort die politischen Diskussionen mitzubestimmen. Sie ernst zu nehmen kann nicht bedeuten, mit ihnen oder über ihre politischen Positionen zu diskutieren, sondern sie als das zu begreifen und zu behandeln, was sie sind: GegnerInnen jeder demokratischen und fortschrittlichen Gesinnung.

Autonome Antifa (M)

Terroristen-Hatz in Göttingen gegen die Autonome Antifa (M)

Am 5./6. Juli 1994 kam es in Göttingen zu einer der größten Staatsschutzaktionen gegen den antifaschistischen Widerstand seit Bestehen der BRD. In einer koordinierten Aktion des Bundes- und Landeskriminalamtes sowie der Göttinger Polizei im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle wurden von 19 Personen Privatwohnungen, Arbeitsplätze, sowie Wohnungen von Angehörigen in Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen, durchsucht.

Desweiteren wurden Räumlichkeiten im Allgemeinen Studierenden Ausschuß (AStA) der Universität Göttingen, im Buchladen Rote Straße und zwei Druckereien durchsucht. Summa summarum wurden 28 Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Diese Staatsschutzaktion richtet sich gegen die Autonome Antifa (M) bzw. deren politisches Konzept der legal angelegten antifaschistischen Arbeit, die über den bloßen Anti-Nazi Kampf hinaus die Zusammenhänge von Faschismus und imperialistischer Herrschaft thematisiert.

Mittels des Vorwurfs, die Gruppe sei eine kriminelle Vereinigung (§129) und Ermittlungen nach §129a (Werbung für, Unterstützung von, Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) sollen Mitglieder bzw. vermeintliche Mitglieder kriminalisiert und die gesamte Gruppe letztlich illegalisiert werden.

Vorgeschichte

Seit Herbst 1991 laufen in Göttingen Ermittlungsverfahren nach §129a. Zunächst wurde behauptet, daß "*gegen offiziell bisher unbekannte Personen aus der autonomen Szene in Göttingen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung*" (Göttinger Tageblatt, 24. Dezember 1991) wegen 52 Anschlägen in zehn Jahren ermittelt werden würde. Relativ schnell kristallisierte sich heraus, daß sich die Ermittlungen auf autonome Antifaschistinnen und Antifaschisten konzentrieren.

Im Juni 1992 wurde erstmals öffentlich bekannt, daß sich die Ermittlungen nach §129a auch gegen die Autonome Antifa (M) richten.

Begründung der Durchsuchung

Laut den Durchsuchungsbeschlüssen und der Presseerklärung der GSA in Celle vom 5. Juli 1994 wird die Autonome Antifa (M) als "*kriminelle Vereinigung gemäß §129*" definiert, die desweiteren für „*die terroristische Vereinigung RAF wirbt und auf mehreren Ebenen enge Kontakte zu Mitgliedern der RAF unterhält*", was Ermittlungen nach §129a nach sich zieht.

Von den 52 ursprünglich aufzuklärenden Anschlägen ist keine Rede mehr, sie waren in der Tat nur Mittel zum Zweck, um für die Ermittlungen in Südniedersachsen alle Vollmachten zu erhalten. Die Straftat, die der Autonomen Antifa (M) zur Last gelegt wird und sie zu einer "kriminellen Vereinigung" laut Staatsschutz macht, lautet "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz". Gemeint ist u.a. der "*schwarze Block, der bis zu 800 Personen umfaßt [...] und den Eindruck einer Privatarmee erweckt [...] Darin liegen Verstöße gegen das Uniformierungsverbot*".

Nach dieser Logik wären zukünftig unangemeldete Demonstrationen ein Hebel, um aus politischen Gruppen kriminelle Vereinigungen zu machen. Dies macht die Brisanz dieser Ermittlungen aus und erklärt die Pilotfunktion, die dieses Verfahren für die gesamte Linke haben wird.

Es sind drei Punkte, die in den nunmehr 2 1/2 Jahren andauenden Ermittlungen immer wieder in den Begründungen auftauchen, um die Autonome Antifa (M) als antifaschistische Gruppe mit legal angelegtem Politikkonzept mittels eines Organisationsdelikts zu illegalisieren.

1. Bündnispolitik

Die von Autonomen, Gewerkschaften, BürgerInneninitiativen, Grünen und SPD-Ortsgruppen getragenen Bündnisdemonstrationen gegen die faschistischen Zentren in Mackenrode 1988, Adelebsen 1993 und Northeim 1994 waren zentrale Aktionen autonomer antifaschistischer Arbeit, die wesentlich zur Entwicklung einer antifaschistischen Kultur in Göttingen und Südniedersachsen beigetragen haben.

Die erste Initiative für einen neuen politischen Diskurs in Göttingen bzw. der Region Südniedersachsen gingen von der direkten Vorläufergruppe der Autonomen Antifa (M), die von der GSA als "M-Keimzelle" bezeichnet wird, aus. 1987 hatte diese Gruppe maßgeblichen Anteil am Zustandekommen und der Politik des damaligen "Antifaschistischen Bündnis Göttingen", das bis zum September 1988 existierte.

2. Bundesweite Antifaschistische Organisierung:

Mit diesem regionalorientierten Ansatz, der das Rückgrat unserer Politik darstellt, haben wir Mitte 1991 die Organisierungsdebatte innerhalb des antifaschistischen Lagers angeschoben. Ein Teil der Bemühungen führte zur Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation.

3.Politische Gefangene

Zusammen mit der Organisierungdebatte 1991 haben wir mit politischen Gefangenen und ehemaligen Gefangenen der verschiedenen Guerilla-Gruppen die Auseinandersetzung gesucht. Daß wir uns heute – als Gruppe, die mit einem legal angelegten Konzept Politik betreibt – mit ehemaligen Gefangenen aus der Guerilla und Gefangenen unter anderem über die Geschichte des bewaffneten Kampfes auseinandersetzen, findet vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Notwendigkeit der Aufarbeitung und Vermittlung von linker Geschichte statt.

Antifa und RAF

Seit Jahren verfolgt der Staatsschutz konsequent sein Ziel, die Autonome Antifa (M) der Öffentlichkeit als legalen Arm der RAF zu verkaufen. Es sind in diesem Zusammenhang Artikel wie „Blutzufuhr von den Antifaschisten" (Rheinischer Merkur, 16. Juli 1993) erschienen. Gemeint ist eine angebliche personelle Verstärkung der RAF durch AntifaschistInnen. In den vergangenen Jahren lief es immer so, daß für den Staat mißliebige politische Bewegungen wie die Friedensbewegung oder die Anti-AKW-Bewegung als legaler Arm der RAF bezeichnet wurden, um sie heftiger kriminalisieren zu können.

Dieses Vorgehen wiederholte sich beharrlich auf mehreren Ebenen. Die provinzielle Fraktion der Justiz in Gestalt der leitenden Oberstaatsanwältin aus Göttingen, Frau Engshuber, behauptete während eines Vortrages an der Universität Bremen im Januar diesen Jahres "*die Autonomen seien quasi eine Art RAF*".

Ein Vertreter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Hans-Rüdiger Hesse, unterstellte auf einer CDU-Veranstaltung in Lütgenrode der Göttinger Antifa Kontakte zur RAF (Hessisch Niedersächsische Allgemeine, 8. Juni 1994).

Niedersachsens Innenminister Glogowski argumentierte bei der Vorstellung des Verfassungschutzberichtes 1994, daß die Bahncard, die im Rucksack der im Juni 1993 in Bad Kleinen verhafteten Birgit Hogefeld gefunden wurde, in Göttingen gekauft worden sei und folglich die Antifa die RAF logistisch unterstütze.

Im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 1993 wird behauptet, das "*Diskussionspapier zur Autonomen Organisierung (Autonome Antifa (M), August 1991) entspricht in Teilen den im Jahre 1992 erschienen Erklärungen der RAF*". Eine Begründung hierfür gibt es nicht.

Die GSA Celle schreibt in ihrer Presseerklärung, daß die Autonome Antifa (M) "*eine Gruppierung aus dem antiimperialistischen Spektrum*" sei. "*Demzufolge unterhält die Autonome Antifa (M) auf mehreren Ebenen enge Kontakte zu Mitgliedern der terroristischen RAF*".

Aufgrund dieser Äußerungen wurde am 11. Juli 1994 Strafantrag und Strafanzeige gegen

1. Hans-Rüdiger Hesse, zu laden über das Landesamt für Verfassungsschutz
2. den Niedersächsischen Innenminister Glogowski

3. sämtliche Verfasser des sogenannten Verfassungsschutzberichtes Niedersachsen
4. den Verfasser der Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft Celle vom 5. Juli 1994
wegen "*sämtlicher in Betracht kommender Straftatbestände, insbesondere den Straftatbeständen der Beleidigung, Verleumdung, üblen Nachrede, falschen Verdächtigung sowie des Strafbestandes der Verfolgung Unschuldiger*" gestellt.

Die GSA Braunschweig hat die Strafanzeige der Autonomen Antifa (M) abgewiesen. Interessant ist die Begründung der Abweisung. Staatsanwalt Niestroj argumentiert, daß eine Gruppe, "*die sich nach ihrem geäußerten Selbstverständnis nicht den 'staatlichen Spielregeln unterwirft' keinen strafrechtlichen Schutz gegen Ehrverletzungen beanspruchen kann.*" Da die Autonome Antifa (M) keine Partei oder kein Verein mit Satzung sei, müsse sie *sich "aufgrund bestimmter Merkmale aus der Allgemeinheit herausheben.*" Dies sei bei der Autonomen Antifa (M) nicht gegeben, da "*dies nicht selten durch vermummtes Auftreten bei Demonstrationen zu verdecken versucht würde.*"

Mit diesen beiden Begründungen wird die Autonome Antifa (M) praktisch für vogelfrei erklärt. Jederzeit können Hausdurchsuchungen durchgeführt werden, Treffen und Veranstaltungen, wo Mitglieder klar erkennbar auftreten, observiert werden. Die gewonnenen Erkenntnisse über Gruppenmitglieder dürfen somit zur Verurteilung von Gruppenmitgliedern und der Kriminalisierung der Gruppe verwendet werden, umgekehrt darf sich die Gruppe aber juristisch nicht zur Wehr setzen.

Desweiteren heißt es, "*daß Angehörige der 'A.A.(M)' Kontakte zu Gefangenen der RAF öffentlich eingeräumt haben*". Deshalb könne die im Verfassungsschutzbericht Niedersachsen behauptete Verbindung von Antifa und RAF nicht ausgeschlossen werden. Somit beweist die GSA Braunschweig, daß sie den (übrigens auch juristischen) Unterschied zwischen Gefangenen aus der RAF, ehemaligen Gefangenen und der RAF selbst nicht zu ziehen vermag. Im Klartext heißt das, daß alle, die Gefangenen aus der RAF schreiben oder sie besuchen, mit Ermittlungen wegen möglicher Kontakte zur RAF überzogen werden können. Niestroj geht mit der dazugehörigen staatlichen Propaganda konform. Lapidar schreibt er: "*Die Äußerungen (zu den angeblichen Kontakten, d.V.) erfolgten mit dem Ziel, die Öffentlichkeit zu informieren. Sie waren zur Förderung des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses erforderlich und geeignet.*"

Die Autonome Antifa (M) hat am 12. September 1994 die gerichtliche Entscheidung gegen diese Ablehnung beim OLG Celle beantragt.

Der Artikel der Antifa (M) wurde redaktionell gekürzt

„...folgerichtig ist Antifaschismus kriminell!“

Im Oktober 1994 veröffentlichte die Göttinger Gruppe Autonome Antifa (M) eine Einschätzung der Göttinger Strafverfahren nach den Paragraphen 129(a). Bestellungen für DM 2,- (plus Porto) an:
Autonome Antifa (M) c/o Buchladen
Rote Straße 10 / 37073 Göttingen

Charly Braun

Ökos im braunen Gewand feiern Hermann Löns

Avocados - außen grün, innen braun - möchten Sie nicht genannt werden, die „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“. Das schreiben sie DVU und NPD zu.Ohne Schönhuber's DVU-Kontakte und geführt vom baden-württembergischen Fraktionsvorsitzenden Dr. **Schlierer** sind die Republikaner für sie eine wählbare Alternative; wenngleich die UÖDis sich selbst außerhalb des Rechts-Links-Schemas sehen. Für sie betreibt die materialistische Logik von Kapitalismus und Marxismus Selbstzerstörung. Sie lehnen „den 'Instinkt' zur Herrschaft und Ausbeutung“ dank ihres biologistischen Weltbildes ab.

Während sie vorgeben Natur, „Völker und Volksgruppen“ zu schützen, ehren die Anhänger von **Herbert Gruhl, Hermann Löns** nicht nur als „Vorläufer der ökologischen Bewegung“ und „großen Schriftsteller“, sondern auch als einen jener Generation, „die in den ersten Weltkrieg gezogen sind aus der Liebe zu ihrer Heimat und dort gefallen sind“. Diese Worte von Professor **Herbert Pilch** aus Freiburg stehen ganz im Widerspruch zur eigenen Kritik an „Eroberung und Herrschaft - sei sie militärisch, wirtschaftlich oder kulturell“. Für wen ist Löns wohl in den Krieg gezogen. Oder hat er in Frankreich lediglich sein „natürliches Urrecht auf Heimat“ verteidigt?

Zum 80. Todestag im Oktober kamen etwa 30 Mitglieder dieser „Sammlungsbewegung wertkonservativ eingestellter Menschen“ und schwenkten Deutschland-, Niedersachsen- und Welfenfahne des ehemaligen Königreichs Hannover über das sogenannte Lönsgrab bei Walsrode.(Die Nazis beerdigten dort 1934 feierlich irgendwelche Knochen von Verdun als Löns). Die „Heimatschützer“ kamen gerade rechtzeitig, tobt doch z.Z. im sich selbst zur „Hermann-Löns-Stadt“ erklärten Walsrode die Debatte um den Löns-Kritiker Thomas Dupke mit öffentlicher Schelte und Geschäftsboykott.

Organisiert vom stellv. Bundesvorsitzenden **Wolfram Bednarski** verbrachten sie das Wochenende 22./23.10.94 im nahen Fallingbosteler Ortsteil Dorfmark, dort wo regelmäßig Ludendorffer, NPD und manch andere Faschisten und Reaktionäre in Gasthäusern und Schule freundliche Aufnahme finden. Zum Programm gehörten Vorträge von Bundessprecher **Heinz-Siegfried Strelow**, „Hermann Löns als Vordenker der niederdeutschen Heimatbewegung“, von **Hans Rustemeyer**, „Das Lebenswerk eines großen Naturschützers“ und der Diavortrag von **Dieter Fleck** „Eine Radtour durch Nord-Ostpreußen“, die in der Einladung allerdings „Chaos und Versöhnung“ betitelt ist. Das ganze endete mit dem kriegerischen „Niedersachsenlied“, gesungen von, großteils süddeutschen, UÖD-Föderalisten.

Da die geladenen Lokalzeitungen nichts über dieses Ereignis berichteten, stellten Mitarbeiter einer Zeitung uns ihre Recherchen auf Anfrage hin zur Verfügung.

Viele der UÖDis haben die GRÜNEN mitgegründet. Zusammen mit Herbert Gruhl (früher CDU-MdB, Verfasser von „Ein Planet wird geplündert“) verließen sie auch die von ihm gegründete Partei ÖDP.

In einem Faltblatt betonen sie, daß auch Biobauer **Baldur Springmann** zu den Gründern dieser Vereinigung gehört. Sie schmükken sich nicht nur mit prominenten Rassisten, sie propagieren auch eigenwillige, Lösungen. Mit ihrer Kritik an „Wachstumswahn und Konsumterror“, an „Genmanipulation“ und der „Ausbeutung“ der „armen Völker der Erde“ legen sie eine Leimrute aus. Erstaunlicherweise begrüßen sie den „allmähliche(n) Rückgang der Bevölkerungszahl in Deutschland“, und bezeichnen das gar als „ökologischen Vorteil“, der „durch Einwanderung wieder zunichte gemacht wird“. Sympathie hegen sie für **Peter Gauweiler**, weil er den „Zusammenhang von Einwanderung, Landverbrauch und Naturbelastung“ hervorgehoben hat und weil er „Asylbewerber zu Arbeiten im Umweltschutz“ heranziehen will. Die seien sonst zum „kriminellen Zeitvertreib verdammt“. Weit weg von eigener Heimaterde müssen Menschen logischerweise verkommen. Alles eine ethnische Frage, klaro, oder? Am besten Schotten dicht. Und dann kommt es dicker: „Wir können nicht die gesamte Menschheit retten - aber die Selbstrettung einer weltweit angesehenen Nation kann für die Überlebenspolitik anderer Länder wertvolle Impulse aussenden.“ Mit „weltweit angesehener Nation“ ist zweifellos die deutsche gemeint. Zu dumm nur, daß sich dieses Ansehen gerade auf die, eben noch kritisierte, Ausbeutung in vielen Ländern gründet. Die Verursacher der Armutsmigration, die hiesigen Banken und Konzerne, bleiben ungenannt.

Weil die „Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt“ der „natürlich und historisch gewachsenen Fülle der Völker, Volksgruppen“ entspräche, seien sie vor „internationaler Gleichmacherei und nationalistischer Gleichschaltung“ zu schützen. Also haltet die „Vielfalt“ der deutschen „Stämme und Landschaften“ sauber. Dieter Fleck stellte folgenden Vergleich an: Wenn man alle Farben mischt, gibt es nur Grautöne. Statt Multikulti also „Umweltschutz ist Heimatschutz“. Ist das was anderes wie „das Boot ist voll“ der REPs oder „Ausländerstop“ der NPD ? Soziale Gegensätze und Diskriminierungen werden umgelogen zu unveränderlichen ethnischen Eigenarten bei Pflanzen wie bei Menschen, ganz im Stil der Ideologie der Neuen Rechten.

(Zitate aus der UÖD-Zeitschrift Ökologie)

Unser Dorf soll schöner werden

Deutsche Nazis in Dänemark verjagt

Um den Preis des schönsten Dorfs in Süddänemark konkurrieren derzeit Kvaers und Kollund, beide nur wenige Kilometer nördlich von Flensburgs gelegen und von den hiesigen Nazis als Exil ausgewählt. Die Nase vorn beim Nazis vertreiben hat derzeit Kvaers, wo Meinolf Schönborn, Chef der verbotenen Nationalistischen Front, seine Druckerei hatte aufbauen wollen.

In einer denkwürdigen Schlacht zeigten die Dänischen Bauern ihrem ungeliebten Neubürger Schönborn, wie in Dänemark der Bartel den Most holt - mit Böllern, Pflastersteinen und anderem Gerät. Vorausgegangen war eine Kundgebung von Dänischen Autonomen, die aus Kopenhagen angereist waren. Doch noch ehe diese sich in Kvaers mit den Bauern verbünden konnten - was durchaus nicht unproblematisch geworden wäre - hatte die dänische Polizei schon das ihre zur Eskalation beigetragen: Sie hetzte Hunde auf die Bauern, nahm einige der Bürger der 400-Einwohner-Gemeinde fest und schuf so die Stimmung, in der die Nazis den kürzeren ziehen mußten. Diese fühlten sich daraufhin sowohl durch die Bauern als auch durch die Autonomen bedrängt, und da ihnen der Schutz der Dänischen Polizei unzureichend erschien, erbaten sie kleinmütig freies Geleit, was sie von den AntifaschistInnen auch großzügig bekamen. Mittlerweile ist **Meinolf Schönborns** Aufenthaltsort unbekannt und sein Vertreter **Stefan Roger Pielert** hat sich bei **Jürgen Kistrup** in Kollund eingenistet. Die BewohnerInnen von Kollund, wo seit acht Jahren **Thies Christophersen** bei seinem Freund **Henry Krog Pedersen** wohnt, wollte auch nicht in den Ruf des häßlichsten Dorfes Dänemarks kommen. Der stärker werdende Versuch deutscher Neonazis, sich der Verfolgung durch deutsche Gerichte zu entziehen und von Dänemark aus ihre faschistischen Geschäfte zu betreiben, ließ die BewohnerInnen aufhorchen. Sie wollten nicht in den Ruf kommen, daß sie deutsche Naziführer bei Treffen mit ihren ausländischen Kollegen beherbergen. Mit scharfen Hunden und unter Absingen antifaschistischer Kampflieder fingen sie an, den Nazis das Leben in der süddänischen Idylle zu vermiesen. AntifaschistInnen aus Dänemark und Deutschland haben Ende September und Anfang Oktober mehrere Demonstrationen gegen Christophersen durchgeführt. Angeblich will Christophersen, der eigentlich gerade noch zwei weitere Hauser anmieten wollte, aufgeben und Kollund verlassen. (...)

Die spezielle Situation nördlich von Flensburg (die Gegend war im von 1864 bis nach dem ersten Weltkrieg preußisch-deutsch, weshalb die Dänen dort besonders empfindlich sind) war für die deutschen Nazis immer mehr zu einem strategischen Stützpunkt geworden. In þ Kollund sitzen mit Thies Christophersen und Henry Krog Pedersen nicht etwa zwei alte Tattergreise, sondern recht aktive Personen des Neonazismus. In Randers in der Nahe von Kollund befindet sich das Postfach, über das der „Einblick" bestellt werden konnte. Der „Einblick" machte im Herbst 1993 Schlagzeilen, weil dort etwa 250 Adressen von AntifaschistInnen und linken Einrichtungen veröffentlicht worden waren. Auch Christophersens Hetzblatt „Die Bauernschaft" wurde von Kollund aus vertrieben. (...)



Internationale antifaschistische Demonstration in Kollund am 15.10.1994

(Gekürzte Fassung eines Artikels von E.S. aus der Oktoberausgabe der Zeitschrift ak - Analyse und Kritik; zu beziehen bei: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 20357 Hamburg 36)

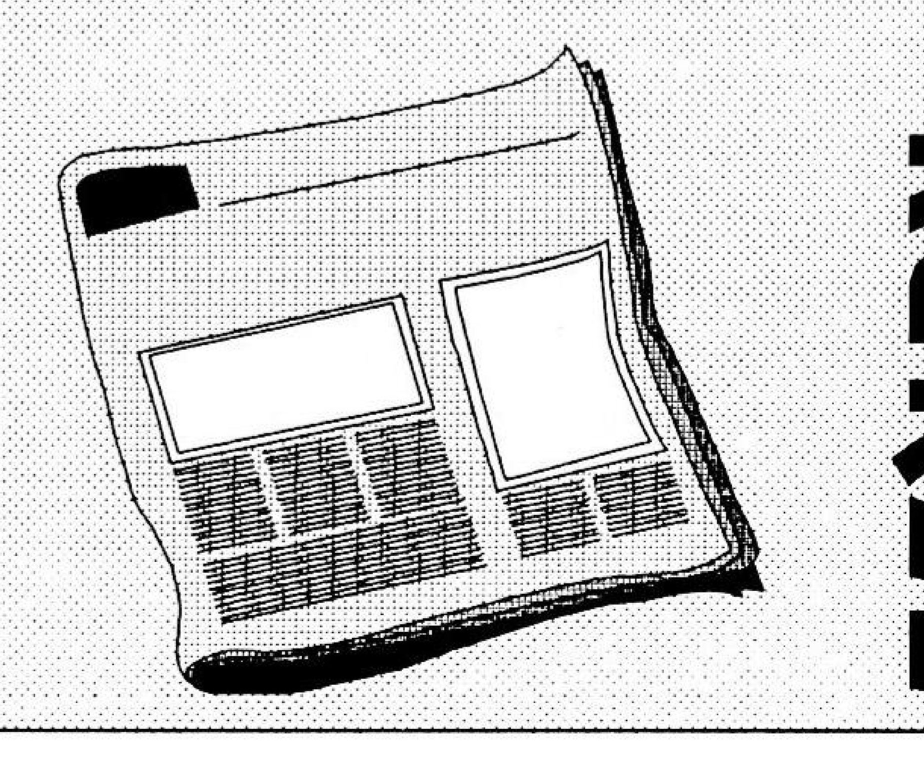
Vergebliches Liebeswerben

Anfang 1991 wurde die Albanische Republikanische Partei (RP) als eine der ersten nichtkommunistischen Gruppierungen gegründet. Sie vertritt mittlerweile vor allem die Interessen der nach dem II. Weltkrieg enteigneten Unternehmer und Grundbesitzer. Sie scheiterte an der 4%- Hürde und errang über ein Wahlbündnis einen von insgesamt 140 Parlamentssitzen, ist aber an der Regierungskoalition mit (konservativen) Demokraten und Sozialdemokraten beteiligt. Ihr Vorsitzender ist der bekannte Schriftsteller **Sabri Godo**.

Godo teilte in einem Interview, das Detlev Stein für die „Albanischen Hefte", die Zeitschrift der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft, führte, zur Frage der Auslandskontakte seiner Partei mit, **Schönhuber** habe seine Partei kontaktiert und wollte sie sogar in Albanien besuchen. Die RP habe diesen Kontakt aber nicht gefördert, weil sie erhebliche Vorbehalte gegen die Schönhuber-REPs habe. „ Wir glaubten nicht, daß sein Besuch in Albanien eine gute Idee wäre. Wir haben ein größeres Interesse an Kontakten mit anderen politischen Kräften." Die Vorbehalte richteten sich nicht so sehr gegen das Programm, als vielmehr gegen die politische Praxis. „Wir wollen Beziehungen und Zusammenarbeit mit rechten Parteien, aber nicht mit rechtsextremen."

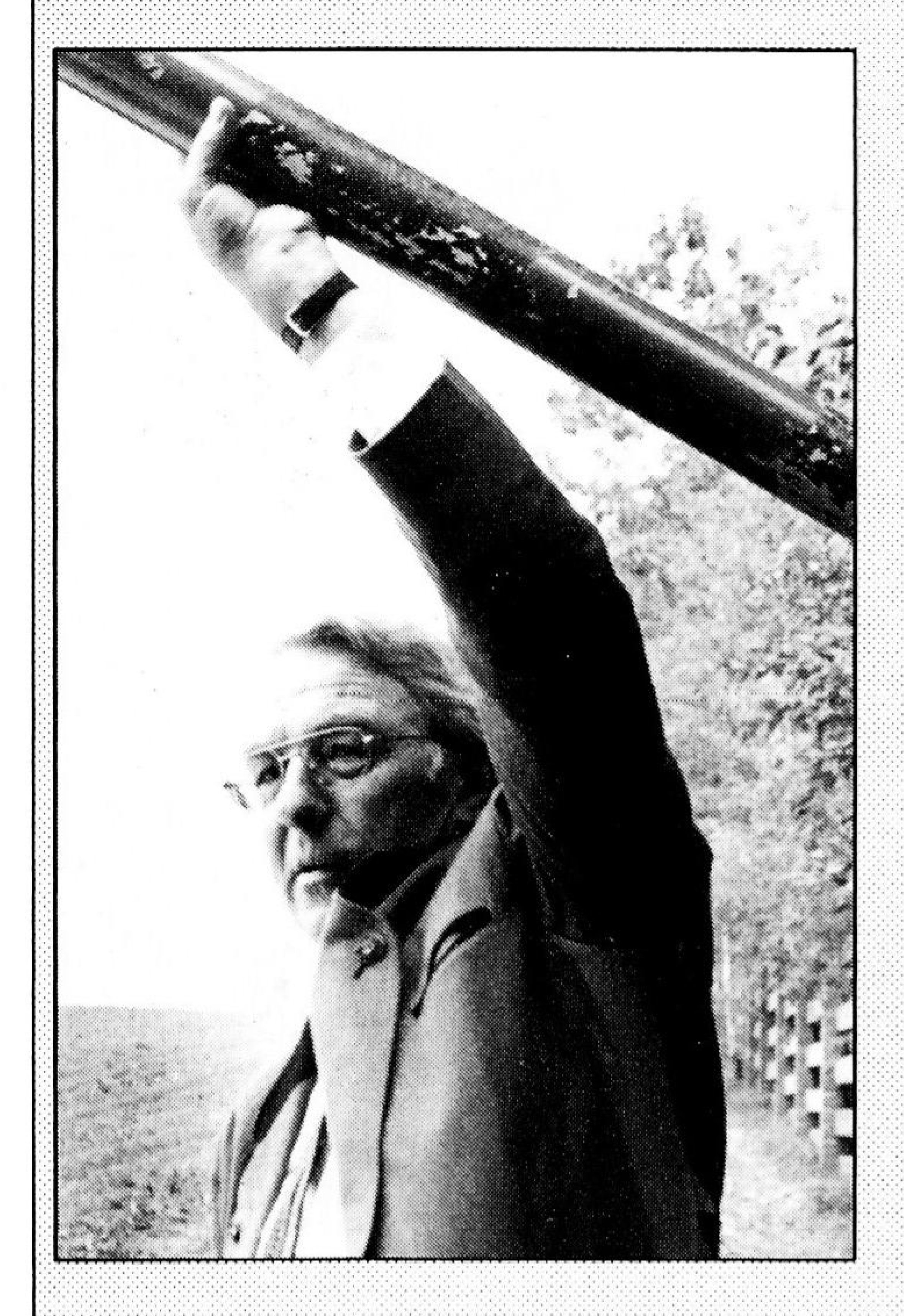
Die REPs suchen nach dem Zerfall der Eurorechten im Europaparlament und ihrer Abwahl aus diesem offenbar verzweifelt nach jeder Form internationaler Anerkennung und wanzen sich schon an kleine albanische Rechtsparteien heran, deren Zukunftsaussichten eher trübe zu beurteilen sind. Doch Schönhubers Ruf ist auch an den Rändern Europas schon derart ruiniert, daß sich nicht einmal mehr solche Gruppen, für die Auslandskontakte an sich überlebensnotwendig sind, mit ihm einlassen wollen.

RECHTS IN



Hetendorf

Zum „Hermannstag 1994" lud der „Bund der Goden" unter Vorsitz von Dr. Ventker am 22./23. Oktober nach Hetendorf ein. Unterstützt wurde der heidnische „Bund der Goden" von der „Artgemeinschaft" und dem „Nordischen Ring", beiden Organisationen ist Jürgen Rieger dienlich, sowie der „Deutschen Bürgerinitiative"des Nazi-Terroristen **Manfred Roeders** (Foto).



„Umbruch"

Die organisationsungebunde Neuformierung bundesdeutscher Rechtsextremisten gewinnt zunehmend an Konturen. Ein Beispiel dafür ist die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „Umbruch - Hefte für Ideologie und Strategie", die erstmals im April dieses Jahres erschien. Mindestens zweimal im Jahr will **Steffen Hupka** (geb. 1963), „Umbruch"-Herausgeber und einst Mitglied der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) und Kader der „Nationalistischen Front" (NF) bundesweite Lesertreffen organisieren, die der „gruppenübergreifenden Vernetzung" dienen sollen. Darüberhinaus „wird angestrebt, daß sich regionale Leserkreise, ähnlich denen der 'Jungen Freiheit' bilden werden."

Der nationalrevolutionär angehauchte Hupka, der das Programm eines „europäischen Nationalismus" - orientiert an Konzeptionen der Waffen-SS - vertritt und einst Mitarbeiter der Berliner „Freien Umschau", Unterzeichner des JF-Aufrufs „Freiheit für Königsberg", Autor im „Schlesier" und den „HNG-Nachrichten" war, betont im „Umbruch", daß „der Aufbau einer überregionalen Kaderstruktur grundsätzlich Vorrang vor wahlpolitischen Experimenten haben muß." Hupka weiter: „Das Verbot einer revolutionären Organisation heißt heute noch nicht, daß man im Untergrund verschwinden oder den bewaffneten Kampf aufnehmen muß. Angesichts der ständigen Möglichkeiten eines solchen Verbots ist es allerdings notwendig, rechtzeitig Organisationsformen zu entwickeln, die eine Propagandaarbeit und andere Formen offener Interventionen (Verteidigungskampagnen) weiterhin ermöglichen. Für illegale Arbeit und für den Zeitpunkt, wann sie aufgenommen werden muß, kann es keine feste Regeln geben. Der beste Schutz besteht darin, die Methoden der Repression zu kennen, um nicht unvorbereitet von ihnen überrascht zu werden."

„Aula"

Die ultrarechte österreichische Monatspostille „Aula", die der FPÖ nahesteht, hat einen neuen Autor aus der Bundesrepublik Deutschland für sich gewinnen können: **Hans Merkel**, Vorsitzender der Vereinigung der Freunde der CSU in Bonn, früher Referent der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag für Außen-, Deutschland-und Verteidigungspolitik.

Weikersheimer Hochschulwoche

Mit einer illustren Referentenrunde wartete die 3.Weikersheimer Hochschulwoche zum Thema „Der geistige und politische Brückenschlag zwischen West-und Osteuropa" auf, die vom 25.-30.September vom „Studienzentrum Weikersheim", einem Brückenkopf zwischen Neokonservatismus und Rechtsradikalismus, ausgerichtet wird. Als Referenten waren bei der Hochschulwoche u.a. zugegen:

Prof.Dr. **Klaus Hornung**, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart-Hohenheim, Autor im revanchistischen „Ostpreußenblatt", in der „Jungen Freiheit" und in „Criticon";

Hans Eschbach, Chefredakteur des „Unternehmer-Magazins" und Funktionär der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer", von 1988 bis 1990 Generalsekretär des „Bundes der Mitteldeutschen", Autor in „Criticon";

Matthias Kleinert, Mitglied des Direktoriums von Daimler-Benz, einst Pressesprecher des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU);

Prof.Dr.**Hans-Helmut Knütter**, dessen Buch „Die Faschismuskeule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken" (Ullstein-Verlag) von Rechtsextremisten im deutschsprachigen Raum hochlobend rezensiert wird;

Günther Schabowski, einst Bezirkssekretär der SED von Berlin (Referat zum Thema: „Innenansicht eines ehemaligen Sozialisten: Wie funktioniert eine totalitäte Ideologie");

Wilhelm von Boddien, Kopf des „Fördervereins Berliner Stadtschloß e.V." und Initiator der Ausstellung „Das Schloß für Berlin". Zweiter Vorsitzender des Vereins war - bis zu seiner Enttarnung durch den sozialdemokratischen Pressedienst blick nach rechts - der Stuttgarter Diplom-Volkswirt **Dieter Lieberwirth**, seines Zeichens REP-Stadtrat in Stuttgart.

Prof.Dr. **Tomislav Sunic**, Autor in „Europa Vorn", „Junge Freiheit", „Criticon", „The Scorpion", Leiter der Informationabteilung des kroatischen Außenministeriums;

Gefördert wird die 3.Weikersheimer Hochschulwoche mit Mitteln des Hauses Daimler-Benz - und dies angesichts der Tatsache, daß das Studienzentrum Weikersheim finanziell bisher nicht zu knausern hatte. So wurden Tagungen und Seminare des Studienzentrums allein von 1988 bis 1993 mit rund 400.000 Mark aus Bundesmitteln gesponsert!

Ob bei der 3.Weikersheimer Hochschulwoche auch der Berliner **Ulli Boldt**, einer der Verantwortlichen vom „Junge(n) Weikersheim", das „fester und integraler Bestandteil des Studienzentrums Weikersheim e.V." ist, mit dabei sein wird, ist (dem „blick nach rechts") nicht bekannt. Bekannt ist dagegen, daß ein Berliner Ulli Boldt von der verbotenen „Nationalistischen Front" (NF) seit geraumer Zeit die rechtsextreme „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V." (BKP) führt. Es bleibt zu wünschen, daß die vor wenigen Tagen aufgestellte Forderung der Weikersheimer SPD-Gemeinderatsfraktion, die Stadt Weikersheim möge das Studienzentrum Weikersheim „künftig nicht mehr zu unterstützen", endlich in die Tat umgesetzt wird.

Neuer Skandal !?

Der Geschäftsverteilungsplan des Mannheimer Landgerichts hat in der vorigen Woche für eine spektakuläre Entscheidung gesorgt. Er wies den Fall des Schweizer Revisionisten **Jürgen Graf** der 6. Strafkammer des LG Mannheim zu. Kaum wieder im Amt, sorgen so die Richter Dr. **Wolfgang Müller** und Dr. **Rainer Orlet** sowie **Elke Folkerts** für erneute Publizität. Die skandalträchtige Kammer muß nun entscheiden, ob das Hauptverfahren gegen den 43jährigen suspendierten Sekundarlehrer für Latein und Französisch Graf wegen Volksverhetzung eröffnet wird. Beim deutschen Zoll wurde ein an eine Weinheimer Anschrift adressiertes Päckchen mit revisionistischen Hetzschriften Jürgen Grafs abgefangen. In Weinheim ist der NPD-Bundesvorsitzende und Revisionist **Günter Deckert** (54) wohnhaft. Vergangenen März richtete Graf einen Brief an den Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein, in dem es u.a. heißt: „Falls Sie den Aufenthalt in der Blausäuregaskammer nicht überleben, womit unbedingt zu rechnen ist, so haben wir endgültig den Beweis geliefert, daß die Vergasungen nicht stattgefunden haben können. Sie haben sich dann durch Ihr Opfer um ihr Vaterland verdient gemacht, und in Mannheim benennt man bestimmt eine kleine Straße nach Ihnen. Sollten Sie das Experiment überstehen, so ziehe ich meine Bücher zurück, und Sie haben auch in diesem Fall einen Erfolg erzielt."

Feierstunde des NHB

Der „Nationaldemokratischen Hochschulbund" (NHB) lädt zu einer „Feierstunde" anläßlich des Geburtstages des ehemaligen Abteilungsleiters für Feiergestaltung im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt und Untersturmführers der SS-Division „Wiking" Kurt Eggers ein. Die Feierstunde („Kurt Eggers - Werk und Mensch") soll am 13. No-

vember im Münchener Raum begangen werden. Neben **Sepp Biber** werden **Karl Richter**, Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und Autor des Buches „Richard Wagner - Visionen", und **Herbert Schweiger**, ehemaliges Mitglied der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler" (LAH), anwesend sein. Schweiger, Autor des braunen Pamphlets „Geld und Weltpolitik", spricht zum Thema „Deutschland im Würgegriff der Weltplutokratie". Einer aktuellen Kleinen Anfrage des Deutschen Bundestages zufolge umfaßt der NHB derzeit „deutlich unter 50" Mitgliedern. „Seit seiner Gründung hatte der NHB stets weniger als 100 Mitglieder, Ende der achtziger Jahre ca. 65 Mitglieder, Tendenz fallend." Ob auch **Rolf Schlierer**, Fraktionsvorsitzender der „Republikaner" im Landtag von Baden-Württemberg und stellvertretender REP-Bundesvorsitzender, dem NHB angehörte, bleibt unklar. In der Antwort der Bundesregierung auf die entsprechende Frage heißt es lapidar: „Hierzu liegen keine gesicherten Informationen vor."

Neue Publikationen

Im Zuge des Aufbaus autonomer Strukturen innerhalb der neonazistischen Szene kündigt das „Nationale Infotelefon" Hamburg das Erscheinen vierer neuer Publikationen an. Der „Nordharz Infodienst" erscheint im nordhessischen Ilsenburg. Verantwortlicher ist **Udo Hoffmeister** aus Abbenrode, der 1988 anläßlich eines von der neonazistischen „Taunusfront" veranstalteten „Tag des Bieres" in Hofheim (Hessen) beim Sturm auf einen Kebab-Stand beteiligt war. Annonciert wurde der „Nordharz Infodienst" auch in der „Jungen Freiheit". In Mannheim erscheint „Mahnworte - Stimme der nationalistischen Bewegung". Die Titelgeschichte der ersten Ausgabe der „Mahnworte" ist dem Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein gewidmet. Herausgegeben wird der Rundbrief von einem „Arbeitskreis Rhein-Neckar". In der Vergangenheit warben schon einmal „Unabhängige Nationalisten" für „Schulungsblätter und Schulungshefte des nationalistischen Widerstandes" unter derselben Anschrift, einer Postlagerkarte in Mannheim.

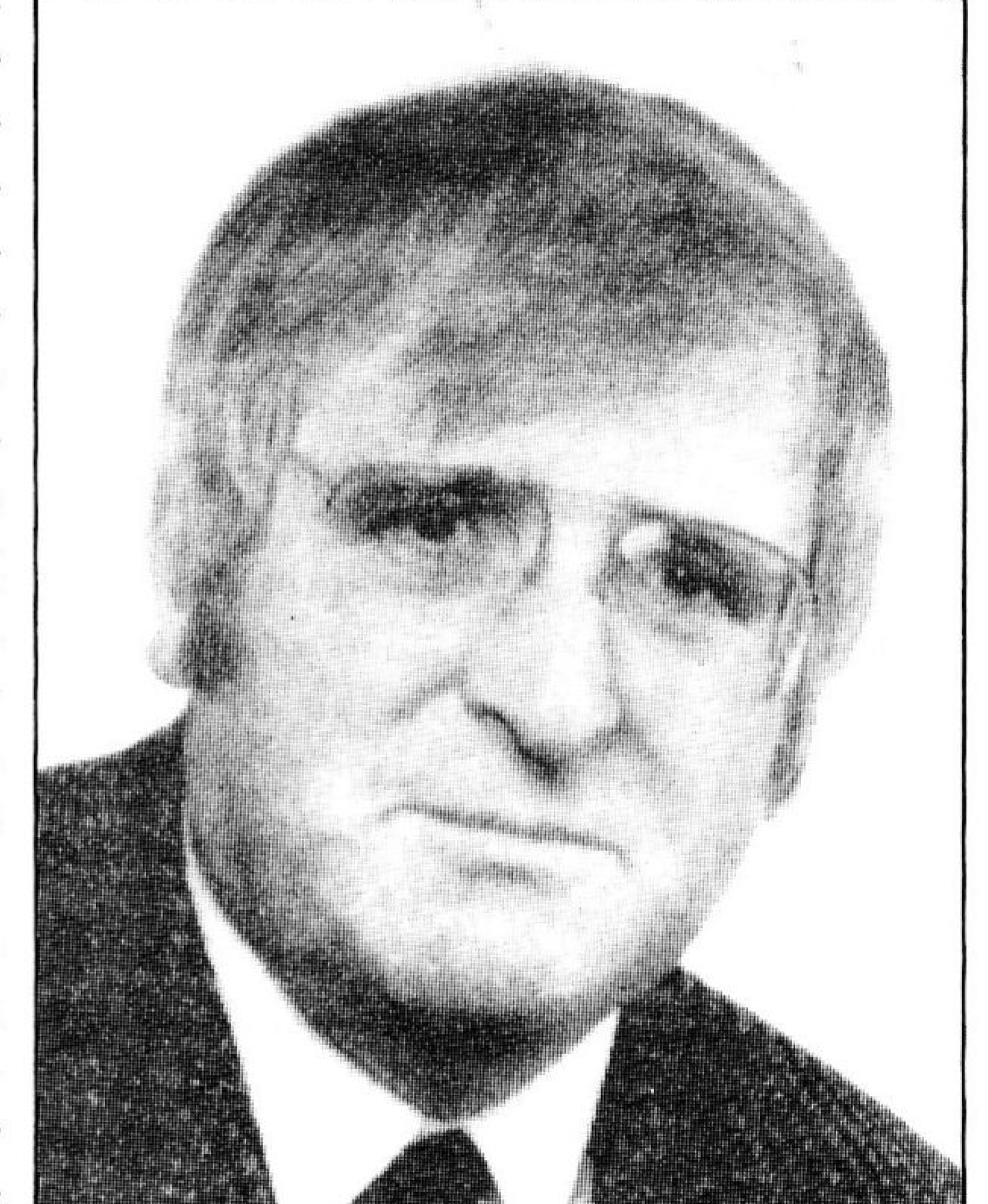
NPD-Kundgebung in Bonn Stelldichein deutscher Neonazis

Eine Kommunalwahlkampf-Kundgebung der NPD am 17.9.94 in Bonn lockte in erster Linie Anhänger der FAP und der GdNF. Während die Neonazis (unter ihnen der Kroatiensöldner **Thomas Hainke**, die NL-Chefs **Christian Worch** und **Thomas Wulff** und der Bonner FAP-Vorsitzende **Norbert Weidner**) zuerst noch „ihrem Mann" im NPD-Vorstand lauschten - dem früheren Vorsitzenden der Wiking-Jugend, **Wolfgang Nahrath** - verließen sie bei dem Auftritt vom NPD Vorsitzenden **Günter Deckert** den Platz. Deckert hält an dem Unvereinbarkeitsbeschluß der NPD zur FAP und anderen fest.

Bohlinger contra Preißinger

Nation, eine vom ehemaligen Republikaner **Adrian Preißinger** herausgegebene und vom Ludendorffer **Roland Bohlinger** aufgekaufte Nazipostille ist in diesem Jahr nur durch konsequentes Nichterscheinen aufgefallen. Anscheinend hat die Zusammenarbeit zwischen den beiden nicht lange funktioniert. Ihre gegenseitigen Beschuldigungen hingegen, die sie in Briefen an die lieben und geehrten Bezieher auswalzen, werden sicher noch eine Weile das „nationale Lager" belästigen.

Im März '94 hatte Preißinger den Reigen mit einem Bettelbrief begonnen. Die Staatsanwaltsschaft sitze ihm im Nacken, und wenn sie erneut zugreife, drohe ihm das Gefängnis. So zwinge ihn das „alllierte Vasallenregime von Bubis Gnaden", seine geliebte fränkische Heimat zu verlassen und ins Exil zu gehen. Alles sei prima vorbereitet, doch fehle, wie immer, ein wenig Geld. In Preißingers Fall seien für die „Emigration" ca DM 60.000 notwendig. Die erbitte er auf sein Konto beim PGA München oder in bar zu spenden. Was die Zeitung angehe (deren Aborechnungen für 1994 von Bohlinger mehrere Monate vor Ablauf des alten Abonnements mit der Bitte um rasche Überweisung versandt worden waren), kündige Preißinger die rasche Auslieferung der Nr. 10-12/93 für die nächste Zeit an.



Roland Bohlinger

Die Nr. 10-12/93 erschien dann auch im April 94, die Aborechnungen kassierte der Herr Bohlinger. Danach war Funkstille, zumindest mit der Nation.

Statt einer neuen Ausgabe erhielten die Abonnenten im Juni Post aus Rostock von der Anwaltskanzlei Petra Kremer und Wolfram Grünkorn. Sie erklärten, Herr Bohlinger habe aufgrund „etlicher Anfragen aus dem Empfängerkreis" von dem Bettelbrief des Herrn Preißinger erfahren. Die Aktion sei nicht mit ihm abgesprochen gewesen, er habe Preissinger aufgefordert, das Geld an die Empfänger zurückzusenden, was dieser nicht getan habe. Da „etliche Geldgeber den Verdacht des Betruges äußerten, war die Erstattung einer Strafanzeige unvermeidbar." Als nächstes kam eine „Wichtige Mitteilung" aus dem Hause Bohlinger mit Datum vom 20.7.. Bohlinger teilt darin lapidar mit, daß er 1. die Zeitschrift NATION leider nicht mehr in seinem Hause erscheinen lasse könne; 2. Abonnenten, die wegen einer Vorauszahlung (das müßten alle sein, die ihr Abonnement bezahlt haben) ein Guthaben hätten, eine Abrechnung und Gutschrift erhielten (ist bis Ende Oktober '94 nicht erfolgt); 3. eine Dokumentation über die Tatsachen in dieser betrüblichen Sache, die ihm einen „Schaden in Höhe von mehreren hunderttausend Mark" eingebracht hätten, in Kürze erscheinen würde und 4. eine neue Zeitschrift namens RECHTSSTAAT als Ersatz für die Nation geplant sei.

Auf diese Schreiben antwortete Preißinger im September mit einem 8 seitigen Brief, abgesandt aus der Slowakei. Zunächst bedankt er sich bei den Spendern, die ihm die Verlagerung der Redaktion ins ausländische Exil ermöglicht hätten. Allerdings habe die Anzeige von Seiten Bohlingers die Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen, die allerlei in seiner Wohnung durchsucht und beschlagnahmt hätte. Bohlingers Aktion habe „Zehntausende von nationalen Lesern der Gefahr" ausgesetzt, „EDV-mäßig bequem erfaßt zu werden". Aber keine Angst, Preißinger habe das Problem im Griff und alles so riesig gut verschlüsselt, das kein Kripomann die Daten dechiffrieren könne.

Aber jetzt zieht Preißinger so richtig über Bohlinger her. Der schulde ihm nämlich „seit geraumer Zeit DM 14.000,- an Honoraren und DM 5.700,- an Spesen". Bohlinger sei ein notorischer Wechselaussteller, mit dem Nachteil, das diese Wechsel nicht durch entsprechende Finanzen Bohlingers gedeckt seien. Viele hätten ihn vor dem Vertrag mit Bohlinger gewarnt. Diese Warnungen seien bittere Realität geworden. Bohlinger habe ohne Absprache mit ihm Editorials (zum Wahlboykott '94) in die Zeitung eingebaut, die ihm erst nach Auslieferung bekannt geworden seien. Und schließlich habe er billigend in Kauf genommen, „daß Internas der nationalen Opposition dem zionistischen Bonner Regime in die Hände" hätten fallen können. Verachtung sei einem Mann gegenüber nur angemessen, der laufend Spendenaufrufe für Projekte umgehen lasse, die nie realisiert würde; der zugleich nationale Ehrenmänner anschwärze, die durch das System in wahre Not gestürzt würden.

Doch zum Glück sei alles nur halb so schlimm. Er, Preißinger, habe Bohlinger in der Zwischenzeit erst einmal zivilrechtlich auf Zahlung seiner Honorare und Spesen und zugleich auf Zahlung einer Konventionalstrafe verklagt. Ein neuer, seriöser Verleger sei gefunden, mit dessen Hilfe die Nation ab 1995 wieder erscheinen solle.

Den so arg verprellten Abonnenten bleibt nur die Frage: Gibt es im nächsten Jahr eine Zeitung, oder zwei oder vielleicht auch keine für schon vor einem Jahr gezahlten Abo-Gelder an Bohlinger? Und wenn es wirklich Zehntausende von Adressen bei Preißinger gab, warum hat dann Bohlinger nicht von den 20.000 x 82 DM für's Abo '94 (=1.64 Mio. DM Aboeinnahmen mal locker die 19.000 DM an Preißinger rübergeschoben?

Michael Steiner

Jörg Hemmers

Das jähe Ende eines kurzen „Ausstiegs" aus der rechten Szene

Als „Ex-Neonazi", als „Aussteiger", der aus Angst vor der Rache seiner ehemaligen Kameraden untertauchte, machte der 26jährige Markus Adrian Lüdecke bundesweit Medien-Karriere.

Sowohl im Regionalprogramm SAT.1 als auch in dem vorwiegend in den Dritten Programmen gezeigten Film „Mit tödlicher Absicht - Terror von rechts" von Jochen Graebert und Cornelia Schiller plauderte „Danny", wie er sich in der Stadt Norden nannte, aus dem Nähkästchen und warnte die Öffentlichkeit, die vom Polizeiapparat bewußt dumm gehalten wurde, vor den militanten Strukturen der NeoFaschisten in Ostfriesland. Am 20.09.1994 wurde er zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der 1968 in Berlin geborene **Markus Adrian Lüdecke** hat ein Leben hinter sich, dessen bisheriger Verlauf die Herzen so mancher Soziologen mit Schwerpunkt „Rechtsextremismus" in traumhafte Höhen schlagen lassen würde: keinen Kontakt zur Mutter, der Vater ist ihm völlig unbekannt und Markus Adrian hat seine ganze Jugend in einem (katholischen) Heim verbracht. Aus dem Jungen konnte ja gar nichts anderes werden. Zudem sei er auch noch ziemlich dumm, da er die Regeln der Rechtschreibung nicht beherrsche, so jedenfalls äußerte sich der Richter Meyer, der bemüht „väterlich" den Beschuldigten befragte.

In dem provinziellen Westerstede hat Lüdecke zwei unterschiedliche Jugendcliquen im Kampfsport unterrichtet und den Jugendlichen etwas über den Lebenslauf Adolf Hitlers erzählt. Er hat sich der gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht, weil in der Clique ein eigener Strafkodex galt: „Verräter" wurden wie früher in Heimen und Schulen mit Bambusstock bestraft. Daß sich alle Jungen dieser Regel aus freien Stücken unterwarfen, zählte nicht. Der Angeklagte Lüdecke war der älteste von allen Beteiligten, die zwei Jugendliche mit dem Rohrstock abstraften, weil sie angeblich „Verrat" begangen hätten. „Der Stock", so OStA Kayser, „ist eine gefährliche Waffe." Das scheint für Bambus-Material besonders zu gelten, deutsche Polizisten prügeln mit Hartholz und Neo-Faschisten mit Baseballschlägern, die man überall bekommt, obwohl es kaum Baseball-Vereine in der BRD gibt.

Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei Propagandamaterial von der „Nationalistischen Front" (NF) und einen gültigen Parteiausweis der „Republikaner". Der NF-Kontakt spielte im Gerichtsverfahren keine Rolle mehr, obgleich Lüdecke eine freundschaftliche Beziehung zu **Sven Weiemann** aus Rotenburg pflegt, der noch nach dem Verbot der NF Kontakte zu **Meinolf Schönborn** nach Pivitsheide gehabt haben soll. Weiemann rekrutiert Jugendliche in Rotenburg für „Wehrsportübungen" und verfügt auch über Kontakte zur FAP-Struktur und Nazi-Skin-Szene nach Tostedt (siehe Rechter Rand, Nr. 27, 1994, S. 3f.). Er war häufiger zu Gast in Westerstede und versuchte zusammen mit Lüdecke eine Gruppe mit Namen „Landesfront" (LF) aufzubauen.

Darüber, wer Lüdecke in Westerstede den Republikaner-Ausweis ausgestellt und verlängert hat, wurde vor Gericht nicht gesprochen. Über Lüdeckes Engagement bei den „Grauwölfen" in Rotenburg wurde nur wenig verhandelt. Das Gericht interessierte sich mehr für die in Rotenburg begangenen Diebstähle und andere Straftaten, für die Lüdecke bereits verurteilt worden war.



Angeblich jahrhunderte alte Kultur: Geballter Revanchismus staatlich gefördert; Sonnenwendfeuer in Conneforde 1988

Tatort: Breslauer Straße in Westerstede

Die Westersteder Cliquen waren geheimbündlerisch organisiert, ihr Outfit hatten sich die Jugendlichen bei einem Oldenburger Versand besorgt: Military-Look. Ungefähr 20 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren bildeten den Kern der Cliquen. Man traf sich im Jugendzentrum, in einem kleinen Wäldchen oder in Privatwohnungen in der „Breslauer Straße".

Diese Straße ist AntifaschistInnen nicht unbekannt. Sie wissen, daß Richter Meyer, gebürtiger Westersteder, die Unwahrheit erzählt, wenn er behauptet, daß die „Weste" der Kreisstadt Westerstede erst durch das Auftauchen des Angeklagten Lüdecke braune Flekken bekommen habe.

Manchmal wohnen die richtigen Faschisten gleich um die Hausecke. In der Regel sind sie gesellschaftlich anerkannt und wie im Falle des ehemaligen Realschullehrers und Konrektors **Hans Dirks** von den Landespolitikern und Kulturinstitutionen wegen ihrer Leistungen mit Auszeichnungen versehen. Dirks wohnt ebenfalls in der Breslauer Straße und ist bis heute bekennender Ludendorffer. In den 80er Jahren hatte er in seiner Postille „Mein Standpunkt" öffentlich gemacht, wie er sich die Jugend vorstellt und was sie zu tun habe, auch die Jungen aus Westerstede, die nach der Verurteilung von Markus Adrian Lüdecke weitermachen werden: Deutschland von der Schuld an den Weltkriegen freisprechen und seine Landesgrenzen nach Westen in Belgien und Frankreich hinein und nach Osten weit über die „Oder-Neiße" hinaus verschieben.

Wer die Sonnenwendfeiern im nahegelegenen Conneforde mit ihrem völkisch-revanchistischen Background besucht, an denen Dirks und tausende (!) anderer Bürger maßgeblichen Anteil haben, kommt schnell zur richtigen Einschätzung der Lage: so wie die Alten sungen, so zwitschern auch die Jungen.

Lüdecke ist nicht in das NL-Spektrum des **Christian Worch** zurückgekehrt, weil „Verrat" dort nicht gerne gesehen wird. Deshalb versuchte er, mit einer eigenen Gruppe an eine FAP-Struktur zu gelangen, wobei ihm zukünftig sein Knastaufenthalt eher nützt als schadet.

Anton Maegerle

Rechtsextremes und Obskures auf der Frankfurter Buchmesse 1994

8.628 Aussteller aus 105 Ländern stellten auf der 46.Frankfurter Buchmesse 321.975 Titel vor, darunter 88.891 Neuerscheinungen. Viele Messebesucher kamen jedoch nicht wegen des brasilianischen Sprachgebiets, das den diesjährigen Schwerpunkt der Buchmesse bildete, nach Frankfurt. Im Mittelpunkt ihres Interesses lag das Fachgebiet „Neues Denken und Handeln", dessen übersinnlicher Hokuspokus auch in diesem Jahr breit vertreten war; Hochkonjunktur hatte alles zwischen Astrologie und Zen, von Rutengängerei und Mysterienkulten sowie Schamanismus, Spiritismus, Geistheilung bis zu Yoga, christlicher Mystik und buddhistischer Medidation, Hellsehen, Astrologie und Wahrsagerei - ebenso wie Reinkarnation, Ufos, Erdstrahlen, Indianer, Kelten und Hexen.

Inmitten dieser absonderlichen Gedankenwelt waren in Frankfurt auch Verlage vertreten, deren offene antidemokratische Strukturen in der Öffentlichkeit weniger bekannt sind.

Nicht zu übersehen war auf der Buchmesse der militant antiklerikale „Ahriman-Verlag" (auch bekannt als „Bund gegen Anpassung" oder „Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten") aus dem südbadischen Freiburg, dessen Aufkleber „Fünf Milliarden sind vier zu viel. Bevölkerungsreduktion ist der beste Umweltschutz. Gilt auch für Europa" für sich selbst spricht. Der „Ahriman-Verlag" beansprucht für sich, eine „Monopolstellung auf dem Buchmarkt" gefunden zu haben; so zeichne man sich durch „kompromißlose Religionskritik, anpassungsfeindliche Psychoanalyse (also die authentische Wissenschaft Freuds)" sowie „intrasigenten Marxismus" aus, alles, „was nach Hitler, Stalin, Adenauer und den Berufsverboten begraben, nur noch in zahnlos-pervertierten Modeformen zerredet wird, gibt es authentisch und mit voller Sprengkraft nur bei uns." Im Angebot des im Frühjahr 1983 gegründeten Verlages, der schon zur Wahl der „Republikaner" aufrief, sind u.a. die „Ketzerbriefe. Flaschenpost für unangepaßte Gedanken". In einer der letzten Ausgaben der Ketzerbriefe („Nichtantwort beweist NATO-Postzensur") werden darin die Scientologen bemitleidet („Vernichtung einer religiösen Minderheit") und die angebliche „Pogrombereitschaft der Bevölkerung" bejammert. Begrüßt wird dagegen das weltweit umstrittene Buch „Praktische Ethik" des australischen Philosophen **Peter Singer**, das in fataler Weise an die nationalsozialistische Euthanasie-Politik erinnert. Seit mehreren Monaten ist die obskure Polit-Sekte mitsamt ihrem Verlag zunehmend in der österreichischen Hauptstadt Wien aktiv - unter der irreführenden Bezeichnung „Initiative Neue Linke".

Ebenso wie im letzten Jahr war bei der diesjährigen Buchmesse der „Verlag Meiga" des „Zentrums für experimentelle Gesellschaftsgestaltung" (ZEGG) vertreten. Dieser postuliert, daß alle Probleme dieser Welt von einer unterdrückten Sexualität ausgehen. Würde man seine Sexualität frei ausleben, hätten wir eine gewaltfreie Erde und eine freie Gesellschaft. Der Hauptsitz von ZEGG, einer Gruppe, die von Kritikern als „Sex-Sekte" charakterisiert wird, befindet sich in Belzig bei Potsdam, wo man 1991 für 2,15 Millionen Mark ein 15 ha großes ehemaliges Stasi-Gelände gekauft hat. Sechswöchentlich erscheint in einer Auflage von 3.000 Exemplaren das ZEGG-Magazin, in dessen Juli/August-Ausgabe anläßlich des Aufbaus eines ZEGG-"Heilungsbiotops" in Portugal über ein integrierten „Wüstenpuff" berichtet wird: „Der sogenannte 'Wüstenpuff' wurde viel besucht und heiß geliebt, besonders auch von Frauen". Besonderes Ziel von ZEGG ist die „freie Sexualität und Liebe", um darüber zu einer „gewaltfreien Erde" zu gelangen. Man plant den Aufbau einer „Zukunftsstadt", in der mehrere tausend Menschen Platz finden sollen. Es hat den Anschein, daß sich ZEGG den einstigen Sex-Mythos der Bhagwan-Sekte zu eigen gemacht habt, den diese selbst seit Jahren aufgegeben hat.

So ist im Impressum der zweimonatlich gleichzeitig in Indien, der Bundesrepublik, USA, Australien, Italien, England, Japan, Brasilien und Polen erscheinenden Zeitung „Osho Times", hinter der die Sannyasin-Sekte des verstorbenen Philosophen Shree Rajneesh steckt, der von seiner Gefolgschaft ehrfürchtig Bhagwan (=Herr) genannt wurde, bis sich der Meister am 7.Januar 1989 den japanischen Namen „Osho" (=der Gesegnete) gab, zu lesen: „Seit 1.September 1993 werden von der Osho Commune in Poona nur noch Aids-Tests akzeptiert, die in der Commune selbst gemacht wurden. Dies soll eine höchstmögliche Sicherheit gewährleisten. Bei Ankunft in der Commune wird im Besucherzentrum eine Blutprobe entnommen, die mit einem neuen, hochsensitiven Verfahren getestet wird. Der Test wird alle drei Monate wiederholt. Als Alternative zum Bluttest gibt es einen Speicheltest, der etwas teurer, dafür aber bequemer ist." Kostenlos erhältlich war „Osho Times" am Stand der Bhagwan-Jünger in Frankfurt, die seit Jahren zur Buchmesse pilgern.

Wie auch im letzten Jahr präsentierte sich bei der diesjährigen Buchmesse der selbsternannte „Bund für deutsche Schrift und Sprache", der seine Gründung auf das Jahr 1918 zurückführt. Zweck des Bundes ist die „Pflege und Erhaltung der deutschen Schrift und Sprache" - eigentlich eine honorige Aufgabe. Doch schon in der Zielsetzung des Bundes wird dessen Charakter deutlich: „Wir Deutschen haben allen Grund, auf unsere Muttersprache stolz zu sein, in der schon im Mittelalter Werke von Weltrang verfaßt wurden". Ein Blick in die Vorstandsliste des „Bundes für deutsche Schrift und Sprache" dokumentiert den rechtsextremen Hintergrund der germanophilen „Schrift-und Sprache-Schützer". Im Vorstand vertreten ist u.a. **Wieland Soyka-Körner**, Inhaber des Bremer „Faksimile"-Verlages. Noch in diesem Jahr will dort der britische Holocaust-Leugner **David Irving** die dreibändige Dokumentation „Adolf Hitler und die Judenfrage" abschließen, die Hitler vom „Auschwitz-Makel" befreien woll.

Aus Österreich eingereist war der „Leopold Stocker"-Verlag, über dessen „verlegerische Leistungen" die Monatszeitschrift „Nation +Europa" (NE), das bedeutendste ideenpolitische Organ bundesdeutscher Rechtsextremisten, in unregelmäßigen Abständen positiv zu berichten weiß. Kein Wunder - besteht das Verlagsangebot doch u.a. aus Büchern wie „Rudolf Heß: Ich bereue nichts" oder „Adolf Hitler-mein Jugendfreund" von **August Kubizek**. Neu im Angebot des „Leopold Stocker"-Verlags, der in Rechts-Postillen wie „Criticon" und der „Jungen Freiheit" Anzeigen schaltet, ist die Taschenbuchreihe „edition Themen"; Autoren sind u.a. **Jörg Haider** (Österreich), **Umberto Bossi** (Italien) und **Heinrich Lummer** (Bundesrepublik).

Auch für rechtsklerikal schlagende Herzen wurde auf der Buchmesse manches geboten.

Mit dabei war die „Religionsgemeinschaft Deutsche Unitarier", deren Wurzeln in der völkisch-rassistischen „Deutschen Glaubensbewegung" liegen, ebenso wie die „Hilfsaktion Märtyrerkirche" (HMK), deren Schwerpunkt weniger im Bereich politisch-religiöser Betätigung in der Bundesrepublik liegt, sondern sich vorwiegend auf Missionsarbeit, die angeblich in 50 Ländern betrieben wird, konzentriert. Organ der militant antikommnistischen HMK ist die zweimonatlich erscheinende „Stimme der Märtyer", die kostenlos in einer Auflage von mehreren zigtausend Exemplaren verschickt wird. Originalton HMK: „Sowohl der Kommunismus wie die Kirche Christi sind nicht von dieser Welt. Das eine kommt von Gott, das andere vom Satan."

Über das „Totschlagwort" von der „Ausländerfeindlichkeit" konnte man sich in der Zeitschrift „idea-Spektrum. Nachrichten und Meinungen aus der evangelischen Welt" (wöchentliche Druckauflage 23.900 Exemplare) aus dem Hause des 1970 gegründeten „Infor

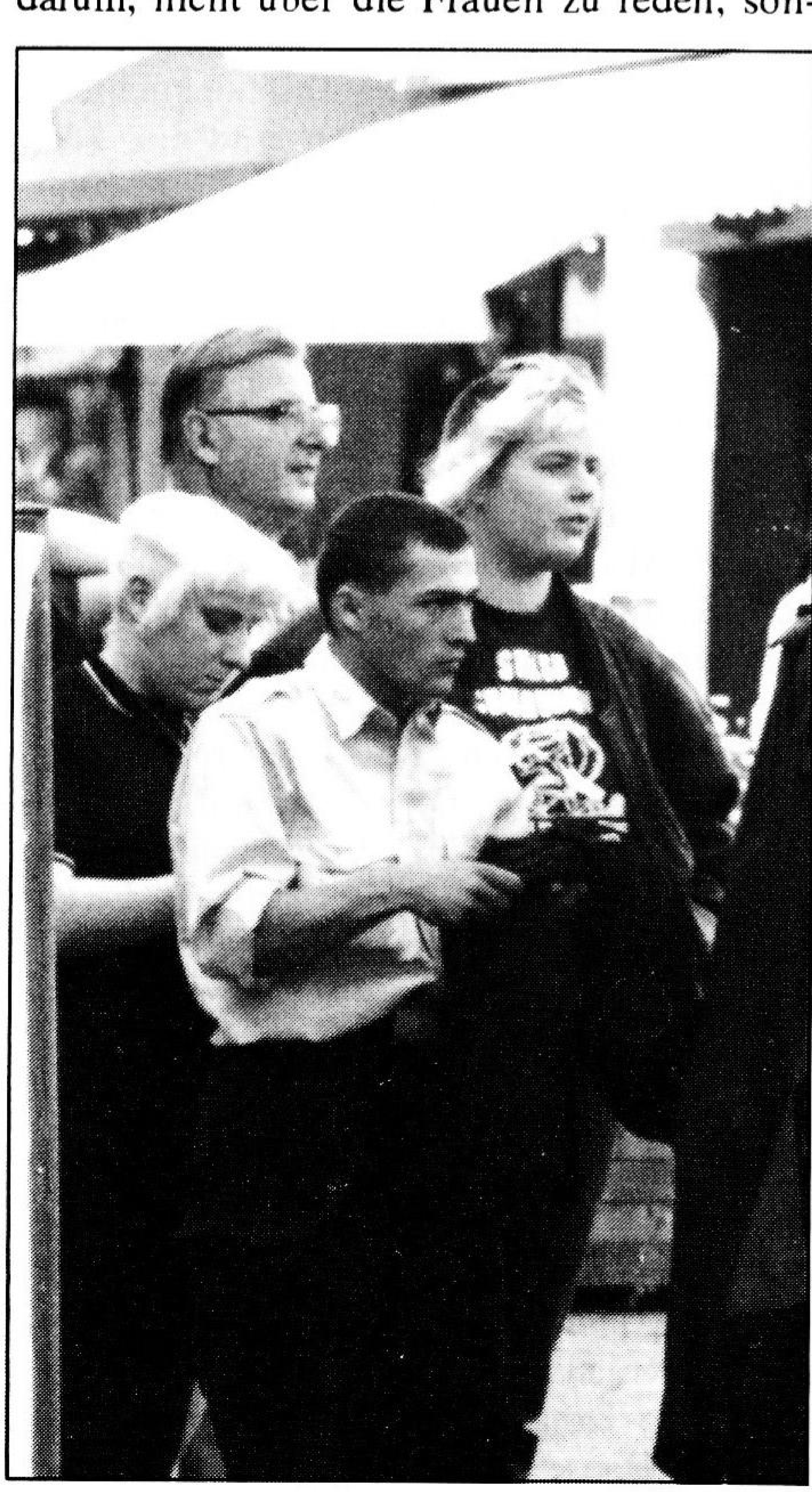
mationsdienstes der Evangelischen Allianz" („idea"), einem rechten Konkurrenzpressedienst zum „Evangelischen Pressedienst" (epd), informieren. In der Ausgabe vom 21.September befaßt sich Kirchenrat Dr. theol.**Rolf Sauerzapf**, Leiter der Evangelischen Seelsorge im Bundesgrenzschutz, mit dem Themenfeld „Politik-Polizei-Ausländer". Sauerzapf konstatiert: „Deutschland ist eines der ausländerfreundlichsten Länder überhaupt". Zu Beginn des Jahres 1994 wünschte Sauerzapf, Autor in der neurechten Vierteljahresschrift „Criticon" und Referent auf rechtsextremen Veranstaltungen (z.B. beim „Deutschen Seminar" und beim „Hilfskomitee Südliches Afrika") der „Jungen Freiheit", die regelmäßig vom Bundesamt für Verfassungsschutz hinsichtlich rechtsextremer Bestrebungen ausgewertet wird, einen „guten Start und viel Erfolg".

Nicht zu übersehen war auf der Frankfurter Buchmesse der Verlagskomplex „Ullstein-Langen-Müller", unter dessen Dach 24 Verlage vereint sind: Ullstein, Ullstein Taschenbuch, Propyläen, Limes, Langen Müller, Herbig, Amalthea, Universitas, Wirtschaftsverlag, Bechtle, Nymphenburger, Mary Hahn, Mahnert Lueg, Lentz, Franckh-Cosmos, Belser, Edition Meyster, Edition Thiemig, Edition Hueber, Deutscher Verlag für Kunstwissenschaft, Bergland, Gebrüder Mann, Sven Eric Bergh, Molden S.Seewald, Sport und Gesundheit. Geschäftsführer des Verlagskomlexes „Ullstein-Langen-Müller" ist Dr.**Herbert Fleissner**, Mitglied des revanchistischen „Witikobundes" und Unterzeichner des „Berliner Appells" (Anzeige in der TAZ v.28.September 1994), in dem reißerisch vor einer „antifaschistisch-demokratischen" Ordnung gewarnt wird, die sich anschickt, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu ersetzen. Initiiert wurde der Berliner Appell, so die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit" (Ausgabe vom 30.September 1994), in deren jüngster Ausgabe (7.Oktober) ein Interview mit Fleissner geführt wird, von einem Trio, „das Anfang des Jahres versucht hatte, die mit linksliberaler Schlagzeile dahindümpelnde Welt zu kapen": **Ulrich Schacht, Heimo Schwilk** und **Rainer Zitelmann.** „Nicht von ungefähr", so die JF, fällt der Appell mit der Veröffentlichung des Sammelbandes „Die selbstbewußte Nation. Anschwellender Bocksgesang" (Ullstein), herausgegeben von Schwilk und Schacht (Zitelmann ist lediglich Autor), zusammen.

Buchbesprechungen von Patricia Eggers zum Thema Frauen in der Nazi-Szene

"Wir sind auch die kämpfende Front"

Sonja Balbachs Buch ist das erste, das sich ausschließlich mit rechten Frauen beschäftigt. In der Regel wird sich beim Thema Rechtsextremismus/-radikalität nur mit Männern beschäftigt, Frauen fallen fast immer unter den Tisch. Um so gespannter war ich auf dieses Buch. 11 Frauen, von der Skinhead-Frau bis zur bekennenden Nationalsozialistin, werden durch Interviews vorgestellt. Es geht ihr darum, nicht über die Frauen zu reden, sondern die rechten Frauen selbst zu Worte kommen zu lassen. Sie dokumentiert die reinen Interviews, d h. sie gibt vor den einzelnen Gesprächen eine kurze Einleitung über Alter, Familienstand, Berufstätigkeit und Zugehörigkeit zu einer Partei, Gruppierung etc.



In ihrem Vorwort stellt Sonja Balbach ihren Ansatz vor. Das hört sich erstmal alles sehr gut au, aber schon beim Lesen des Vorwortes sträuben sich mensch die Nackenhaare. So wird auf Seite 8 schon festgestellt, daß die meisten rechten Frauen Mitläuferinnen oder Bräute (sind, die Verf.), die erst einem Mann und dann dem Programm verfallen." Desweiteren geht sie in ihren einleitenden Worten auch nur auf die Jugendlichen ein. Rechtsextremismus wird als Jugendprotest abgehandelt, als „rechte Jugendrevolte". Auch die übliche Gleichsetzung von rechts und links findet mensch auf Seite 8: Etwas haben Punks und Rechte sogar gemeinsam: Sie lehnen den Staat und die Gesellschaft, in der sie leben, ab." Bei den interviewten Frauen stellt Sonja Balbach fest, daß sie oft nur bei den Rechten gelandet seien, weil sie den Zusammenhalt einer Gruppe suchten und dieses sollte nicht diffamiert werden. Jetzt wird die übliche Methode angewandt, die mensch von allen Medien schon kennt, es werden die SozialarbeiterInnen zitiert, die mit rechten Jugendlichen arbeiten. Selbstverständlich wird gesagt, daß rechte Straftäter verurteilt werden sollten, aber es müßte auch berücksichtigt werden, das häufig nur Protestverhalten dahinter steht. Die ganze Argumentationskette ist aus allen anderen Publikationen ausreichend bekannt. Aber zurück zu den Frauen. Auf Seite 15 stellt Sonja Balbach fest, daß die „Rechten" kein einheitliches Frauenbild haben und begründet dies mit den unterschiedlichen Positionen zur- Abtreibung. Außerdem gäbe es auch noch Frauen, die aktiv am Kampf teilnehmen wollen. Diese Frauen bezeichnen sie als „braune Emanzen". In ihren Interviews stellt sie allerdings keine Frau vor, die selbst schon an gewalttätigen Auseinandersetzungen teilgenommen hat. Zwei Frauen sagen allerdings, daß sie sich vorstellen könnten Gewalt anzuwenden, es aber bislang nicht getan hatten und Gewalt eigentlich auch nicht zu ihren Auseinandersetzungsformen gehört. Dies ist nur ein Beispiel dafür, das Sonja Balbach in ihrem Vorwort Aussagen trifft, die durch ihre Gespräche mit rechten Frauen nicht belegt werden.

Insgesamt bietet dieses Buch keine Erklärungsansätze, warum sich Frauen zu den Rechten sich hingezogen fühlen und schon gar keinen Hinweis darauf, wie mensch es verhindern kann, daß die Rechten an Attraktivität gewinnen. Die Aussage, daß die Frauen ganz normale, akzeptierbare Sehnsüchte und Wunsche (haben)" ist in ihrer Verallgemeinerung zwar richtig, aber sie haben eben auch den Wunsch, daß Deutschland ausländerfrei wird. Sonja Balbach bietet den rechten Frauen ein Forum, ihre Ansichten, Forderungen und Wünsche zu propagieren Sie bietet ihnen wie fast alle anderen JournalistInnen, eine Plattform für rechte Propaganda, da sie die Interviews weder kritisch beleuchtet, noch analysiert. Insgesamt wird das gängige Bild des rechten Spektrums (Menschen ohne Zukunft, Modernisierungsverlierer etc.) gebetsmühlenartig wiederholt, die Rechten also als arme, bedauernswerte Menschen dargestellt. Das ist das Gefährlichste an diesem Buch, denn Mitleid wird den Rechtsextremismus nicht beseitigen.

Sonja Balbach, „Wir sind auch die kämpfende Front", Frauen in der rechten Szene, Konkret Verlag, 1994, DM 24

"Ehre, Blut und Mutterschaft"

Franziska Tenners Buch über rechte Frauen ist der Erlebnisbericht einer Sensationsreporterin (sie bezeichnet sich selbst so). Sie erzählt im Plauderton, wieviel Angst sie am 3.Oktober 1990 in dem besetzten Haus, in dem sie lebt, hatte, wie sehr sie die brutale Räu-



mung der Mainzer Straße betroffen gemacht hat und wie sie dann Berliner Hooligans kennenlernte. Dies alles wird auf 4 1/2 Seiten dargestellt. Sie schreibt über ihre Ängste, die Hooligans zu treffen, aber da sie einen Film drehen soll, buhlt (S.11) sie weiter um deren Vertrauen. Über die Hooligans bekommt sie Kontakt zu organisierten Neonazis. Ihre eigenen Ängste schildert sie sehr ausführlich, z.B. wie sie stundenlang um Treffpunkte herumschlich (S.20), aber die Ängste ihrer Freunde und MitbewohnerInnen nicht ernst nimmt, sondern sich unverstanden fühlt: "Wo waren denn in dieser konkreten Situation die Freiräume von denen immer gesprochen wurde? Mir nutzten die bunten Häuserwände nichts, wenn es dahinter wie in grauen Hausern zugeht." (S.20) Sie zieht wieder in ihre alte Wohnung zurück. Der Kontakt zu den Rechten wird immer intensiver und Franziska Tenner verliert immer mehr die Distanz. Sie glaubt, daß sie als Journalistin automatisch vor Distanzlosigkeit gefeit sei, aber als einer der Hooligans bei ihr einzieht, „cancelte (der Redaktionsleiter) den Film" (S.27) und KollegInnen ziehen sich immer mehr zurück. Statt sich damit kritisch auseinanderzusetzen, beschwert sie sich über diesen Zustand.

Sie dringt immer weiter in die rechte Szene ein und lernt darüber auch rechte Frauen kennen, die sie interviewt. Diese Gespräche hat sie zu Monologen zusammengestellt. Diesen Monologen wird eine „dokumentarische Ebene" (S.38) gegenübergestellt um "die Selbstdarstellung en der Frauen zu relativieren bzw. sie ihrer Lügen zu überführen" (S.39). Die Monologe werden von Franziska Tenner eingeleitet, indem sie von ihren Vorbereitungen erzählt, z.B. wie sie sich verkleidet, wie die Atmosphäre war etc.. Insgesamt sind in diesem Buch 5 Monologe dokumentiert. Vorgestellt werden eine ewiggestrige!' Nationalsozialistin, eine Frau und eine Lebensgefährtin von zwei bekannten Neonazi-Führern, eine Frau, die einen Anschlag auf an AsylbewerberInnenheim verübte und eine Redakteurin der „Jungen Freiheit". Nach den Monologen wird der Versuch unternommen, Lügen klar herauszustellen, Geschichtsfälschungen offen zulegen und Zusammenhänge mit der gegenwärtigen deutschen Politik herzustellen, aber dies alles erfolgt im munteren Plauderton oder durch Betroffenheitsfloskeln. Auch in diesem Buch fehlt der Versuch einer Analyse. Auch in diesem Buch werden Linke als dogmatisch und Ängste von



FreundInnen und MitbewohnerInnen diffamiert und als übertrieben dargestellt Nur die eigenen Ängste und Befürchtungen werden als gerechtfertigt wahrgenommen. Dieser Betroffenheitsjournalismus vermittelt den Eindruck, daß es relativ leicht sei, Kontakte zu Rechten zu erhalten und zu pflegen, wenn mensch nur die nötige Distanz wahre. Dieser Wallraff-Journalismus erzeugt nur Betroffenheit, Sensationslust wird befriedigt und im schlimmsten Fall wird zur Nachahmung angeregt.

(Alle Fotos vom "Hess-Marsch" 93 in Fulda)

Franziska Tenner; Ehre, Blut und Mutterschaft, Getarnt unter Nazi-Frauen heute; Aufbau-Verlag, DM 25



ANZEIGEN

Die Geschichte der Holocaust-Leugner am Beispiel der USA

Deborah Lipstadt zeichnet die Geschichte der Holocaust-Leugner, die sich selbst Revisionisten nennen, hauptsächlich für die USA und Frankreich nach. Sie zeigt, wie direkt nach dem Kriege in Frankreich **Maurice Bardeche** und **Paul Rassinier,** in den USA **Harry Elmer Barnes** und **Austin App** die Grundlagen der Ansichten der heutigen „Revisionisten" schufen. Dabei bedienen sich die amerikanischen „Revisionisten" angeblich jüdisch-bolschewistischer Verschwörungstheorien, denen zufolge das Dritte Reich und Hitler in einen ungewollten Krieg getrieben worden, in dem die englisch-amerikanischen Alliierten lediglich Marionetten der jüdischen Drahtzieher wären. In ihren angeblich wissenschaftlichen Untersuchungen bedienen sie sich zweier Techniken. Da ist einmal der „Relativismus", der ein Bindeglied zu bestimmten Vertretern anerkannter Geschichtswissenschaftler wie **Ernst Nolte** bildet. Der Holocaust wird nicht direkt geleugnet, jedoch als eine Art Nebenerscheinung des Krieges und damit als nicht singulär für die Geschichte des Faschismus in Deutschland erklärt. Ja, es habe Einsatzgruppen hinter der Front in der Sowjetunion gegeben, die Juden ermordet hatten. Aber dies geschah, weil die Juden in Partisanenverbänden die deutschen Truppen bedroht hatten, und sei demnach gerechtfertigt und unschuldige Opfer unter der Zivilbevölkerung seien zu bedauern. So werden die Opfer zu Tätern und die deutschen Truppen zu Opfern umgedichtet. Die zweite beliebte Form der „Beweisführung" ist besonders perfide. Jedes Dokument wird nach Ansicht der Verfasser zu einer Fälschung erklärt oder uminterpretiert, soweit es den Holocaust dokumentiert zugleich zu einer historisch abgesicherten Quelle, wenn es der Leugnung des Holocaust dienlich erscheint. Der Holocaust-Leugner Robert Faurission erklärte Pressac die auffällige Nichteintragung der Todesursache jüdischer KZ-Insassen im Lager Natzweiler-Struthof im August 1943 damit,



daß die entsprechenden Formulare statt wie üblich in Latein in Frakturschrift gedruckt gewesen seien. Diese Schrift, in der damals fast alle Bücher und Zeitungen gesetzt waren, sollen die SS-Leute angeblich nicht richtig gelesen haben. Statt bei „Entlassung" hatten sie die Juden irrtümlich bei „Todesfall" eingetragen. Die jüdischen Häftlinge waren vergast und an die Anatomie der Universität Straßburg verkauft worden, was durch weitere Belege bewiesen wird. Deborah Lipstadt macht deutlich wie auf diese Weise durch die Holocaust-Leugner „Beweise" angehäuft werden, die nichts weiter darstellen als eine grobe Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen. Auch die angebliche wissenschaftliche Arbeit eines selbsternannten Ingenieurs namens **Fred Leuchter,** dessen Geschichte nachgezeichnet wird, gehört in diese Kategorie. An Leuchters Beispiel verdeutlicht sie eine weitere wichtige Erfahrung im Kampf gegen die Holocaust-Leugner, die begrenzte Macht der Vernunft. Wer diesen Leuten entgegentreten will, der sollte daher einige Ratschläge beachten. 1. Es gibt historische Tatsachen, die belegt sind und feststehen. Eine wirklich ernstgemeinte Diskussion kann daher nicht über diese Tatsachen selbst, sondern nur über deren Bedeutung stattfinden. 2. wer mit Holocaust-Leugnern diskutieren oder sie wie Nolte als „nicht offensichtlich unbegründet" und „häufig ehrenhaft motiviert" nennt, macht den Revisionismus zu einem Standpunkt unter vielen, der falsch oder richtig sein kann wie alle anderen auch. Genau das ist nicht der Fall. 3. Leute, die sich angeblich nur der Wahrheit oder dem Wohle ihres Volkes verpflichtet fühlen, versuchen damit nur zu oft, ihren ausgeprägten Antisemitismus zu tarnen. (Ähnlichkeiten mit einem Mannheimer Urteil sind sicherlich nicht rein zufällig). Trotz des etwas langatmigen Stils, der in pädagogischer Weise ein und denselben Sachverhalt zum besseren Verständnis mehrfach wiederholt, ein nützliches Buch. Eine auch erschwingliche Paperbackausgabe sollte unbedingt um eine Bibliographie ergänzt werden.

Peter Schulz-Oberschelp

Deborah E. Lipstadt: Betrifft: Leugnen des Holocaust, Rio Verlag Zürich 1994, 44,— DM.